

Das Parlament

Berlin, 15. November 2021

www.das-parlament.de

71. Jahrgang | Nr. 46 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Dringender Appell

Swetlana Tichanowskaja Tausende Flüchtlinge harren derzeit an der Grenze zwischen Belarus und Polen unter erbärmlichen Bedingungen aus. Geht es nach der belarussischen Oppositionsführerin, die vergangene Woche als Ehrengast an einer Bundestagsdebatte zu Belarus teilnahm (siehe Seite 12), sollte die Bundesregierung deutlich entschlossener gegen das autokratische Regime in Minsk vorgehen und die Sanktionen verschärfen. Präsident Alexander Lukaschenko ruft die Migrationskrise ihrer Ansicht nach bewusst hervor, um Druck auf die EU zu machen, welche die demokratische Bewegung in Belarus unterstützt. Tichanowskaja, die selbst im Exil lebt, sprach darüber in Berlin unter anderem mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Vizekanzler Olaf Scholz (SPD).



picture-alliance/Photo/Marcin Popow

joh II

ZAHL DER WOCHE

1,6

Milliarden Euro hat die EU laut Kommission zwischen 2014 und 2020 in den Schutz ihrer Außengrenzen investiert. Mehr als die Hälfte davon ging direkt an die EU-Staaten. Bis 2027 soll die EU-Grenzschutzagentur Frontex von derzeit rund 1.500 auf bis zu 10.000 Grenzschützer aufgestockt werden.

ZITAT DER WOCHE

»Wir brauchen vermutlich auch Mauern.«

Michael Kretschmer (CDU), Ministerpräsident von Sachsen, spricht sich für eine befestigte Grenzanlage zwischen Belarus und Polen aus. Polen, Lettland und Litauen errichten bereits Stacheldrahtzäune entlang der Grenze.

IN DIESER WOCHE

- THEMA**
Kehtrenden Die deutsche Energiepolitik wurde häufiger neu ausgerichtet **Seite 3**
- Stromversorgung** Trotz Sorgen vor dem Blackout: Das Netz hält **Seite 4**
- Erneuerbare** Stockender Ausbau bei Windkraft, Wende bei Photovoltaik **Seite 6**
- Nuklearenergie** Mit Atomstrom gegen den Klimawandel? **Seite 8**
- Wasserstoff** Großes Potential, aber kein Allheilmittel für den Klimaschutz **Seite 10**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



4 194560 401004

Schub für die Erneuerbaren

ENERGIEWENDE Vorhaben brauchen mehr Tempo – neue Bundesregierung steht in der Verantwortung

Bereits im Jahr 1993 schrieben deutsche Stromversorger in einer Zeitschrift: „Regenerative Energien wie Sonne, Wasser oder Wind können auch langfristig nicht mehr als vier Prozent unseres Strombedarfs decken.“ Dieses Zitat ist ein eindrucksvolles Relikt, doch keineswegs eine Ausnahme. Als die erneuerbaren Energien Mitte der 2000er Jahre bereits zehn Prozent des Bruttostromverbrauchs aus erneuerbaren Energien – gibt es immer noch die Skeptikerinnen und Skeptiker, die ein vollständig erneuerbares Energiesystem für unplausibel halten.

Die deutsche Energiewende basiert auf dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das im Jahr 2000 im Kontext des damals geplanten Atomausstiegs eingeführt wurde. Mit festen Einspeisevergütungen für verschiedene erneuerbare Energien garantierte das EEG Investitionssicherheit und förderte Innovationen und sinkende Kosten. Damit verhalf es der Wind- und Solarenergie zum Durchbruch. Allein seit dem Jahr 2010 sind die Kosten für PV-Module um 90 Prozent gesunken. Das EEG war mehr als ein Jahrzehnt enorm erfolgreich. Zeitweise wurden die Ausbauziele des Gesetzes sogar deutlich übertroffen. Im vergangenen Jahr trug die Windenergie stärker zum deutschen Strommix bei als jede andere Energiequelle und gemeinsam erzeugten die Erneuerbaren mehr Strom als Steinkohle, Braunkohle und Erdgas zusammen.

Bürgernahe Energiewende Das EEG war ein Erfolg. Doch der heutige Zustand der Energiewende ist desaströs. Seit 2017 ist der Ausbau der Windenergie an Land dramatisch eingebrochen und streckenweise komplett zum Erliegen gekommen. Zwar deutete sich dieses Jahr wieder ein leichter Aufwärtstrend an, dennoch wird deutlich weniger ausgebaut als notwendig und im EEG angestrebt. Auf See sieht es nicht besser aus: Erstmals seit über zehn Jahren wird 2021 kein einziges Offshore-Windrad zugebaut. Bei der Solarenergie ist die Lage zwar etwas positiver, dennoch wird auch hier der historisch höchste Zubau der Jahre 2010 bis 2012 bei weitem nicht erreicht. Ein weiterer negativer Trend ist, dass die dezentrale, bürgernahe Energiewende auf dem Rückzug ist. In den frühen Jahren des EEG waren es gerade engagierte Bürgerinnen und Bürger, die etwa über Genossenschaften dezentral die Energiewende vorantrieben. Deren Anteil ist stark gesunken, was vor allem an bürokratischen Hürden liegt.

Der Ausbau erneuerbarer Energien kommt nicht schnell genug voran. Nicht einmal die zu niedrigen Ausbauziele des EEG werden erreicht. Die deutschen Klimaziele wurden im Sommer 2021 zwar deutlich verschärft. Damit ist ein Kohleausstieg bis 2030 unumgänglich. Doch dafür muss der Ausbau der erneuerbaren Energien nicht nur wieder in Gang, sondern massiv beschleunigt werden. Erschwerend kommt hinzu: Energiewende ist mehr als Stromerzeugung. Auch im Verkehr, bei der Wärmeerzeugung und in der Industrie muss eine Energiewende stattfinden, sonst sind die Klimaschutzziele nicht erreichbar. Der Individualverkehr wird heute noch fast komplett mit Erdöl betrieben, lange veränderte sich hier kaum etwas. Erst langsam legen Neuzulassungen für reine Elektroautos zu und erreichen in den letzten Monaten einen Anteil von rund 15 Prozent aller Neuzulassungen – Tendenz steigend. Diese Dynamik lässt auf eine Trendwende hoffen. Gleichzeitig ist es aber mit der Antriebswende für Pkw nicht getan. Für eine echte Mobilitätswende braucht es weniger motorisierter Individualverkehr, dafür mehr Fuß- und Radverkehr sowie mehr



Windräder sollen in Zukunft mehr als bisher dafür sorgen, dass der Strom durch Starkstromleitungen im Land verteilt wird.

picture-alliance/imageBROKER/Lilly

Bus und Bahn. Und: Auch Lkw, Schiffe und Flugzeuge müssen auf Erdöl-basierte Treibstoffe bald verzichten. Die Wärme in Gebäuden wird zu drei Vierteln direkt mit Erdgas oder Heizöl erzeugt, das gilt auch für Fernwärme. Immer noch werden neue Gasheizungen eingebaut und die Sanierungsrate der Gebäude ist zu niedrig. Eine echte Energiewende fand hier bislang kaum statt. Dabei sind Lösungen verfügbar: Gebäude müssen energetisch saniert werden und sollten elektrische Wärmepumpen oder Wärmenetze mit erneuerbaren Energien nutzen. Dies umzusetzen könnte zur größten Herausforderung der Energiewende werden.

Nicht einmal die zu niedrigen Ausbauziele des EEG wurden seit 2017 erreicht.

Auch die Industrie kann von der Nachfrage nach Klimaschutztechnologien stark profitieren. Doch auch dort braucht es einen Politikwechsel: Anstatt umfangreiche Ausnahmen für energie- und stromintensive Industrien zu gewähren, sollten ausreichend Anreize für Investitionen in klimaschonende Technologien gesetzt werden. Nur wenige Industriezweige – wie in der chemischen Industrie oder in der Metallherzeugung – weisen hohe Energiekosten und gleichzeitig eine hohe Exportintensität auf. Hier ist der Anpassungsdruck hoch. Die lange Nutzungsdauer der Anlagen erschweren die Transformation zusätzlich.

Fest steht: Wir brauchen zügiges und entschlossenes Handeln, um den Klimawandel aufzuhalten. Die Erneuerbare Welt birgt riesige Chancen – auch für mehr Lebensqualität. Die neue Regierung hat die einmalige Möglichkeit, das in Angriff zu nehmen. Wichtige nächste Schritte, um die Energiewende wieder auf Kurs zu bringen, sind: Erneuerbare massiv ausbauen, Probleme der Windenergie überwinden: Wir brauchen einen Ausbau-Turbo für Erneuerbare Energien. Dazu müssen die Ausbauziele für Wind- und Solarenergie an die Klimaziele angepasst und somit deutlich angehoben werden. Um der Windenergie wieder Rückenwind zu geben, sollte die finanzielle Teilhabe gestärkt, ausreichend Fläche zur Verfügung gestellt und Planungs- und Zulassungsverfahren beschleunigt werden. Naturschutz und die Nutzung der Windenergie können in Einklang gebracht werden, auch wenn die Windenergie massiv ausgebaut wird. Schluss mit Kohle, Erdgas und Erdöl: Werden Wind- und Solarenergie schnell genug ausgebaut, ist ein beschleunigter Kohleausstieg bis 2030 möglich. Damit das CO₂-Budget, das Deutschland im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen von 2015 zusteht, eingehalten werden kann, muss in dieser Legislaturperiode auch ein Ende von Erdöl und Erd-

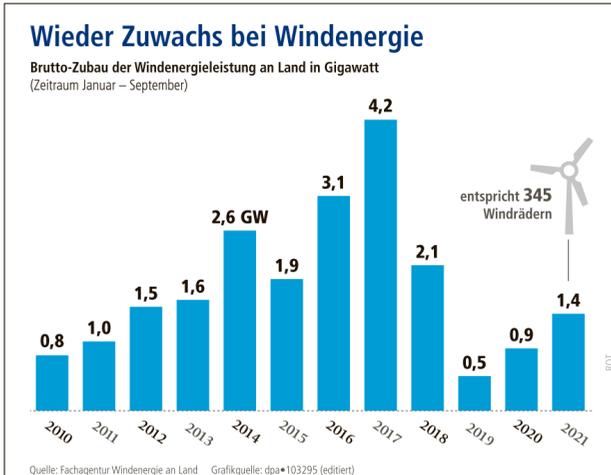
gas eingeleitet werden. Andernfalls drohen Fehlinvestitionen, die uns noch teuer zu stehen kommen – entweder über hohe Ausgleichszahlungen aus Steuergeldern oder über ein Scheitern der deutschen Klimapolitik. Daher sollte die Bundesregierung keine neuen Erdgas-Pipelines und Flüssiggas-Terminals mehr zulassen, den Einbau von Erdgasheizungen zügig verbieten und den Abschied vom Verbrennungsmotor im Pkw-Bereich festschreiben.

Die Regierung sollte keine neuen Erdgas-Pipelines und Gas-Terminals mehr zulassen.

Wasserstoff umweltfreundlich herstellen und zielgerichtet einsetzen: Allein „grüner“ Wasserstoff, der umweltfreundlich und nachhaltig aus erneuerbaren Energien hergestellt wird, ist emissionsfrei. Die Herstellung ist teuer, die Ressourcen sind begrenzt. Wasserstoff ist ein knappes, wertvolles Gut, das nur dort eingesetzt werden darf, wo es keine effizientere Alternative gibt. Sprich: Direktverstromung ist immer besser. Die Herstellung von Wasserstoff aus Erdgas verursacht klimaschädliche Treibhausgase. Wer Erdgas verursacht klimaschädliche Treibhausgase, investiert, verstärkt Abhängigkeiten und verhindert den Umstieg. Mobilitätswende ermöglichen: Es braucht hohe Investitionen in die Schiene und die Ladeinfrastruktur für Elektromobilität. Eine Weiterentwicklung des Straßenverkehrsrechts kann dabei helfen, eine echte Mobilitätswende anstatt lediglich einen Technologiewechsel voranzutreiben. Umweltschädliche Subventionen abbauen: Zunächst sollten das Diesel- und das Dienstwagenprivileg abgeschafft werden. Sie sind sozial ungerecht, da sie vor allem höheren Einkommensbezieher zugutekommen. Energiesteuern und -abgaben sollten stattdessen konsistent an den mit der Nutzung verbundenen Emissionen ausgerichtet werden, um die richtigen Anreize zu setzen. Sozial gerecht ausgestaltet bildet dies einen wichtigen Hebel für den Klimaschutz.

Claudia Kemfert II

Die Autorin ist Wirtschaftswissenschaftlerin und leitet die Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.



EDITORIAL

Alle Bürger mitnehmen

VON NINA JEGLINSKI

Die Gespräche zur Bildung einer neuen Bundesregierung fallen zusammen mit der Uno-Klimakonferenz in Glasgow. Hier wie dort wird darum gerungen, wie der Abschied vom fossilen Zeitalter gelingen kann. Parallel zu der Debatte steigen die Energiepreise seit Monaten an, nicht wenige fürchten einen kalten Winter mit Menschen, die in ihren kalten Wohnungen sitzen, weil sie die Kosten für die Brennstoffe nicht mehr zahlen können. Das Wort von der Energiekrise macht die Runde, der Blick führt zurück in die 1970er Jahre, als die Autos stillstanden und die Wirtschaft einknickte, Jahre der Stagnation folgten. Wer diese Zeiten miterlebt hat oder die Bilder von damals kennt, macht sich Gedanken, ob die Energiewende ohne Wohlstandsverlust gelingen kann. Die Skeptiker sehen in der Energiewende ein Projekt von Großstadt-Eliten, die keine Windräder vor ihren Fenstern haben, mit dem Fahrrad und einem gut ausgestatteten PKW alle Ziele schnell erreichen und dank verschiedener Car-Sharing-Dienste auch nicht komplett auf das Autofahren verzichten müssen.

Die neue Bundesregierung steht vor einer Herkulesaufgabe. Die Energiewende muss angegangen werden und die Politik muss die Rahmenbedingungen setzen, muss zu Beschlüssen wie zum Beispiel dem Kohleausstieg 2038 stehen und soziale Härten abfedern, so dass sich alle Bürger mitgenommen fühlen und den eingeschlagenen Weg akzeptieren. Zudem muss die Debatte über die Energiewende ehrlicher als bisher geführt werden. Übergangsfristen für die Nutzung von Erdgas und auch das Thema Atomenergie (Stichwort neue Technik) sollten kein Tabu sein, sondern diskutiert werden. Den Verantwortlichen muss es gelingen, dass Deutschland tatsächlich jene Pionierrolle bei der Energiewende übernehmen kann, die von den Befürwortern immer ins Feld geführt wird: Dass Deutschland mit dem Einsatz neuer Technologien überzeugt und andere Länder dem Beispiel folgen. Wenn nun einige Klimapolitiker über die hohen Preise für fossile Brennstoffe in Applaus ausbrechen, dann argumentieren sie damit, genau dieser Anstieg sei ja eben die Absicht der CO₂-Bepreisung. Steigen die Energiepreise weiter an und gelingt es der Politik nicht, alle Bevölkerungsgruppen im Blick zu behalten, könnte es im schlimmsten Fall zu einem Blackout der Gesellschaft kommen.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

STOPP FÜR NORD STREAM 2?

Keine Genehmigung



Christoph von Marschall, »Der Tagesspiegel«, Berlin

Die deutsch-russische Gaspipeline belastet die deutsche Europapolitik. Die Mehrheit der EU-Partner lehnt das Projekt ab. Denn die Abhängigkeit von Russland – rund die Hälfte des deutschen Gasverbrauchs – mache die Bundesregierung erpressbar. Die Transportkapazität sei auch ohne die neue Röhre ausreichend. Aus Sicht der Kritiker ist Nord Stream 2 für Moskau ein geostrategischer Hebel, um die Ukraine gefügig zu machen. Sowie Druck auf Deutschland und die EU auszuüben. Die Grünen haben die Pipeline schon lange bekämpft. Nun werden sie Teil der Regierung. Stoppen lässt sich der Bau nicht mehr. Jetzt geht es um die Betriebsgenehmigung oder deren Verweigerung. Maßgeblich dafür sind auch die Auflagen der EU-Gasrichtlinie. Demnach darf ein Konzern – hier Gazprom – nicht beides zugleich sein: Betreiber und Lieferant. Annalena Baerbock, Noch-Parteichefin und potenzielle Außenministerin, verlangt, dass diese Auflagen bei der Prüfung der Betriebsgenehmigung genau beachtet werden. Das bedeutet nach heutigem Stand: ein Stopp der Pipeline durch ein Nein zur Inbetriebnahme. Russland und Gazprom zeigen keine Bereitschaft, die Bedingungen zu erfüllen. Offenbar meint Wladimir Putin, er könne die Genehmigung auch ohne Beachtung des Europarechts bekommen. Er übt Druck aus. Oder ist es Zufall, dass strategische Gasspeicher in Deutschland, die Gazprom kürzlich übernommen hat, nicht wie früher üblich gut gefüllt sind? Und dass der Gaspreis steigt, auch weil Russland weniger Gas liefert, als es könnte? Putin nutzt Deutschlands hohe Abhängigkeit von russischem Gas als Hebel, um diese Abhängigkeit noch zu erhöhen. Unter diesen Bedingungen darf Nord Stream 2 nicht in Betrieb gehen.

PRO

Spieß umdrehen



Wolfgang Mulke, freier Journalist

Tatsächlich hat sich Deutschland mit dem Bau der Ostseepipeline Nord Stream 2 in eine schwierige Situation gebracht. Freunde sind verärgert und der Geschäftspartner Russland nutzt seinen Rohstoff Gas, um notfalls mit einer faktischen Erpressung seine geopolitischen Ziele durchzusetzen. Es gibt gute Gründe, das Projekt doch wieder zu begraben. Es gibt aber bessere Gründe, daran festzuhalten. Rein ökonomische Gründe spielen dabei eine untergeordnete Rolle. Dennoch wäre es eine grandiose Verschwendung, wenn die fast zehn Milliarden Euro für den Bau und die Finanzierung der Anlage auf dem Meeresgrund versanden sollten. Wichtiger sind die Argumente für die Gaslieferungen aus Russland. Die aktuelle Lage zeigt, wie abhängig Deutschland von den Lieferungen ist. Zu hohe Energiekosten können schnell zu wirtschaftlichen wie politischen Problemen führen und die notwendige Akzeptanz für die Abkehr von der Kohle schmälern. Die Strategie muss also dahin zielen, für die Übergangszeit, in der man noch auf Gas als Energielieferant setzen muss, alternative Beschaffungswege einzurichten, etwa Terminals für Gastransporte aus westlichen Ländern. Wenn es diese Alternativen gibt, sinkt auch zwangsläufig das politische Erpressungspotenzial Russlands. Das ist eine notwendige Basis für eine langfristige Verbesserung der Beziehungen. Und es muss ein Ziel sein, an die Stelle einer anhaltenden Eskalation der Konflikte zwischen der Supermacht im Osten, seinen Nachbarn und der EU eine verlässliche Koexistenz zu entwickeln. Unabhängig wird Deutschland aber erst, wenn es ausreichend erneuerbare Energien gibt. Bis dahin gibt es keine wirklich saubere Lösung des Problems.

CONTRA

Herr Ernst, angesichts wachsender Gaspreise wird befürchtet, dass Wohnungen diesen Winter kalt bleiben. Wäre das anders, wenn Deutschland beim Ausbau erneuerbarer Energie weiter wäre?

Dass die Große Koalition nicht mehr Tempo gemacht hat, war ein Fehler, weil der Ausbau der Erneuerbaren nicht so weit vorangekommen ist, wie es notwendig wäre. Aber das wäre in der aktuellen Debatte um die hohen Energiepreise keine Lösung gewesen, weil die erneuerbaren Energien derzeit noch nicht für das Heizen genutzt werden. Der übergroße Teil der deutschen Haushalte heizt noch mit Gas oder Heizöl. Wir müssen genau analysieren, woher die hohen Energiepreise kommen.

Mit dem Ergebnis der Bundestagswahl dürfte der CO2-Preis weiter steigen. Das verteuert Energie weiter, wie könnte ein Ausgleich gelingen?

Die Energiewende darf nicht auf Kosten der Menschen gehen, die jetzt schon nicht oder kaum in der Lage sind, ihr Leben ordentlich zu organisieren und zu finanzieren. Wenn die Energiepreise jetzt zusätzlich dazu führen, dass man seine Wohnung nicht mehr heizen kann oder das Auto stehen lassen muss, dann fühlen sich die Leute nicht mitgenommen und sperren sich gegen die Energiewende. Alleine über den CO2-Preis geht es nicht, deshalb muss man einen Ausgleich schaffen, der die Einkommen der Menschen stabil hält. Und das ist mir jedes Mittel recht.

Fänden Sie es gut, wenn man, wie in Frankreich, die Energiepreise für eine bestimmte Zeit deckelt?

Prinzipiell halte ich es für richtig, dass man über eine Deckelung der Preise nachdenkt, gerade für jene Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen. Aber ich bin für alle weiteren Vorschläge offen, wenn am Ende eine Lösung steht, die den Menschen hilft. Bei den hohen Energiepreisen brauchen wir jetzt eine schnelle, eine kurzfristige Lösung.

Wie können staatliche Investitionen in den Klimaschutz ohne Steuererhöhungen gelingen? Was halten Sie von der Einrichtung eines Klimafonds?

Ich bin der Meinung, dass die Transformation ohne zusätzliche Steuern nicht funktionieren wird. Wenn es ohne steuerliche Mehrbelastung gehen soll, muss man sagen, wo gespart werden soll. Ich habe die Befürchtung, dass das dann im sozialen Bereich sein wird, deshalb ist das Durchsetzen der FDP, was man aus den Koalitionsgesprächen weiß, ein Angriff auf den Sozialstaat! Alleine die Stahlindustrie benötigt für die Energiewende bis 2030 zehn Milliarden Euro. Wenn da nicht genug Geld kommt, wird eine Umstellung auf CO2-freien Stahl nicht gelingen. Ich unterstütze deshalb die Forderung der IG Metall, die einen staatlichen Fonds fordert.

Nicht wenige hoffen, dass Deutschland mit der Energiewende von russischen Erdgaslieferungen loskommt. Halten Sie das für ratsam?

Ich wehre mich gegen die Behauptung, dass die Russen uns mit Gaspreisen erpressen! Auch die Bundesregierung hat mitgeteilt, dass die aktuellen Energiepreise mit russischen Gaslieferungen nichts zu tun haben. Nach gängiger Meinung hat die Sowjetunion und später Russland ihre Partner in Deutschland zu keiner Zeit mit Gaslieferungen erpresst, das gilt es einmal festzuhalten. Die Energiepartnerschaft mit Russland ist im beiderseitigen Interesse: Russland benötigt das Geld aus dem Verkauf von Rohstoff, und wir benötigen Gas, um zu heizen und um zu produzieren. Deutschland könnte sein Gas auch von anderswo her beziehen, allerdings wäre das LNG-Gas viel teurer und durch das Fra-

»Mehr Tempo machen«

KLAUS ERNST Der Linken-Politiker mahnt eine faire Kostenverteilung bei der Energiewende an und wirbt für eine stabile Partnerschaft mit Russland



© Katja Julia Fischer

king auch deutlich umweltschädlicher. Wir werden für eine absehbare Zeit von 20 bis 30 Jahren noch Erdgas als Übergangstechnologie brauchen. Zudem könnte Russland später auch unser Wasserstoffpartner werden.

Mehrere Bundesregierungen haben sich für das Pipelineprojekt Nord Stream 2 eingesetzt. Wird es in Betrieb gehen?

Ich bin optimistisch und gehe davon aus, dass Nord Stream 2 in Betrieb genommen wird. Es ist ein politischer Irrsinn, diese Leitung nicht zu nutzen! Die politische

Seite, die das verhindern will, müsste erklären, warum sie den Gaskunden in Europa zumuten will, teureres Fracking-Gas zu kaufen. Ohne ausreichend Gas ist das Industrieland Deutschland derzeit und in der nahen Zukunft schwer arbeitsfähig.

Die sich abzeichnende Ampel-Regierung will, dass zwei Prozent der Fläche Deutschlands für die Windkraft genutzt werden. In welchen Gebieten sollen diese Anlagen stehen?

Ganz klar, wir brauchen den Ausbau erneuerbarer Energien, aber wir müssen uns

auch ehrlich machen und weiter Energie importieren. Solardächer kann man relativ problemlos montieren, aber Windräder sind für weite Teile der Bevölkerung – höflich formuliert – nicht immer sehr erfreulich! Das ist eine Tatsache, und wenn man trotzdem weiter den Ausbau von Windrädern betreiben will, muss man die Menschen überzeugen und beteiligen, und das geht am ehesten über finanzielle Mittel. Da muss man über den Strompreis reden, aber auch über Prämien. Allerdings muss auch jedem klar sein, dass der gesamte Energiebedarf dieses Landes nicht alleine über Windräder und über Solaranlagen gedeckt werden kann. Zumal der Strombedarf auch noch ansteigen wird, wenn man, wie geplant, die Elektromobilität massiv ausbaut.

Wasserstoff gilt vielen als Hoffnung für eine klimafreundliche Energieversorgung. Doch die Produktion steckt in den Startlöchern. Stimmen die Rahmenbedingungen?

Der Wasserstoff ist der Schlüssel für eine CO2-freie Energieversorgung, global gesehen wissen wir, dass die Sonneneinstrahlung ausreicht, um den Energiebedarf der gesamten Welt zigfach zu decken. Es muss nur gelingen, dass man die Sonnenstrahlen in Energie umwandelt und sie auch speichern kann. An dieser Stelle muss die Technik massiv vorangetrieben und die Forschung intensiviert werden. Auch in den Ländern, aus denen wir zukünftig Wasserstoff beziehen wollen, in denen die Sonneneinstrahlung besonders intensiv ist, müsste die aktuellste Technik Anwendung finden. Auch hier gilt: Wir werden in Zukunft Energie aus südlichen Regionen importieren, um unsere Waren dorthin exportieren zu können. Ohne dieses Modell, könnten wir unseren Lebensstandard und Wohlstand nicht aufrechterhalten.

Es gibt Stimmen, die meinen, mit Ökostrom alleine sei die Energiewende nicht zu schaffen. Könnte Kernenergie eine Übergangslösung sein?

Nein! Auf keinen Fall! Die Atomenergie ist eine extrem gefährliche Energie und die Technik ist sehr schlecht beherrschbar. Das hat sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, als Stichworte seien nur Harrisburg/USA 1979, Tschernobyl/UdSSR 1986 oder Fukushima/Japan 2011 genannt. Auch der Abbau und die Stilllegung der Anlagen verursachen irrsinnige Kosten. Dann ist die Frage der Endlagerung nicht geklärt, das können wir nachfolgenden Generationen nicht antun, das verbietet sich! Auch der Import von Atomstrom ist abzulehnen.

Aber unsere Nachbarn Frankreich und Großbritannien, sehen das anders.

Ja, und ich bedaure das zutiefst! Wir sollten mit allen unseren Nachbarn, egal ob EU-Staaten oder nicht in Gesprächen bleiben und darauf hinweisen, was passiert, wenn dort ein Atomkraftwerk havariert. Auf einem abgesiedelten Gebiet wie Europa hätten solche Unfälle eine katastrophale Auswirkung, nicht nur für uns, sondern auch für alle Generationen, die uns nachfolgen.

Das Gespräch führte Nina Jeglinski. ||

Klaus Ernst (Die Linke) ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages. In der vergangenen Wahlperiode war er Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Energie.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Weltrettende: Julia Verlinden

Journalisten kann sie in diesen Tagen zur Verzweiflung bringen. Julia Verlinden hält es mit den vielen anderen Grünenpolitikern, die über den Stand der Regierungsverhandlungen mit SPD und FDP nichts kundtun. Wird zum Beispiel eine Solarpflicht kommen? „So verstehe ich das Sondierungspapier“, gibt sich die 42-jährige zugeknöpft. Seit 2013 sitzt die promovierte Umweltwissenschaftlerin im Bundestag, ist seitdem energiepolitische Sprecherin der Grünenfraktion. Das Wort „Energiewende“, seitdem gefühlte zehntausend Mal auf der Zunge gehabt, könne sie immer noch hören, „die Energiewende ist ja ein dynamischer Prozess, der nicht irgendwann endet“. Nun winkt den Grünen die Regierungsbank und eine riesige Verantwortung. Auf ihrer Website steht noch immer der Satz über ihre Zeit im Parlament: „Seitdem lege ich gemeinsam mit meiner Fraktion den Finger immer wieder in die Wunde.“ Wie soll das jetzt gehen? „Ich bin Umweltwissenschaftlerin“, erwidert sie, „ich überprüfe, wie weit wir von einer lebenswerten Zukunft entfernt sind“. Die Arbeit werde nun sehr herausfordernd. „Aber mit meinem Hintergrund möchte ich mich da einbringen.“ Schließlich sei der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ein Maßstab für jede Regierung – unabhängig, wer sie stelle. „Das ist kein ‚nice-to-have‘ nur für die Grünen.“ Neuen fossilen Import-Infrastrukturen etwa erteilt Verlinden eine Absage. „Wir müssen auf den Zielpfad einer hundertprozentigen Versorgung mit erneuerbaren Energien einschwenken, da

wird Fossiles nicht mehr gebraucht.“ Viel Hoffnung steckt sie in der Entwicklung von Wasserstoff als Energieträger. „Die Importstrukturen und eine Produktion in Deutschland müssen mehr in den Fokus geraten.“ Die Technik sei da, nun bedürfe es der Unterstützung durch die Politik. Wurde die Entwicklung in Deutschland verschlafen? „Nein, aber die bisherige Bundesregierung sah zu wenig den Zusammenhang mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien – denn grünen Wasserstoff können wir



© dpa/picture-alliance

»Die bisherige Bundesregierung sah zu wenig den Zusammenhang mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien.«

nur herstellen, wenn wir genügend Wind- und Solarstrom zur Verfügung haben.“ Bleibt die Frage, ob diese Energiewende mit all ihrer Wucht für die Verbraucher teurere Preise bedeutet. „Die Preise für fossile Energie können schnell explodieren, wie wir in den letzten Wochen gesehen haben, entgegnet sie. „Die Preise für erneuerbare Energien sind dagegen verlässlich und günstig.“

Mit dem Engagement für die Umwelt fing es bei Verlinden früh an. Bereits bei der Schülerzeitung interessierte sich die Teenagerin für Umweltthemen, „ich widmete mich damals dem ganzen Blumenstrauß dessen, was uns bis heute beschäftigt“, erklärt sie. Es war die Zeit, in der Frankreich Atombomben im Pazifik testete und der Konzern Shell seine Öllager- und Verladeplattform Brent Spar in der Nordsee versenken wollte – die Umweltbewegung protestierte heftig. Turbulent ging es für die Schülerzeitungsredakteurin weiter, die Bergisch Gladbacherin engagierte sich in den Jugendorganisationen von Greenpeace, NABU und BUND, organisierte Fahrraddemos und zog nach dem Abitur von Nordrhein-Westfalen zum Studium nach Lüneburg, wo sie immer noch wohnt. Am „Projekt Weltrettung“, wie sie auf ihrer Website schreibt, blieb sie dran. Als Studentin vertrat Verlinden die Grünen von 2002 bis 2006 im Stadtrat, wurde dann nach Studienabschluss in Umweltwissenschaften Wissenschaftliche Angestellte am Umweltbundesamt; 2013 leitete sie dort den Fachbereich Energieeffizienz, um schließlich im selben Jahr in den Bundestag zu wechseln. Seit diesem Herbst vertritt Verlinden auch wieder die Grünen im Lüneburger Stadtrat. „Ich wurde gefragt, ob ich helfen kann“, sagt sie; immerhin ist die Partei seit 2006 stark gewachsen, stellt nun auch die Oberbürgermeisterin. „Die Arbeit als Ratsfrau ist ehrenamtlich. Da habe ich großen Respekt vor allen, die sich in ihrer Freizeit für diesen Dienst an der Gesellschaft engagieren.“ Jan Rübel ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Redaktionsschluss
12. November 2021

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Anschrift der Redaktion
(außer Beilagen)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf
Leserservice/Abonnement
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Daisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-service.de

Chefredakteur
N. N.
Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ah) V.i.S.d.P.

Verantwortliche Redakteure
Lisa Brähler (lbr)
Claudia Heine (che)
Nina Jeglinski (nki)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Sören Christian Reimer (scr) Cvd
Sandra Schmid (sas)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Daisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
fazit-com-anzeigen@cover-service.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Spazierengehen und Rollschuhlaufen auf der Autobahn am Kamenzer Kreuz in Nordrhein-Westfalen im Dezember 1973. Vier autofreie Sonntage waren damals eine Antwort auf die Ölpreiskrise der 1970er Jahre.

© picture-alliance / Klaus Rose, Bildjournalist

Kohle, Kehrtwenden, Klimaschutz

HISTORIE Die Bundesrepublik hat ihre Energiepolitik häufiger neu ausgerichtet. Jetzt braucht es einen tiefgreifenden Umbau

Ein „Klimaschutzministerium“, wie es die Grünen für eine neue Bundesregierung wollen, soll mit Vetomacht ausgestattet sein und Klimaschutz zur obersten Richtschnur des Regierens machen. Ein eigenes Ministerium für Klimaschutz würde zeigen: Die Energiepolitik hat einen neuen Schwerpunkt. Schon einmal gründete eine Bundesregierung ein Ministerium für ihren neuen energiepolitischen Kurs: Ein „Atomministerium“, 1955, das Franz Josef Strauß (CSU) führte. SPD und Union waren gleichermaßen von der damals neuartigen Energiequelle begeistert. Grundlegender Unterschied: Damals versprach sich die Politik von der Atomkraft Wohlstand und Unabhängigkeit vom teuren Erdöl. Es ging in erster Linie um Wirtschaftswachstum. Heute um den Erhalt der Lebensgrundlagen. Die deutsche Energiepolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist voller Korrekturen, Wechsel und Wenden. Oft reagierte die jeweilige Bundesregierung dabei auf Katastrophen, Entwicklungen im Ausland oder nach Dauer-Protesten der eigenen Bevölkerung. Energie sollte zunächst vor allem billig sein, um den wirtschaftlichen Aufschwung zu befördern. Zu den zwei traditionellen Zielen der sicheren und der wirtschaftlichen Energieversorgung kam erst später das der Umweltverträglichkeit hinzu – und steht heute im Vordergrund.

Atom und Erdöl statt Kohle Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist Energiepolitik Kohlepolitik. Ziel der Alliierten und der späteren ersten Bundesregierung ist es, die Energieversorgung der Bevölkerung überhaupt irgendwie sicherzustellen. Die Leute hungern und frieren. Energieträger Nummer eins ist die Steinkohle, bei der es aber immer noch Engpässe gibt. Erst 1951 bringt ein französischer Plan Besserung: Die Montanunion, in der Frankreich und Deutschland mit vier weiteren Staaten ihre Stahl- und Kohleproduktion zusammenschließen. Sie wird zur Vorläuferin der Europäischen Union und gilt als ein Baustein des deutschen Wirtschaftswunders. Um den wachsenden Energiebedarf zu decken, erhält der Steinkohlebergbau Subventionen. Mit der billigen Import-Kohle kann die heimische Steinkohle nicht konkurrieren. Bereits in den 1950er Jahren beginnt der jahrzehntelange anhaltende Prozess des Zechensterbens im Ruhrgebiet. Er zieht sich über Jahrzehnte, in denen Milliardenhilfen hunderttausende Jobs stützen. 2018 schließt mit „Prosper Haniel“ in Bottrop die letzte aktive Steinkohlezeche Deutschlands. Von einst 530.000 Beschäftigten in der Steinkohle blieben 1980 noch 137.000 und zuletzt 4.000.

Was machen Politiker, die latent Sorge haben, die Kohlevorräte gingen bald zur Neige, und parallel wachsender Kritik an den Schadstoffen durch die Kohleverstromung ausgesetzt sind? Sie werden offen für Neues. In den 1950er Jahren kommen zwei neue Energieträger auf: Erdöl und Kernenergie.

Erdöl treibt die Massenmotorisierung der Deutschen an und liefert in den 1960er Jahren die Energie für die rasant wachsen-

de Wirtschaft, etwa die Chemieindustrie mit ihren zunehmenden Plastikprodukten. Die multinationalen Ölkonzerne sind auch in Deutschland auf dem Vormarsch.

Ölpreisschock Hart trifft die Ölpreiskrise das Land, die 1973 beginnt. Die arabischen OPEC-Staaten drosseln damals ihre Produktion, um den Westen für die Unterstützung Israels zu bestrafen. Zwischen 1972 und 1978 verdreifacht sich der Preis für Erdöl nahezu. Die Folge: In Deutschland sinkt das Wirtschaftswachstum 1975 deutlich. Die Erkenntnis über die Abhängigkeit vom billigen Öl ist ein Schock für den Westen. Als Reaktion hält die Bundesregierung die Menschen zum Energiesparen an und führt Ende 1973 vier autofreie Sonntage ein. Spaziergänger auf menschenleeren Autobahnen – das Bild symbolisiert bis heute die Ölpreiskrise. Zudem setzt die Bundesregierung wieder verstärkt auf die heimische Steinkohle. Sie führt 1974 den „Kohlepfennig“ ein, eine Abgabe auf den Strompreis, bezahlt vom Verbraucher, um die international nicht konkurrenzfähige Steinkohle als Energieträger zu sichern. Erst 1995 wird er abgeschafft. Eine weitere Konsequenz aus der Ölkrise: Die Bundesregierung forciert den Ausbau der Kernenergie. Schon in den 1950er Jahren hatte sie begonnen, Forschung und Entwicklung der Atomkraft zu fördern. Die gilt damals als sauber und unendlich zur Verfügung stehend. Die Begeisterung geht durch alle Parteien und die Bevölkerung. Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) schafft 1955 ein eigenes Atomministerium, doch auch die SPD hat nahezu grenzenlose Erwartungen an die neue Energiequelle. In einem „Atomplan“ von 1956 schreibt sie, die Atomenergie könne „entscheidend helfen, die Demokratie im Innern und den Frieden zwischen den Völkern zu festigen“. Allgemein scheint damals keine Erwartung an die Atomkraft zu abwegig: Mit ihr sollten Meerwasser entsalzen, Gewächshäuser betrieben und in kleinerer Form Autos angetrieben werden. Allein bis 2006 fließen nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung mehr als 50 Milliarden Euro Subventionen für die Kernenergie.

Importenergie Erdgas Ende der 1960er Jahre bahnen westdeutsche Unternehmen – allen voran Hoesch, Mannesmann, Thyssen – Geschäfte mit der Sowjetunion an: Röhren gegen Gas. Sie entpuppen sich als ideale Ergänzung zur Ostpolitik des ab 1969 amtierenden Kanzlers Willy Brandt (SPD). Der Bezug von sowjetischem Gas wird als vertrauensbildende Maßnahme bewertet. Außerdem freut sich die Bundesregierung über günstige Energielieferungen und gewährt Hermesbürgschaften für Bankkredite an die Sowjetunion. Im Oktober 1973 strömt die erste sowjetische Gaslieferung nach Deutschland. Die „Zeit“ titelt: „Die Russen sind da.“ Danach

werden – auch unter dem Eindruck des Ölpreisschocks – in enger Taktung weitere Gas-Geschäfte ausgehandelt, die auch den Ausbau der Pipelines forcieren. Zum Lieferland Sowjetunion kommen unter anderem die Niederlande und Norwegen. Auch die heimische Gasförderung wird bis heute betrieben, kleine Vorkommen gibt es vor allem in Niedersachsen.

Anti-AKW-Bewegung Anfang der 1980er beunruhigt das Waldsterben die Bevölkerung; die Umweltbewegung wächst. Die Politik verabschiedet 1983 die „Großfeuerungsanlagenverordnung“, in der Emissionsgrenzwerte für Schwefeldioxid, Stickoxide und Staub festgelegt werden. Viele Kohlekraftwerke können nach einer Umrüstung weiterlaufen. Auch die Atomenergie mobilisiert inzwischen im ganzen Land große Bevölkerungsgruppen. Mit dem Bau zahlreicher Atomkraftwerke wächst der Widerstand. Die Namen Wackersdorf, Brokdorf, Mühlheim-Kärlich

oder etwa Kalkar beschreiben nicht nur Standorte von Atomkraftwerken und -anlagen, sondern stehen heute für harte Auseinandersetzungen mit Wasserwerfern, fliegenden Steinen und Verletzten. Der Protest führt 1980 zur Gründung der Grünen. Als 1986 in Tschernobyl in der Ukraine ein Reaktor explodiert, der größte anzunehmende Unfall tatsächlich geschieht, will laut Umfragen danach etwa die Hälfte der deutschen Bevölkerung aus der Atomkraft aussteigen. Die Ablehnung reicht bis weit ins bürgerliche Lager. Wäh-

rend die Grünen und verzögert auch die SPD eine Abkehr von der Atomkraft fordern, halten Union und FDP daran fest.

Erdwärmer Das Treibhausgas Kohlendioxid wird ab 1990 ein Begriff. Wissenschaftler warnen vor dem menschengemachten Klimawandel. Von jetzt an gehört Klimaschutz zum Zielkatalog der Bundesregierung. Mit einem vergleichsweise vorsichtigen Stromeinsparungsgesetz werden erstmals Öko-Energien aus Wind, Sonne und Wasser gesetzlich gefördert. Die Stromversorger werden darin verpflichtet, Strom aus erneuerbaren Energiequellen aufzunehmen und zu einem festen Preis zu vergüten – der Vorläufer des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), das Jahre später den Ökoenergien zum Durchbruch verhilft.

Mit dem Versprechen, aus der Atomkraft auszusteigen, gewinnt Rot-Grün 1998 die Bundestagswahl. Nach zweijährigen Verhandlungen einigt sich der Bund mit den Atom-Konzernen RWE, Eon, Vattenfall und EnBW auf ein Ende der Kernkraft. Im Ausstiegsvertrag werden Reststrommengen vereinbart und eine maximale Laufzeit bis höchstens 2021.

Energiewende Parallel tritt im Jahr 2000 das EEG in Kraft, mit dem Ökostrom eine über 20 Jahre lang festgelegte Vergütung bekommt. Damit gilt „Vorfahrt für Erneuerbare“, die Energiewende startet. Das Gesetz löst einen Boom beim Bau von Solaranlagen, Windparks und Biogasanlagen aus. Der Energiemix in Deutschland ändert sich im doppelten Sinn nachhaltig: Im Jahr 2000 machen die Erneuerbaren nur sechs Prozent am deutschen Stromverbrauch aus, 2020 sind es 46 Prozent.

Den Boom drosselt eine schwarz-rote Koalition, die 2005 Rot-Grün ablöst. Es kommt zu einem merkwürdigen Zwiespalt der Energiepolitik: Während Kanzlerin Angela Merkel (CDU) auf internationaler Bühne weitreichende Klimaschutzziele verkündet und als „Klimakanzlerin“ gefeiert wird, kürzt sie zu Hause die Förderung, vor allem bei Photovoltaik. Das überleben zahlreiche Solarfirmen nicht.

Der Klimaschutz dient als Argument für eine Kehrtwende beim Atomausstieg. Inzwischen führt Merkel eine Koalition mit der FDP. Beunruhigt über steigende Strompreise für die Industrie, verlängert die Regierung die Laufzeiten der Atommeiler um bis zu 14 Jahre gegenüber dem rot-grünen Ausstiegsbeschluss. Kernenergie sei als „Brückentechnologie“ für den Klimaschutz unverzichtbar.

Die Verlängerung gilt nur ein knappes Jahr. Ein verheerender Tsunami löst im japanischen Fukushima 2011 eine Atomkatastrophe aus. Merkel verkündet im Bundestag eine erneute Wende. Sie sagt, sie habe erkennen müssen, dass die Technologie nicht beherrschbar sei – und kassiert die Laufzeitverlängerung. Sechs der ältesten Atomkraftwerke werden sofort abgeschaltet, die anderen gehen nach einem Abschaltplan bis Ende 2022 vom Netz.

Nicht gelöst ist bis heute die Frage, wo die 27.000 Kubikmeter hochradioaktiver Abfall gelagert werden sollen, die bis zum endgültigen Ausstieg übrig bleiben. Immerhin nähert sich Deutschland einer Antwort an. 2013 verabschiedet der Bundestag das

„Standortauswahlgesetz“, das einen neuen Anlauf bei der Suche nach einem Atom-müll-Endlager nimmt. Eine „Endlagerkommission“, bestehend aus Wissenschaftlern und Vertretern von Interessengruppen, legt fest, welche Bedingungen ein Endlager erfüllen muss und wie ein faires Auswahlverfahren aussehen kann. Nicht die Politik, sondern einzig Geologie und Wissenschaftlichkeit sollen den Ausschlag geben. Bis 2031 soll ein Standort feststehen.

Braunkohle-Ausstieg Jahrelang bleibt es bei Widersprüchen der Energiepolitik.

Kanzlerin Merkel schwört 2015 beim G7-Gipfel in Elmau die Staatenlenker auf das Ziel der „Dekarbonisierung“ ein und bekennt sich auch auf dem Klimagipfel von Paris zu einer quasi CO₂-freien Energieerzeugung – also eine ohne Kohle, Öl und Gas. Gleichzeitig setzt sie zu Hause auf den Abbau und die Verfeuerung von Braunkohle.

2018 gründen Bund und Länder eine Kohle-Kommission, die den sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohle planen soll. 2020 wird er beschlossen, das Ergebnis ist der kleinste gemeinsame Nenner: Bis spätestens 2038 sollen Braunkohlekraftwerke abgeschaltet werden, es fließen rund eine Milliarde Euro Stilllegungsgeldern an die Kraftwerksbetreiber. Die Kohle-Bundesländer bekommen 40 Milliarden Euro für den Strukturwandel.

Die „Fridays for Future“-Bewegung gegen die Tatenlosigkeit beim Klimaschutz wächst – und hinterlässt 2019 Spuren in der Politik. Die „GroKo“ verabschiedet ein Klimaschutzgesetz, das das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 vorsieht. Kurz vor den Bundestagswahlen 2021 macht ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts Druck: Das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung, so die Richter, verschiebe zu viele Lasten der Klimareduktion auf die jüngere Generation. Schwarz-Rot bessert nach und zieht das Ziel der Klimaneutralität auf 2045 vor – wie das gelingen kann, lässt sie offen.

Das wird die Aufgabe der neuen Bundesregierung. Die Herausforderung ist groß, betrifft die Energiewende doch nicht nur die Stromerzeugung, sondern auch den Verkehr, das Bauen, die Industrie, die Landwirtschaft. Ob mit oder ohne „Klimaschutzministerium“, die neue Regierung hat Handlungsdruck. Das Umweltbundesamt mahnte jüngst, es gehe nicht mehr um die Frage, welche Maßnahmen zuerst umgesetzt werden sollten, sondern darum, „schnell und in allen Bereichen des Klimaschutzes zu handeln“. **Annette Beutler** ■

Die Autorin ist freie Journalistin in Berlin.

Der Ausbau der Atomkraft war eine Konsequenz aus der Ölkrise.



Die Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima von 2011 beschleunigte den deutschen Atomausstieg.

© picture-alliance/ABC News 24

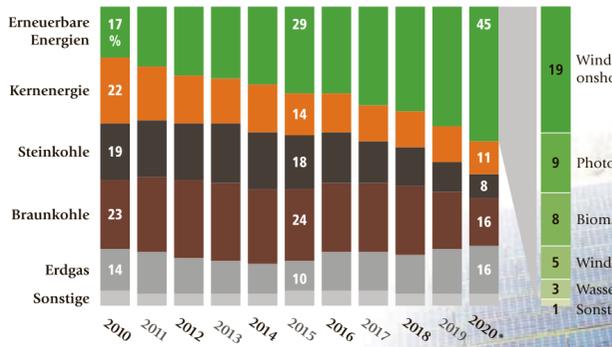
Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Energie in Deutschland und weltweit

Deutschlands Strommix

Anteil der Energieträger an der Bruttostromerzeugung (in Prozent)



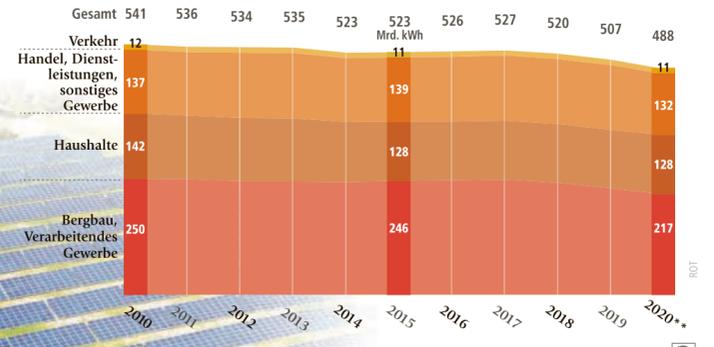
Zusammensetzung Erneuerbare Energien 2020



Quelle: Bundesverband Energie- und Wasserwirtschaft Grafikkategorie: dpa*102302 (editiert) *vorläufig

Wer wie viel Strom verbraucht

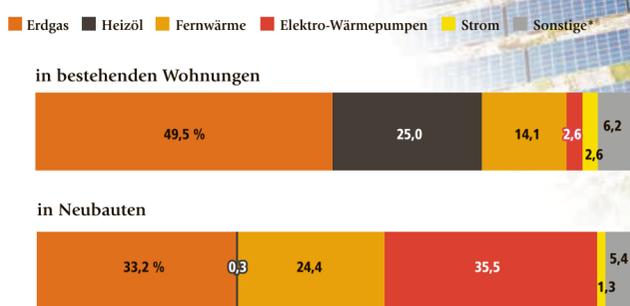
Entwicklung des Nettostromverbrauchs* in Deutschland nach Nutzungsgruppen (in Milliarden Kilowattstunden)



*Gesamtverbrauch minus Stromverluste beim Transport und Kraftwerkseigenverbrauch **vorläufige Daten
Quelle: Bundesverband Energie- und Wasserwirtschaft, BMWi Stand: April 2021 Grafikkategorie: Globus 014959 (editiert) rundungsbedingte Differenz

So werden die Wohnungen warm

Anteil der Heizungsarten 2020 in Deutschland (in Prozent)

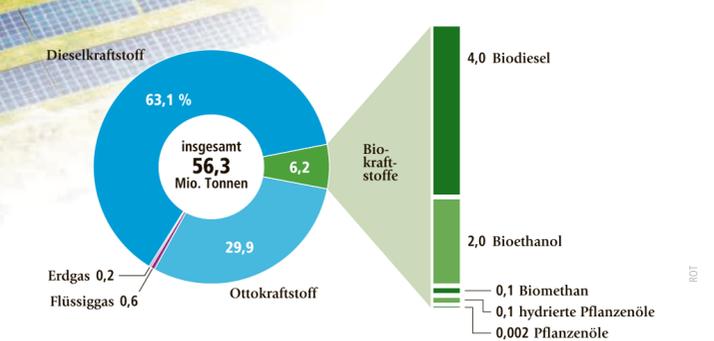


*Holz/-pellets, Solarthermie u. a.

Quelle: Bundesverband Energie- und Wasserwirtschaft Grafikkategorie: Globus 014982 (editiert) rundungsbedingte Differenz

Kraftstoffverbrauch in Deutschland 2019

(Anteile in Prozent)

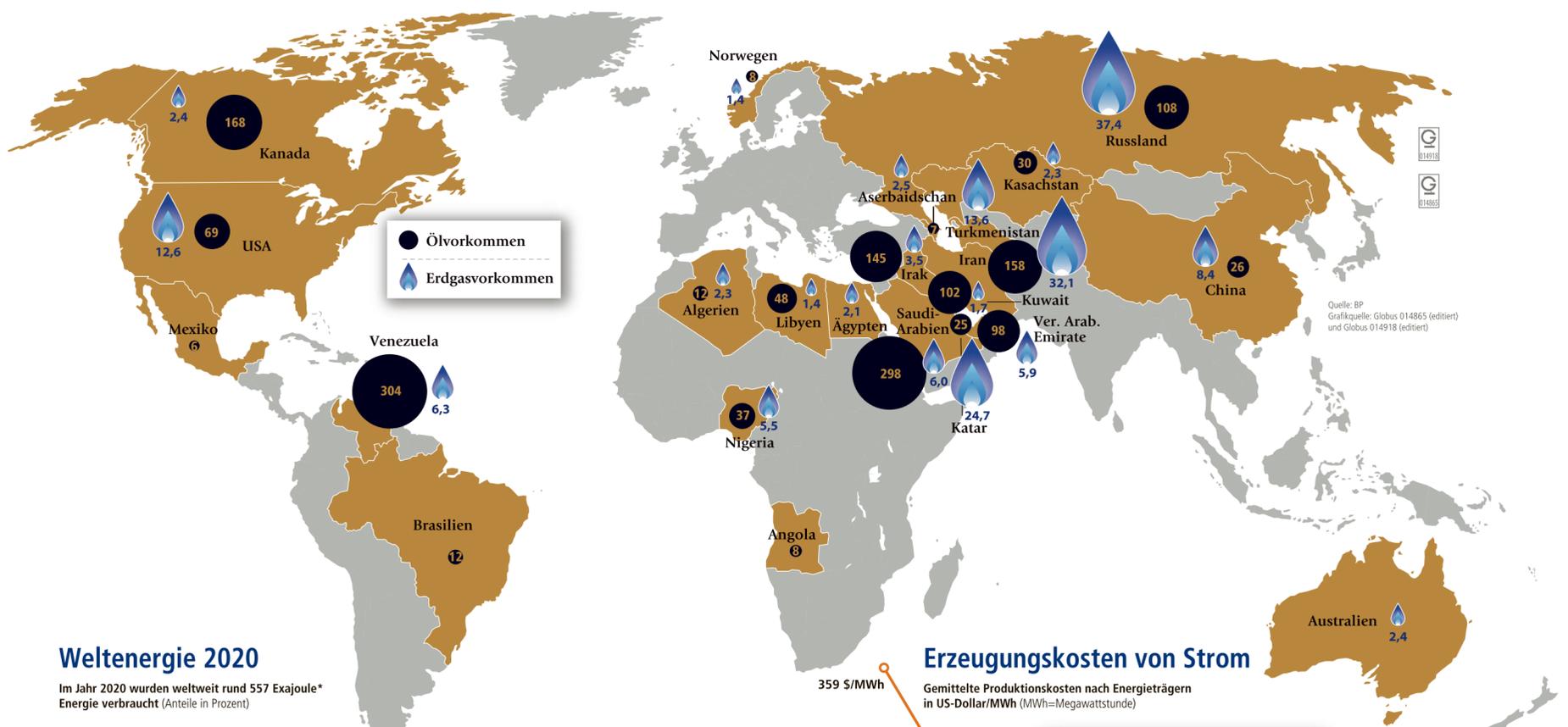


Quelle: Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe Stand: April 2021 Grafikkategorie: Globus 14204 (editiert)

Hintergrundbild © picture-alliance/ZB/eurolutbild.de/aerofoto team

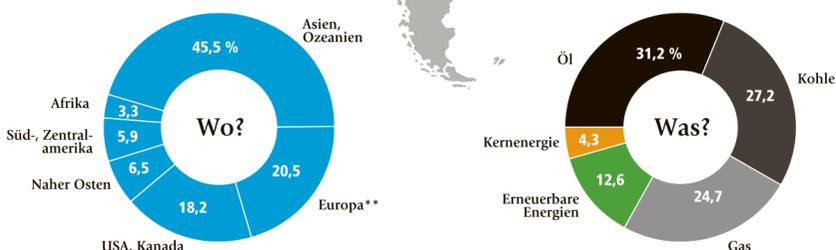
Weltweite Öl- und Erdgasreserven

Länder mit den größten gesicherten Ölvorkommen Ende 2020 in Milliarden Barrel (1 Barrel = 159 Liter) und Länder mit den größten gesicherten Erdgasvorkommen Ende 2020 in Billionen Kubikmeter. Etwas mehr als 50 Jahre werden die weltweit nachgewiesenen Ölreserven noch reichen. Davon geht der BP Statistical Review of World Energy 2021 aus.



Weltenergie 2020

Im Jahr 2020 wurden weltweit rund 557 Exajoule* Energie verbraucht (Anteile in Prozent)

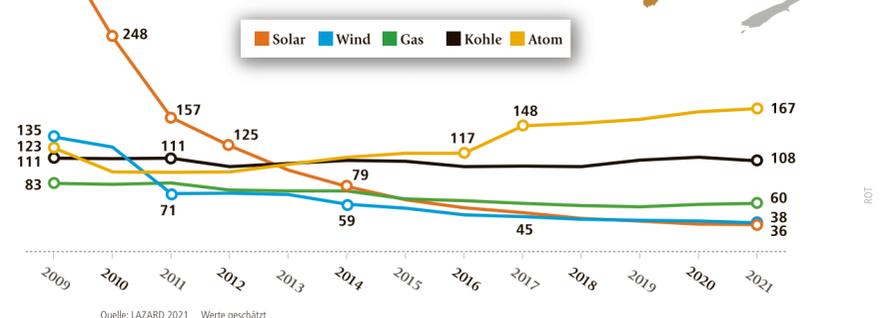


*physikalische Maßeinheit für Energie, 1 Exajoule = 1 Trillion Joule **einschl. 12 GUS-Staaten (u. a. Russland, Ukraine)

Quelle: BP Grafikkategorie: Globus 014894 (editiert) rundungsbedingte Differenz

Erzeugungskosten von Strom

Gemittelte Produktionskosten nach Energieträgern in US-Dollar/MWh (MWh=Megawattstunde)



Quelle: LAZARD 2021 Werte geschätzt

Das Netz hält

STROMVERSORGUNG Droht Deutschland infolge der Energiewende ein Blackout? Der europäische Verbund der Stromnetze verhinderte bisher einen Kollaps der Netze mit Erfolg.

Stromausfälle sind hierzulande bisher im Gegensatz zu manch anderen Ländern ziemlich selten. Und dies, obwohl bereits ein Großteil der Atommeiler sowie Kohlekraftwerke mit einer Leistung von über acht Gigawatt (GW) abgeschaltet wurden und die Stromversorgung zu einem großen Teil aus erneuerbaren, fluktuierenden Quellen, vor allem Windkraft und Photovoltaik gedeckt wird. 10,73 Minuten lang bekamen jeder Haushalt und jedes Unternehmen im Schnitt im Jahr 2020 keinen Strom. Damit war die Dauer der sogenannten Versorgungsunterbrechungen (SAIDI-Index, System Average Interruption Duration Index) um 1,47 Minuten kürzer als im Vorjahr. Laut Bundesnetzagentur ist dies der niedrigste Wert seit Veröffentlichung der Zahlen im Jahr 2006. Die Unterbrechungen summierten sich damals im Schnitt auf mehr als 21 Minuten.

Zuverlässigkeit Ein Blick ins Ausland hilft bei der Einordnung. Während der SAIDI-Wert bundesweit in Deutschland im Jahr 2016 bei circa 13 Minuten lag, lag er in Italien und Großbritannien bei rund 40 Minuten, in Frankreich bei 50 Minuten und in Schweden bei 70 Minuten. „Die Zuverlässigkeit der Stromversorgung in Deutschland war im Jahr 2020 erneut sehr gut“, erklärte der Präsident der Bundesnetzagentur (BNetzA), Jochen Homann, bei der Vorstellung der Zahlen im August dieses Jahres. „Die Energiewende und der steigende Anteil dezentraler Erzeugungsleistung

haben weiterhin keine negativen Auswirkungen auf die Versorgungsqualität“, so Homann. „Die Netz- und Versorgungssicherheit ist und war gewährleistet“, sagt auch das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) und verweist hierbei unter anderem auf den zweijährlich erscheinenden Monitoringbericht zur Versorgungssicherheit, der auch in die Zukunft schaut.

Doch ist diese positive Einschätzung nicht auch ein gutes Stück Zweckoptimismus? Gibt es nicht gravierende Risiken? So meldete das Handelsblatt am 2. Juli 2019: „In den vergangenen Wochen konnte Deutschland offenbar nur mit Mühe großflächige Stromausfälle vermeiden. Gleich an mehreren Tagen im Juni, am 6., 12. und am 25., war die Situation im Stromnetz kritisch. Nur mit kurzfristigen Stromimporten aus dem Ausland konnte das Netz stabil gehalten werden.“ Ursache hierfür waren allerdings laut Wirtschaftsministerium nicht Probleme der fehlenden Stromerzeugungskapazität, sondern gesetzeswidrige Marktmanipulationen von Händlern am Stromgroßhandelsmarkt. Die Bundesnetzagentur verhängte deshalb Anfang Oktober dieses Jahres Bußgelder gegen zwei Unternehmen. „Wer Gewinne zu Lasten der Systemstabilität einstreicht, handelt rechtswidrig“, erklärte der Vizepräsident der Netzagentur, Peter Franke.

Nicht auf Spekulationen, sondern auf einen Dominoeffekt innerhalb des europäischen Stromverbundnetzes war ein Störfall vom 8. Januar 2021 zurückzuführen, der jedoch glimpflich ausging. Am frühen Nachmittag



Fast taghell präsentiert sich der Düsseldorfer Hauptbahnhof in der Nacht.

© picture-alliance/ZB/eurolobild.de/Hans Blossley

sank die Netzfrequenz beim Übertragungsnetzbetreiber Amprion schlagartig um 200 Millihertz unter die Marke von 50 Hertz, eine Folge davon, dass mehr Strom verbraucht als eingespeist wurde. Abweichungen in dieser Größenordnung von der Standardfrequenz im elektrischen Netz Europas gelten als schwerwiegende Störung. Was war passiert? An jenem Tag war es in Westeuropa relativ kalt. Zugleich feierten orthodoxe Christen in Südosteuropa ihr Weihnachtsfest. Es wurde also im Nordwesten des Kontinents sehr viel, auf dem Balkan jedoch relativ wenig Strom verbraucht. Infolgedessen floss recht viel Strom vom Südosten nach Zentraleuropa.

Zu viel jedenfalls für die Infrastruktur. In einem Umspannwerk nahe der Ortschaft Ernestinovo in Kroatien kam es zu einer Überlastung und Abschaltung der Verbindung, was zu einem Dominoeffekt führte. Binnen kürzester Zeit waren benachbarte Leistungen überlastet – es kam zu einer vollständigen Trennung des Verbundnetzes. Dem in der Amprion-Leitzentrale in Brauweiler bei Köln beobachteten Abfall der Netzfrequenz im nordwestlichen europäischen Teilnetz stand ein ähnlich rapider Frequenzanstieg in Südosteuropa gegenüber. Hier waren rund 5.800 Megawatt Kraftwerksleistung zu viel am Netz, die auf der anderen Seite fehlten.

Stabilisierung Doch konnte die Frequenzabweichung innerhalb von Minuten stabilisiert werden. Automatisch wurden Kraftwerke hochgefahren, Industriekunden in Frankreich und Italien vom Netz genommen und zusätzliche sogenannte Regenergie aus dem nicht mehr zum Europäischen Stromverbund gehörenden benachbarten Netzen in Großbritannien und Skandinavien eingespeist. Genau 63 Minuten nach der Auftrennung war der Stromfluss im europäischen Verbundnetz wieder im Lot und die Netzaufrennung zwischen dem Balkan und Zentraleuropa konnte wieder aufgehoben werden. „Die Stromversorgung war zu jeder Zeit gewährleistet“, so der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Außer den beteiligten Netzbetreibern und den vertraglich involvierten Industriebetrieben habe nie-

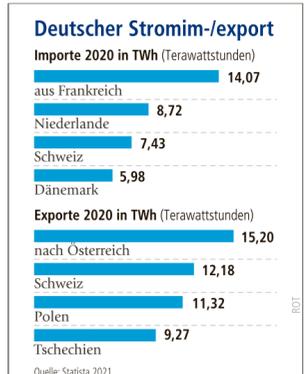
mand etwas von der Störung mitbekommen. Zudem seien solche Netzaufrennungen innerhalb des europäischen Stromverbunds sehr selten. Der letzte Störfall dieser Art habe sich 2006 ereignet. So anfällig also der europäische Stromverbund zumindest in einzelnen Fällen für unerwünschte Kettenreaktionen sein kann, so wichtig ist er andererseits für die Versorgungssicherheit gerade in Energiewendezeiten. Denn hierdurch können in vielen Fällen witterbedingte Schwankungen von Wind- und Solarstrom regional ausgeglichen oder Strom aus Wasserkraftwerken in Norwegen oder Österreich die Stromversorgung anderswo in Europa stützen. Wobei Deutschland schon seit längerem Nettostromexporteur ist und im vergangenen Jahr 52 Terawattstunden (TWh) exportierte, bei einem Import von 33,7 TWh. Hierzu wurden jüngst auch grenzüberschreitende Verbindungsleitungen ausgebaut, so nach Belgien oder über den NordLink nach Norwegen.

Reserven Als zusätzliche Absicherung zur Versorgungssicherheit bei der Stromerzeugung sowie für die Verteilung über leistungsfähige Stromnetze, gibt es in Deutschland neben der Preisbildung am liberalisierten Strommarkt zudem diverse Reserve-

mechanismen. So soll die sogenannte Netzreserve das Stromnetz selbst bei starker Belastung vor allem im Winter sichern. Kraftwerke, die gerade nicht betriebsbereit oder schon zur Stilllegung angemeldet wurden, können bei Bedarf kurzfristig einspringen. Für diesen Winter beträgt die von der Bundesnetzagentur bestätigte Reserve 5,67 Gigawatt (GW). Bei Extremsituationen und Unvorhergesehenem soll eine Kapazitätsreserve einspringen. Dazu werden bestehende Erzeugungsanlagen, Speicher oder regelbare Lasten außerhalb des Strommarktes vorgehalten. Die Übertragungsnetzbetreiber starteten im September die zweite Ausschreibungsrunde für eine Reserveleistung von zwei Gigawatt, die ab Oktober 2022 für einen Zeitraum von zwei Jahren bereitstellen soll. Falls Plan A und B nicht ausreichen, soll die sogenannte Sicherheitsbehörden greifen. Sie besteht aus Kraftwerken mit einer Leistung von 2,7 GW, die im Zuge des Kohleausstiegs planmäßig stillgelegt worden sind. Vier Jahre lang können diese abgeschalteten Kraftwerke in Extremsituationen wieder aktiviert werden, bevor sie endgültig stillgelegt und abgerissen werden.

Hans-Christoph Neidlein

Der Autor ist Fachjournalist für Energiefragen in Berlin.



Der Plan funktioniert

ATOMAUSSTIEG Ende 2022 sollen alle Reaktoren stillgelegt sein. Ersatz durch Gaskraftwerke erfolgt zögerlich

Der Atomausstieg läuft nach Plan. Stufenweise geht ein Kernkraftwerk nach dem anderen vom Netz, zuletzt Ende 2019 das Kernkraftwerk Philippsburg 2. Bis Ende 2021 werden die Kernkraftwerke Grohnde, Grundremmingen C und Brokdorf abgeschaltet. Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2 werden spätestens Ende 2022 vom Netz gehen.

Doch gewinnt die Diskussion um eine weltweite Renaissance der Atomkraft für eine CO2-freie und stabile Energieversorgung wieder an Raum. Vor allem Frankreich prescht mit der Vision neuartiger, angeblich sicherer Mini-Reaktoren vor und pocht auf deren „grüner“ Anerkennung im Rahmen der anstehenden EU-Taxonomie.

Grenzen in Sicht Einzelne Manager wie Linde-Chef Steve Angel und sein designierter Nachfolger Sanjiv Lamba wagten sich kürzlich hierzulande aus der Deckung und bezeichneten den gesetzlich beschlossenen Atomausstieg als Fehler. „Wir werden einen Energiemix brauchen. Dazu gehört auch Atomkraft“, zitiert das Handelsblatt Lamba. Auch Ex-BASF-Chef Jürgen Hambrecht plädiert für eine Laufzeitverlängerung der Atommeiler in Deutschland. Angesichts des Atom- und Kohleausstiegs komme die Energieversorgung in Deutschland „schnell an Grenzen“ sagte er dem Magazin „Cice-

ro“. Man brauche „eine Rückfalloption, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint“.

Ist an diesen Forderungen was dran? Die verbliebenen Atommeiler in Deutschland verfügen über eine Bruttostromleistung von etwas über acht Gigawatt (GW). Dies entspricht rund 3,5 Prozent der gesamten installierten Netto-Stromerzeugungsleistung von 229 GW. Mit 60,9 Milliarden Kilowattstunden trugen sie im Jahr 2020 rund 12,5 Prozent zum deutschen Strommix bei, ein Minus gegenüber dem Vorjahr um 14 Prozent. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Nettostromerzeugung 2020 knackte mit 50,5 Prozent (2019, 46 Prozent) erstmals die 50er Marke. Braunkohle lieferte 16,9 Prozent des Stroms (2019, 19,7), Steinkohle 7,3 Prozent (minus 28 Prozent gegenüber 2019). Die Nettostromerzeugung aus Erdgas lag bei 12,1 Prozent, ein Plus von 11,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. In ersten Halbjahr 2021 verschoben sich die Zahlen unter anderem aufgrund schwacher Windmonate und des anziehenden Energiebedarfs wie

der etwas zu Lasten der erneuerbaren Energien. Verglichen mit dem ersten Halbjahr 2019 war die Stromerzeugung aus Kohle- und Kernkraftwerken aber auch 2021 niedriger. Das heißt: Der langfristige rückläufige Trend ist ungebrochen.

»Wir werden einen Energiemix brauchen. Dazu gehört Atomkraft.«

Sanjiv Lamba (Linde plc)

Zuversichtlich in puncto künftiger Versorgungssicherheit und Energiewende zeigt sich die Bundesregierung. „Alle aktuellen Analysen kommen zu dem Ergebnis, dass die sichere Stromversorgung in Deutschland auch künftig auf dem heutigen hohen Niveau gewährleistet bleibt. In den Analysen wird auch der Ausstieg aus der Kernenergie und die Beendigung der Kohleverstromung berücksichtigt“, so das Bundeswirtschaftsministerium. Doch klar ist, dass die Herausforderung, die Strom- und Energieversorgung des Industriestandorts Deutschlands auch ohne Atom- und Kohle- meiler zu sichern, sportlich bleibt. Neben dem beschleunigten Ausbau der Windkraft und Photovoltaik, der Netzinfrastruktur, der Energiespeicher und des intelligenten Lastmanagements braucht es flexible Gaskraftwerke, die mittels Kraft-Wärme-Kopplung

die Strom- und Wärmeversorgung auch im Winter zuverlässig absichern, fordert der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Ab sofort sollten die Gaskraftwerke zudem „H2 ready“ gebaut werden, damit sie ohne Umrüstung mit erneuerbarem Wasserstoff und klimaneutralen Gasen betrieben werden können. Weil dies jedoch kurzfristig schon aus Gründen der mangelnden Verfügbarkeit großer zusätzlicher Mengen grünen Stroms kaum flächendeckend möglich ist, braucht es noch etliche Jahre fossiles Erdgas als Stütze der Versorgungssicherheit. So fordert das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität Köln (EWI) bis 2030 in Deutschland einen Zubau von 45 GW an gesicherter Leistung, vor allem flexibler Gaskraftwerke. Gerade einmal 2,7 GW verteilt auf zwölf Gaskraftwerke sind derzeit im Bau. Weitere fünf GW verteilt auf neun Gaskraftwerke sind laut Brancheninitiative „Zukunft Gas“ in Planung. Dringend nötig seien deshalb zusätzliche Investitionsanreize. hcn

Freiheit, Sicherheit und Deeskalation Liberalismus und Kalter Krieg 1970–1990



Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung
33. Jahrgang 2021
Herausgegeben von Prof. Dr. Eckart Conze, Prof. Dr. Dominik Geppert, Prof. Dr. Joachim Scholtzky und Prof. Dr. Elke Seefried
2021, 284 S., brosch., 59,- €
ISBN 978-3-8487-8384-7

Anlässlich der Jubiläen des Moskauer Vertrags 1970 und des Zwei-plus-Vier-Vertrags 1990 bildet das Thema „Freiheit, Sicherheit und Deeskalation – Liberalismus und Kalter Krieg 1970–1990“ den Schwerpunkt des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung. Weitere Beiträge behandeln Themen aus der Geschichte des Liberalismus im 19. und 20. Jahrhundert.

Nomos
eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Das Umweltverbände gegen die Industrie demonstrieren, kennt man. Dass allerdings die Industrie in dieser Form mobil macht, ist eher ungewöhnlich. Am vergangenen Mittwoch versammelten sich in Düsseldorf rund 100 Mitglieder des Landesverbands Erneuerbare Energien NRW, in dem unter anderem zahlreiche Unternehmen der Windkraftbranche Mitglied sind, zu einer „Anti-Nabu-NRW-Demo“ unweit der Landesgeschäftsstelle des Umweltverbandes. Der Verband wirft dem Nabu eine „Energie-Blockade-Politik“ vor.

Durch Klagen hätten die Umweltschützer in den vergangenen Jahren in dem Bundesland mehr als 100 Windenergieanlagen mit über 500 Megawatt Leistung ausgebremst. Gegenüber der Deutschen Presseagentur (dpa) wies eine Nabu-Vertreterin den Vorwurf zurück: „Wir wollen den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Aber wir wollen, dass die artenschutzrechtlichen Aspekte mitberücksichtigt werden“, sagte die Landesvorsitzende Heide Naderer der Agentur. Nach Angaben des Nabu laufen derzeit neun Klagen gegen Windkraftprojekte, die beiden jüngsten wurden 2019 und 2021 eingereicht. In den Verfahren spiele das Interesse an der wirksamen Durchsetzung gesetzlicher Zugriffsverbote zum Schutz besonders geschützter Vogel- und Fledermausarten eine gewichtige Rolle, teilte die Organisation mit.

Die öffentlichkeitswirksame Auseinandersetzung in Düsseldorf wirft ein Schlaglicht auf die Konflikte rund um den Ausbau der erneuerbaren Energien und insbesondere der Windkraft an Land. In Gemeinden begehren Anwohner gegen die „Verspargelung“ der Landschaft oder den Bau von Hochspannungsleitungen auf, anderswo geht es um Naturschutz und Artenschutz. Zudem fehlen Flächen und – wie so oft bei Bau- und Infrastrukturprojekten – die Genehmigungsverfahren dauern zu lang. Hinzu kommen laut Kritikern bürokratische Hemmnisse im Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG) oder zu wenig Ausschreibungen für potentielle Betreiber von Solar- oder Windanlagen.

Ambitionierte Ziele „Deutschland hat sich mit der Klimaneutralität bis 2045 ein ambitioniertes Ziel gesetzt. Allerdings ohne dieses Ziel bislang mit den nötigen Maßnahmen zu untermauern“, sagt Thorsten Lenck von der Denkfabrik Agora Energiewende. Bei Agora sieht man 70 Prozent als die notwendige 2030-Zielmarke für den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch, um die Klimaziele zu erfüllen. Gesetzlich verankert sind derzeit 65 Prozent, 2020 waren es rund 45 Prozent. Die neue Bundesregierung müsse nun schnell wirksame Maßnahmen umsetzen, um diese Ziele sicher zu erreichen, sagt der Energiewende-Experte.

Der geplante Erneuerbaren-Ausbau sei beispielsweise viel zu gering, kritisiert Lenck. Trotz besseren Wissens gehe die Berechnungsgrundlage noch immer von einem gleichbleibenden Stromverbrauch im Jahr 2030 aus. Lenck verweist auf die E-Mobilität, das Heizen mit elektrischer Wärmepumpe oder elektrische Verfahren in der Industrie wie beispielsweise bei der Stahlherstellung, die den Stromverbrauch in der Zukunft ansteigen lassen. Deshalb müsse der Ausbau deutlich beschleunigt werden, fordert Lenck: „Um das 2030-Klimaziel zu erreichen, muss die nächste Bundesregierung den Erneuerbaren-Zubau verdreifachen.“ Auch von Branchenverbänden der Wind- und Solarenergie kommen ähnliche Töne sowie vom Umweltbundesamt (UBA). Die UBA-Experten haben dafür auch ganz pragmatische Gründe: Je höher die Zahl der Windkraftanlagen, desto eher können

Laues Lüftchen

WINDKRAFT In den vergangenen Jahren stockte gerade bei der Windenergie der Ausbau. Zudem sind aus Sicht von Kritikern die Ziele zu niedrig angesetzt



Um die Klimaziele erreichen, müssen in den kommenden Jahren etliche neue Windräder im ganzen Land hochgezogen werden.

© picture-alliance/dpa/ZB/Patrick Pleul

Schwankungen ausgeglichen werden. So brach nach Zahlen des UBA die Stromerzeugung aus Wind im ersten Halbjahr 2021 ein, weil es weniger windig war.

Ausbau stockt Doch gerade bei der Windkraft stockte in den vergangenen Jahren der Ausbau. Windenergie trug 2020 mehr als Hälfte des Stroms aus Erneuerbaren bei, seit 2015 stieg die Stromerzeugung um 62 Prozent. Doch 2019 und 2020 gingen Anlagen mit nur 2.000 Megawatt beziehungsweise 1.446 Megawatt ans Netz – weniger wurden in den vergangenen 20 Jahren nur 2008 und 2010 angeschlossen.

In diesem Jahr scheint es etwas besser zu laufen – zumindest an Land: So sind laut Branchenangaben im ersten Halbjahr 2021 240 Windenergieanlagen an Land mit einer Leistung von 971 Megawatt installiert worden, allerdings sind im selben Zeitraum Anlagen mit einer Leistung von 140 Megawatt abgebaut worden. Für das Gesamtjahr rechnet die Branche mit einer neu installierten Leistung von zwei bis 2,5 Gigawatt (GW). Damit sind aktuell 29.715 Anlagen mit einer installierten Leistung von 55,8 Gigawatt auf Land in Betrieb. Bis 2030 sollen es nach EEG 71 Gigawatt werden, das UBA sieht eher 105 Gigawatt als notwen-

dige Zielmarke, Agora liegt mit 80 Gigawatt dazwischen. Das EEG sieht aktuell vor, von diesem Jahr an bis einschließlich 2028 insgesamt brutto 32,5 GW – oder rund vier GW pro Jahr – für den Ausbau auszusprechen. Im Netto fällt die avisierte Leistung durch Wegfall von Altanlagen entsprechend geringer aus. Aus Sicht des UBA müsste der Brutto-Ausbau mindestens bei vier bis zu sieben Gigawatt pro Jahr betragen, Agora sieht einen mittleren Zubau von mindestens fünf Gigawatt brutto pro Jahr bis einschließlich 2030 als notwendig an. Für die kommenden Jahre deuten erste Zeichen auf etwas Besserung hin. Bei der

Ausschreibungsrunde mit Stichtag 1. September wurde erstmals seit Dezember 2020 wieder eine Runde überzeichnet. „Die Überzeichnung der Ausschreibung zeigt den ungebrochenen Willen der Energiebranche, neue Windenergie-Projekte zu realisieren“, teilte Kerstin Andree, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) mit. Die neue Bundesregierung müsse aber den „Turbo einschalten“, mahnte Andree. „Im Fokus sollten Verbesserungen im Planungs- und Genehmigungsrecht stehen, damit den Ausschreibungsvolumina auch eine angemessen gefüllte Projektpipeline gegenüber-

steht.“ Die möglichen Ampel-Koalitionen haben angekündigt, genau das zu tun und den Ausbau der Erneuerbaren „drastisch zu beschleunigen und alle Hürden und Hemmnisse aus dem Weg zu räumen“, heißt es im Sondierungspapier.

Auch ein weiteres Kernproblem, das die Branche und auch Experten wie Lenck benennen, will die mögliche Ampel-Koalition angehen – die Freigabe von Flächen: „Für die Windkraft an Land sollen zwei Prozent der Landesflächen ausgewiesen werden“, haben die drei Parteien vorerst vereinbart. Das ist auch die Forderung von Lenck. Aktuell sind laut UBA bundesweit 0,8 Prozent der Landesfläche planerisch für eine Nutzung durch die Windenergie festgelegt – zu wenig für die Ausbaupläne. „Die zu geringen Genehmigungszahlen seit 2017 werfen zudem die Frage auf, ob nicht sogar heute bereits ein Flächenengpass an nutzbaren Flächen vorliegt“, schreibt das UBA.

Aus Sicht der Windkraft-Branche ist für die schleppende Flächenvergabe die 2020 beschlossene Abstandsregelung mit verantwortlich. Pauschale Abstandsregeln sollen nach dem Willen der Windenergiebranche wieder gestrichen werden. Lenck fordert zudem eine zielgerichtete Diskussion über die Ausweisung von Flächen. So sei es denkbar, Windräder auch in Nutzwäldern zu platzieren. Grundsätzlich müssten zudem Landschaftsschutzgebiete kritisch hinterfragt werden, in denen der Bau von Windrädern bisher pauschal untersagt ist. In Nordrhein-Westfalen betraf das mehr als 40 Prozent der Landesfläche.

Lenck plädiert für eine zügige Ausweisung der Flächen, auch um mögliche Konflikte mit Anwohnerinnen und Anwohnern frühzeitig anzugehen und Kompromisse finden zu können. Wie auch der Bundesverband Windenergie sieht der Agora-Experte Bayern und Baden-Württemberg, wo es eine stromhungrige Wirtschaft gibt, in der Pflicht, mehr Flächen auszuweisen. „Wenn das nicht geschieht, muss anderswo näher an Wohnorten gebaut werden“, mahnt Lenck.

Auf dem Meer Nicht nur auf dem Land stockt der Windkraftausbau, auch auf dem Meer (offshore) geht es nicht so zügig voran, wie manche sich das wünschen. 2020 waren laut Branchenberichten 7,8 Gigawatt auf See installiert, schwerpunktmäßig in der Nordsee, im Bau befand sich kein Windpark. Allerdings erwartet die Branche bis 2025 ein Zuwachs auf 10,8 Gigawatt, da sich diverse Projekte aus früheren Ausschreibungsrunden in Vorbereitung befinden. Geregelt ist der Ausbau im Windenergie-auf-See-Gesetz, das Zielvorgaben markiert. Bis 2030 sollen auf See 20 Gigawatt installiert sein, bis 2040 40 Gigawatt. Aus Sicht von Lenck und Agora sollten es bis 2030 allerdings schon mindestens 25 Gigawatt sein, um den wachsenden Strombedarf zu decken.

Damit die sowohl auf dem Meer als auch auf Land gewonnene Energie aus dem windreicheren Norden in den Süden gelangt, muss das Stromnetz ausgebaut werden. „Das geht viel zu langsam. Auch hier muss das Tempo hochgefahren werden“, meint Lenck. Als Grund für die Verzögerung nennt Lenck die Auseinandersetzungen über die dafür notwendigen Hochspannungsleitungen, die in vielen Orten auf Widerstand gestoßen waren. Schließlich reagierte die Politik und ermöglichte auch die Verlegung der Leitungen unter der Erde. „Das hat den Ausbau verzögert und die Kosten erhöht“, sagt er. Den Netzausbau nun zu beschleunigen sei essentiell, um die im Süden gelegenen Industriestandorte mit günstigem Strom versorgen zu können und die Systemkosten insgesamt moderat zu halten, erklärt Lenck.

Sören Christian Reimer

Geringe Perspektiven

AUSBAU Keine Priorität für Bioenergie und Wasserkraft

Neben Sonne und Wind spielen auch Bioenergie und Wasserkraft eine Rolle im Energiemix der Erneuerbaren. Die zukünftige Bedeutung der beiden Energieträger ist aber fraglich.

Biogas und Biomasse spielen aktuell eine bedeutsame Rolle in der Stromerzeugung: 50,6 Terrawattstunden wurden damit im vergangenen Jahr erzeugt. Das ist so viel, wie durch Solarenergie gewonnen wurde. Laut Umweltbundesamt (UBA) wächst die erzeugte Strommenge seit 2015 kaum an, die installierte Leistung hingegen schon. Mit dieser sogenannten „Überbauung“ werde für Flexibilität bei der Versorgung mit Erneuerbaren gesorgt, führt das UBA aus. Heißt: Wenn Wind und Sonne nicht genügend Energie liefern, steht Bioenergie bereit. Aus Biomasse wird zudem der Großteil des Beitrags der Erneuerbaren für den Wärmesektor gewonnen, Biokraftstoffe spielen auch eine Rolle im Verkehrssektor.

Die Erzeugung von Bioenergie führt allerdings zu Zielkonflikten: Werden bestimmte Pflanzen, etwa Mais, für die energetische Nutzung angebaut, fehlt die Fläche (und die Ernte) für andere Zwecke, etwa die Nahrungsmittelproduktion. Im globalen Maßstab stellt sich zudem die Frage, ob die großflächige Umwidmung von Landflächen nachhaltig ist. Perspektivisch sieht das UBA die Möglichkeit, sowohl im Strom- als auch im Wärme- und Energiebereich größtenteils auf Bioenergie zu verzichten. Der Erfolg der Energiewende sei nicht an den Ausbau der Bioenergie gebunden. Für Biomasse sei eine stoffliche Verwertung zu bevorzugen.

Wasserkraft Die Kraft des Wassers wird schon seit Jahrhunderten genutzt. Moderne Wasserkraftwerke liefern auch in Deutschland verlässlichen Strom. Seit 1990 liegt die produzierte Menge zwischen 17,3 und 24,9 Terrawattstunden pro Jahr. Viel mehr scheint in Zukunft nicht produziert werden zu können. Das UBA geht auf Grundlagen eigener Studien davon aus, dass die Wasserkraft ihr „technisch-ökologisches Potenzial“ im großen Ganzen bereits ausgeschöpft hat.

Solarbranche wächst langsam wieder

PHOTOVOLTAIK Die Talsohle scheint durchschritten. Der Ausbau zieht an, Ärger gibt es um den »atmenden Deckel«

Während der Ausbau bei der Windkraft stockt, konnte die Solarbranche in den vergangenen beiden Jahren kräftige Zuwachszahlen präsentieren: 2020 betrug laut Angaben des Umweltbundesamtes (UBA) die installierte Leistung von Photovoltaik-Anlagen in Deutschland 53.848 Megawatt. Gegenüber 2015, als die PV-Leistung bei 39.224 Megawatt lag, ist das ein Anstieg von 37 Prozent. Allein 2019 und 2020 kamen Anlagen mit 3.889 Megawatt beziehungsweise 4.801 Megawatt hinzu.

Als Zielwert für 2030 gibt das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 100 Gigawatt vor. Die von der scheidenden Bundesregierung beschlossene Zielmarke für den Ausbau reicht der Branche aber nicht. Aus Sicht des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft sollten es jedoch 150 Gigawatt sein, um die Klimaziele zu erreichen.

Mehr Sonnenschein Die Menge des produzierten Stroms wächst ebenfalls: 50,6 Terrawattstunden lieferten PV-Anlagen im vergangenen Jahr, auch weil die Witterung sehr sonnig war, wie das UBA ausführt. Gegenüber 2019 ist das ein Zuwachs von neun Prozent, gegenüber 2015 um 31 Prozent.



Installation einer Solaranlage auf einem Dach

© picture alliance/dpa | Marijan Murat

Für dieses Jahr rechnet die Branche mit einem kräftigen Zuwachs: Das Institut für Regenerative Energiewirtschaft meldete eine neu installierte PV-Leistung von mehr als 4.300 Megawatt von Januar bis September, bis Ende des Jahres könnten es zwischen 5.700 und 5.900 Megawatt werden.

Der positive Trend zeigt sich auch in der Solarwirtschaft: Nach einem fast beispiellosen Einbruch der Branche geht es nun

langsam wieder aufwärts. Machte die deutschen PV-Unternehmen 2011 noch rund 13,3 Milliarden Euro Umsatz, sank der Wert bis 2017 aufgrund zahlreicher Schließungen auf 2,3 Milliarden Euro. Für 2019 wurden immerhin wieder 3,2 Milliarden Euro gemeldet. Die Zahl der Beschäftigten betrug – nach einem Höchststand mit rund 157.000 im Jahr 2011 – 2019 rund 52.000. Hintergrund des Zusammenbruchs waren

zum einen aufkommende Konkurrenz aus China, wo inzwischen sechs der zehn größten Hersteller produzieren. Zum anderen sorgten Änderungen in der Förderung für den Einbruch beim Ausbau.

Deckel bremst Für Ärger in einem Segment des Marktes, Photovoltaik-Anlagen auf Dächern, sorgt aktuell der sogenannte atmende Deckel bei der Einspeisevergütung. Heißt: Je mehr zugebaut wird, desto geringer fällt die Vergütung aus. Bei stagnierenden oder gar steigenden Preisen für die Module droht der Anlagenbau an mangelnder Rentabilität zu scheitern, kritisiert die Branche. Hinzu kommt, dass in der Branche die Fachkräfte knapp sind.

Die mögliche Ampel-Koalition setzt indes auf Dächern. Laut Sondierungspapier sollen alle geeigneten Dachflächen für Solarenergie genutzt werden. Verpflichtend solle das aber nur bei gewerblichen Neubauten sein, bei privaten Neubauten solle es die Regel werden, heißt es in dem Papier. Freiflächenanlagen sollen für Kommunen attraktiver werden – sie sollen, wie schon bei Windkraftanlagen, finanziell von größeren Anlagen auf ihrem Gebiet profitieren.

scr

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Grüne Wende

ENERGIEKONZERNE Die alten Kohle- und Atomstromerzeuger haben sich vollkommen gewandelt. Die fossile Energieerzeugung ist nur noch ein Auslaufmodell

Früher Kohle und Atom, heute grün: Namhafte Energiekonzerne wie RWE, EnBW oder Steag setzen mittlerweile (fast) durchweg auf eine „grünere“ Versorgung und auf das Geschäft rund um die Energiewende. Noch vor wenigen Jahren bestimmten heftige Grabenkämpfe zwischen der Kohle- und der Erneuerbaren-„Fraktion“ wichtige Veranstaltungen der Energiebranche – so die Jahrestagungen des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Doch hat sich das mittlerweile gründlich gewandelt. So fordern mittlerweile BDEW-Präsidentin Marie-Luise Wolff, Vorstandsvorsitzende des Darmstädter Versorgers Entega und BDEW-Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae, bis 2018 Fraktionsvize der Grünen im Bundestag, von der Politik mehr Ambitionen für die Energiewende. Ähnlich äußert sich regelmäßig Ingrid Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU).

Transformation Diese Verbandspositionen spiegeln die Aktivitäten wichtiger „klassischer“ Energieversorger wider, die sich mittlerweile fast durch die Bank der Transformation hin zu einer klimafreundlichen Versorgung verschrieben haben. Ein prominentes Beispiel ist RWE in Essen. Allein in den ersten drei Quartalen 2021 investierte der Konzern insgesamt 2,5 Milliarden Euro brutto in neue Windkraft- und Solaranlagen sowie Batterieprojekte – rund

80 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Bis Ende nächsten Jahres soll das Erneuerbare-Energien-Portfolio von derzeit rund 9,5 Gigawatt (GW) auf mehr als 13 GW erweitert werden. „Damit gehört RWE weltweit zu den führenden Unternehmen bei erneuerbaren Energien und treibt den Ausbau in mehr als 20 Ländern auf fünf Kontinenten voran. Diese Position wollen und werden wir weiter ausbauen“, sagt Sarah Knauber, Sprecherin von RWE Renewables. In Deutschland investiere der Konzern von 2020 bis 2022 rund eine Milliarde Euro netto in neue Windparks an Land und auf See sowie in Solarprojekte. Von 2012 bis 2020 senkte der Energieriese seine CO₂-Emissionen um mehr als 60 Prozent. Bis 2040 möchte RWE klimaneutral sein. Dafür steige man konsequent aus der Kohle aus, unterstreicht Knauber. In Großbritannien und Deutschland habe RWE keine Steinkohlekraftwerke mehr in Betrieb, in den Niederlanden schreite die Umrüstung von zwei Anlagen auf Biomasse voran. Im rheinischen Braunkohlerevier habe RWE – wie im Kohleausstiegsgesetz festgelegt – den ersten Kraftwerksblock Ende 2020 abgehalten. Bis Ende 2022 möchte das Unternehmen eine installierte Kraftwerksleistung von 2,8 GW stillgelegt haben. Bis 2030 sollen laut Knauber insgesamt zwei



Moderne Energieversorgung: Das neue Gasturbinenwerk der Steag in Herne (Ruhrgebiet).

© picture-alliance/blickwinkel/H. Blossy

RWE betreibt in Deutschland keine Kraftwerke mit Kohle mehr.

Drittel der RWE-Kraftwerkskapazität in der Braunkohle vom Netz gehen. Damit verbunden sei der „sozialverträgliche Abbau“ von etwa 6.000 Arbeitsplätzen. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei EnBW. Von den zwischen 2012 bis 2020 getätigten Investitionen sind laut Sprecherin Friederike Eggstein über 70 Prozent in die erneuerbaren Energien (fünf Milliarden Euro) und die Netze (sieben Milliarden Euro) geflossen. Für den Zeitraum 2021 bis 2025 seien für die Erzeugungsinfrastruktur (Wind, Solar sowie Fuel Switch von Kohlekraftwerken) rund vier Milliarden Euro an Investitionen vorgesehen. „Unter dem Strich soll unser Erzeugungspark aus regenerativen Energien bis 2025 auf über fünf Gigawatt installierter Leistung anwachsen – das wäre dann die Hälfte des gesamten Portfolios“, berichtet Eggstein. Bis 2035 möchte der Konzern klimaneutral sein, bis 2030 seine Emissionen um mindestens 50 Prozent reduzieren. Bereits seit 2012 ziehe sich EnBW aus der konventionellen Erzeugung zurück, so Eggstein. Dementsprechend habe man sich seitdem von rund 2,6 GW CO₂-intensiven Erzeugungsanlagen (Kohle, Gas, Öl) getrennt. Das entspreche fast 40 Prozent des damaligen Werts. Aktuell hat das in Karlsruhe ansässige Unternehmen noch acht Kohlekraftwerks-Blöcke mit vier GW

in Betrieb, davon einen mit Braunkohle befeuern. Diese Meiler werde man nach und nach aus dem Markt nehmen oder durch Fuel Switch-Projekte auf klimafreundlichere Brennstoffe – perspektivisch auf grüne Gase – umstellen, sagt die Konzernsprecherin. 2030 sollen nur noch die neuesten Anlagen in Betrieb sein. Der Braunkohle-Kraftwerksblock im sächsischen Lippendorf (südlich von Leipzig) soll im Zuge des mit der Bundesregierung vertraglich vereinbarten Braunkohleausstiegs spätestens Ende 2035 ohne Entschädigung stillgelegt werden. Aktiv ist EnBW auch für eine grünere Fernwärme. So wurde beispielsweise gemeinsam mit den Stadtwerken in Ullm die örtliche Fernwärmeversorgung zu über 60 Prozent auf klimafreundliche Erzeugung umgestellt. In einem neuen Biomassekraftwerk der Donaustadt wird die Wärme aus Holzhackschnitzeln, Sägespänen und Rinde gewonnen. In Stuttgart-Münster investiert das Unternehmen an einem bestehenden Heizkraftwerk in eine neue Kraft-Wärme-Kopplung mit Gasturbinen, die mit einer Großwärmepumpe kombiniert wird. Das bundesweite Modellprojekt wird vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert. Die Pumpe soll Abwärme aus dem Kühlwasser der Stromerzeugung und der Müllverbrennung zur Energiegewinnung nutzen und damit den Wirkungsgrad der Gesamtanlage nochmals erhöhen. Auch treibt der Konzern diverse Geothermie-Projekte im Rheintal voran.

Erdgas sieht EnBW als Brückentechnologie zur Ergänzung bzw. Stabilisierung einer erneuerbaren Versorgung – mit der Option des Umstiegs auf klimaneutrale Gase, insbesondere grünen Wasserstoff. Neben Stuttgart-Münster rüstet das Unternehmen derzeit mehrere Heizkraftwerke entsprechend um. Auch der fünftgrößte Stromerzeuger Deutschlands, die Essener Steag, welche im Besitz eines Stadtwerke-Zusammenschlusses ist, hat sich auf den Weg zur Dekarbonisierung gemacht. Das Unternehmen betreibt eigene Erneuerbare-Energien-Anlagen (Photovoltaik nicht mitgerechnet) mit einer Leistung von gut 450 Megawatt (MW). Hinzu kommen weitere Anlagen, die Steag nicht gehören, für die das Unternehmen jedoch die Betriebsführung wahrnimmt. Im Bereich der Photovoltaik ist Steag vornehmlich als Projektentwickler sowie Servicedienstleister und Betriebsführer national und international engagiert. Ein Schwerpunkt liegt auf den südeuropäischen PV-Märkten von Spanien über Italien bis Griechenland. Insgesamt belaufe sich die installierte Leistung aller PV-Projekte, das heißt auch solcher, die sich in einem frühen Planungsstadium befinden, auf rund 4,5 GW, sagt Steag-Sprecher Daniel Mühlenfeld.

Die Konzerne stehen im Wettbewerb, wer zuerst klimaneutral sein wird.

Vier Steinkohlekraftwerke des Unternehmens in Nordrhein-Westfalen und im Saarland liefern derzeit noch regulär Strom. Zwei weitere Kraftwerke sind von der Bundesnetzagentur als systemrelevant eingestuft worden und stützen auf Anforderung des Netzbetreibers Amprion stunden- und tageweise das Stromnetz. Drei seiner noch regulär laufenden Steinkohlekraftwerke möchte der Versorger bis spätestens Ende Oktober 2022 endgültig stilllegen, sodass danach nur noch der Kraftwerksblock Walsum 10 im nordrhein-westfälischen Duisburg am Markt sein werde, berichtet Mühlenfeld. Für diese Anlage würden aktuell Optionen für einen Brennstoffwechsel geprüft. Damit habe Steag den unternehmenseigenen Kohleausstieg faktisch bereits erfolgreich vollzogen beziehungsweise vorbereitet. Im nordrhein-westfälischen Herne möchte der Versorger Mitte kommenden Jahres ein neues Gas- und Dampfturbinenkraftwerk in Betrieb nehmen, das künftig die Wärmeversorgung von 200.000 Haushalten im Ruhrgebiet übernehmen soll. Dies ersetzt die Wärmeversorgung durch ein noch laufendes Steinkohlekraftwerk. Auch kann das neue Gaskraftwerk schon zu einem Teil – grünen – Wasserstoff mitverfeuern, eine vollständige Umstellung ist laut Mühlenfeld möglich. *Hans-Christoph Neidlein*

Die Last auf dem Meeresgrund

NORD STREAM 2 Die neue Erdgas-Pipeline durch die Ostsee ist fertig, aber der Betrieb wird weiter verzögert

Lange hatte sich ihr Bau verzögert. Schließlich wurde die Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 im September dieses Jahres fertiggestellt, nachdem die USA und Deutschland ihren Streit darüber beigelegt hatten. Doch eine Betriebsgenehmigung steht noch aus, und das Milliardenprojekt ist sowohl politisch, ökologisch und wirtschaftlich nach wie vor umstritten. Mit der 1.230 Kilometer langen Pipeline sichert sich Deutschland einen – weiteren – direkten Weg zu russischen Gasvorkommen. Sie verläuft in zwei Strängen auf dem Grund der Ostsee von Ust-Luga, westlich von St. Petersburg, nach Lubmin bei Greifswald. Bis zu 55 Milliarden Kubikmeter Gas sollen künftig jährlich durch die neue Leitung fließen – ohne Umweg über Transitländer.

Gerhard Schröder dabei Alleiniger Eigentümer von Nord Stream 2 ist der russische Staatskonzern Gazprom. Er trägt auch die Hälfte der Gesamtkosten von rund 9,5 Milliarden Euro. Ex-Kanzler Gerhard Schröder ist Chef des Aktionärsausschusses von Nord Stream 2. Finanziell beteiligt sind zudem westliche Konzerne, nämlich OMV (Österreich), Shell (Großbritannien), Engie (Frankreich) sowie Uniper und Wintershall Dea (beide Deutschland).

Bereits vor zehn Jahren wurde das Vorläuferprojekt Nord Stream 1 in Betrieb genommen. Diese Gaspipeline führt von Russland ebenfalls durch die Ostsee direkt nach Lubmin und sie hat eine ähnliche Transportkapazität wie Nord Stream 2. Auch der Bau von Nord Stream 1 war bereits höchst umstritten. So befürchteten Polen, Litauen und die Ukraine Konkurrenz für die eigenen bestehenden Pipelines für russisches Gas, ein Einbrechen der Transitgebühren sowie eine verstärkte politische Abhängigkeit Europas von Russland. Dazu kamen Umweltbedenken von Ostsee-Anrainerländern. Die Befürchtungen eskalierten nun nochmals in puncto Nord Stream 2 und erreichten noch stärker die weltweite Bühne. Die USA intervenierten massiv mit dem Argument einer verstärkten energiepolitischen Abhängigkeit Europas von Russland sowie mit dem ökonomischen Wunsch, mehr eigenes Flüssiggas nach Europa exportieren zu können. An der Fertigstellung der Pipeline beteiligten Firmen wurden Strafmaßnahmen ange-

droht, und es wurden Sanktionen gegen Russland verhängt. Ende 2019 kam es zu einem fast einjährigen Baustopp. Ende Juli dieses Jahres legten die USA und Deutschland ihren Streit bei und betonten in einer gemeinsamen Erklärung die Unterstützung der Energiesicherheit der Ukraine und der Länder Mittel- und Osteuropas. Geplant ist, einen eine Milliarde US-Dollar starken grünen Fonds für die Ukraine einzurichten. Damit soll die Energiewende gefördert und das Land unabhängiger von russischer Energie gemacht werden. Doch etliche EU-Mitgliedsländer, die EU-Kommission, das EU-Parlament sowie auch die Grünen in Deutschland oder der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen sehen Nord Stream 2 nach wie vor kritisch. So wird auf die sehr hohe Lieferabhängigkeit verwiesen, Deutschland hängt schon zu gut 50 Prozent am russischen Erdgas. Dazu kommen die Klimaschutzziele des EU-Green-Deal. Etliche Energieökonomien wie zum Beispiel Marc Oliver Bett-



züge von der Uni Köln halten die Leitung auch unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit für überflüssig und nicht rentabel. „Für die Versorgungssicherheit der EU und der Mitgliedstaaten (einschließlich Deutschlands) stellt die Pipeline Nord

Stream 2 eine neue und zusätzliche Leitungskapazität für den Erdgasimport dar“, betont dagegen das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi). Wie eine neue Straße schaffe Nord Stream 2 mehr Kapazitäten, etwa in Zeiten hoher Nachfrage oder auch, wenn an anderen Pipelines Bauarbeiten

durchgeführt werden. Haupttransitrouten für die Erdgasimporte nach Europa seien aktuell schon Pipelines aus Norwegen, Nordafrika (Algerien, Libyen), über den Südlichen Korridor (Aserbaidschan, Türkei), aus Russland einschließlich des Russland-Ukraine-Transits und eine umfangreiche Flüssigerdgas-Infrastruktur. Erdgas aus Russland werde wiederum ebenfalls über verschiedene Routen in den Erdgasbinnenmarkt transportiert: aktuell über Nord Stream 1, die Jamal-Pipeline, das ukrainische Gastransitsystem und die Turk Stream, so das BMWi. Ausbremsen könnte das Projekt noch die verschärfte EU-Gasrichtlinie. Demnach darf eine Pipeline nicht von dem Unternehmen betrieben werden, welche das Gas liefert. Der Ball liegt nun bei der Bundesnetzagentur, welche prüft, ob Gazprom die Entflechtungsregeln der EU erfüllt. Bis zum 8. Januar 2022 läuft offiziell die Frist. Anschließend muss die EU-Kommission diese Entscheidung noch bestätigen. *hcn*



In der Klimadebatte wird derzeit wieder die Atomkraft ins Spiel gebracht. Die EU-Kommission um Präsidentin Ursula von der Leyen könnte ihr im Rahmen der EU-Taxonomie ein grünes Label verpassen – und damit Investitionen in den Energieträger als nachhaltig klassifizieren. Auch in Deutschland fremdelt mancher mit dem beschlossenen Ausstieg aus der Nuklearenergie und verweist auf internationale Entwicklungen. Schon ist von einer Renaissance der Kernenergie der Rede. Mycle Schneider, Herausgeber des jährlich erscheinenden World Nuclear Industry Status Report (WNISR), sieht das entschieden anders. Dem Report zufolge befinden sich global 415 Reaktoren in 33 Staaten am Netz, 26 stehen längerfristig still. Seit den späten 1980er Jahren ändert sich diese Anzahl nur wenig – mit Ausnahme des Einbruchs nach der Katastrophe von Fukushima. 2020 gingen fünf Meiler in Betrieb, darunter die ersten Reaktoren in Belarus und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Sechs wurden stillgelegt.

Atomstrom hat einen langsam aber stetig sinkenden Anteil am Strommix – aktuell liegt er bei zehn Prozent, 1996 waren es noch 17,5 Prozent. Die Anzahl der Neubauprojekte – weltweit momentan 53 – geht seit 2013 tendenziell zurück. Wann und wie viele dieser Projekte fertig gestellt werden, ist ungewiss. 31 der Projekte liegen hinter ihrem Zeitplan, zehn davon werden seit über einer Dekade gebaut. Einen Atomreaktor zu bauen, dauert in China, Pakistan und Südkorea um die sechs Jahre, im Rest der Welt 19 Jahre im Schnitt (ohne Planungsphase) und kostet in der Regel einige Milliarden Euro. Schaut man auf die reinen Stromerzeugungskosten, ist Atomstrom gegenüber Solar- und Windstrom seit acht Jahren nicht mehr konkurrenzfähig (siehe Grafik auf Seite 4). Selbst bestehende, bereits abgeschriebene Meiler werden zunehmend unrentabel. Oft unterschlagen werden die externen Kosten der Atomkraft. Das Umweltbundesamt beziffert sie auf mehr als 69 Cent pro Kilowattstunde und gibt damit nur den unteren Wert an, da die Kosten zur Entsorgung des Jahrmillionen strahlenden Mülls schwer kalkulierbar sind, genauso wie die Folgekosten eines gravierenden Unfalls. Da das Durchschnittsalter der weltweiten Reaktorflotte steigt, warnen Kritiker vor einer höheren Wahrscheinlichkeit von Unfällen mit katastrophalen Folgen.

Klimaschutz Vielen Experten zufolge trägt Atomkraft nicht zum Klimaschutz bei. Sie ist im Gegenteil hinderlich für den notwendigen Umbau des Energiesystems und bindet Unsummen an Geld, das ebenfalls in Energieeffizienz, Speicher sowie Wind- und Solaranlagen fließen würde. Das gilt besonders für die unterschiedlichen Reaktorkonzepte der „Small Modular Reactors“ (SMR). Die Entwickler dieser Mini-Reaktoren erhoffen sich von einer Art Baukastensystem eine Kosten- und Zeiterparnis bei der Erstellung. Doch alle im Bau befindlichen SMR-Prototypen überschreiten laut einer vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung beauftragten Studie die ursprünglich angesetzten Planungs- und Entwicklungszeiten bereits um ein Vielfaches, genauso wie die Kosten, die teilweise über denen von herkömmlichen Reaktoren liegen. Warum einige Länder dennoch an der Atomkraft festhalten, hat unterschiedliche Gründe. Eine wichtige Rolle spielt der militärische Aspekt. Die vier größten Atom-mächte – USA, China, Frankreich und Russland – sind zugleich die größten Kernenergie-Produzenten. Gemeinsam generieren sie 66 Prozent des weltweit verfügbaren Atomstroms.

Mit oder ohne Atom?

NUKLEARENERGIE Neubauprojekte der Kernenergie verzögern sich teils erheblich, Reaktoren werden immer älter – und für den Klimaschutz sehen viele Experten die Atomkraft auch nicht als geeignete Lösung



Im Südwesten Englands entsteht ein neuer Reaktor für das Kernkraftwerk Hinkley Point. Die Kosten schießen inzwischen in die Höhe.

© picture-alliance/empics/Ben Birchall

USA Mit 93 laufenden, im Schnitt über 40-jährigen Atommeilern besitzen die USA die mit Abstand größte Reaktorflotte. Sie liefert knapp 20 Prozent des Stroms. Nur zwei Blöcke befinden sich in Bau (seit 1987 und 1989) – trotz Kostenexplosion und Verzögerungen. Ein AKW-Projekt wurde 2017 nach fünf Jahren Bauzeit aufgegeben, während der Investor Westinghouse Electric in den Konkurs rutschte. Der Geschäftsführer des Projektes wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er die enormen finanziellen Probleme während des Baus vertuscht hatte, ein Skandal, der die Stromkunden Milliarden von Dollar kostete.

Ob Präsident Joe Biden weiterhin auf die Mini-Reaktoren setzt, deren Entwicklung zehn Jahre lang staatlich gefördert wurde, bleibt abzuwarten. Kommunale Investoren haben sich größtenteils von SMR-Projekten abgewandt. In den vergangenen zehn Jahren gingen zwölf teilweise umstrittene Reaktoren vom Netz. Der aus wirtschaftlichen Gründen unausweichlich scheinende Rückgang der Atomkraft könnte sich jedoch durch hohe Subventionen verlangsamen. Mit dem Klimaschutz-Argument fand die Atomlobby Wege, öffentliche Gelder zu akquirieren. Aufgrund neuer Gesetze mancher Bundesstaaten werden bereits 13 Altmeiler subventio-

niert. Auch im US-Kongress wird aktuell ein Gesetz zur finanziellen Unterstützung unrentabler Reaktoren diskutiert.

Russland Elf der 39 Reaktoren, die gut 21 Prozent des Stroms liefern, sind seit über 40 Jahren in Betrieb, Laufzeitverlängerungen sind geplant. Neubauprojekte gehen eher schleppend voran, derzeit befinden sich zwei Blöcke in Bau, denn das dafür bemessene knappe Budget ist von schwankenden Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft abhängig. Mit dem zuletzt realisierten Projekt, dem Prototyp eines SMR-Kraftwerks auf dem Schiff Lomonossow (2020), wollte Russland der Welt die Vorzüge dieses De-

signs demonstrieren, was aber wegen explodierender Kosten, Bauverzögerungen und der schlechten Leistung der beiden Meiler misslang. Dennoch investiert der Staatskonzern Rosatom als weltweit größter Atomkraftexporteur im Iran, in der Türkei, in Ägypten sowie in Bangladesch und Indien. In China, Finnland, Bulgarien, Tschechien, Ungarn und der Slowakei sind russische Reaktoren seit längerem in Betrieb, in Belarus seit Kurzem.

China 40 der 52 betriebenen Reaktoren des AKW-Newcomers gingen innerhalb der vergangenen zehn Jahre ans Netz. Inzwischen ist China zweitgrößter Atomstromprodu-

zent. Trotz der 19 Neubauprojekte ist die Regierung laut WNISR-Bericht unsicher geworden, ob sie weiterhin in dem Maße auf eine Technologie setzen soll, die gegenüber den erneuerbaren Energien immer weiter in den Hintergrund rückt. Im Corona-Jahr 2020 wuchs die Windkraft um gigantische 71,3 Gigawatt, Photovoltaik um 56,5 Gigawatt – ein weltweiter Rekord. Die Erneuerbaren decken 27 Prozent des Strombedarfs in China, Kernkraft dagegen nur knapp fünf Prozent. Der staatliche Atomkonzern CGN hat jegliche Exportambitionen für die kommenden Jahre aufgegeben.

Frankreich Die 56 französischen Meiler standen durchschnittlich ein Drittel des Jahres 2020 still, wodurch der Anteil der Atomkraft am Strommix auf 67 Prozent sank. Präsident Emmanuel Macron kündigte vor kurzem an, sechs neue Großreaktoren der dritten Generation (EPR) sowie mehrere SMR bauen zu wollen. Allerdings verschwie er, dass der Spielraum fehlt, um auch nur einen dieser Meiler zu finanzieren. Die seit 2005 und 2007 bestehenden Baustellen der EPR-Projekte in Flamanville (Frankreich) und Olkiluoto (Finnland) hatten sich für den staats-eigenen Kraftwerks-Konstrukteur AREVA zum finanziellen Fiasko entwickelt, in dessen Folge er Konkurs anmeldete. Nach einer Konzernumbildung steht nun das Staatsunternehmen EDF mit 42,3 Milliarden Euro in der Kreide. Zusätzliche Schulden fielen vor allem durch das dritte EPR-Projekt, Hinkley Point in England, an. Ebenfalls kostenintensiv sind die Nachrüstungen alter, zunehmend störanfälliger Reaktoren. Wie viele von ihnen bis 2035 vom Netz gehen sollen, ist noch nicht entschieden. Der ebenfalls teure Rückbau stillgelegter Reaktoren ist nur zu einem Drittel durch Rückstellungen abgedeckt, weshalb Politik und Atomwirtschaft dahin tendieren, notwendige Stilllegungen zu verzögern. Der einst günstigste Atomstrom ist für die Kunden in Frankreich mittlerweile zum Kostentreiber geworden.

Großbritannien Gegenläufig zu den erneuerbaren Energien, die 43 Prozent des Strommix ausmachen, sank der Anteil des Atomstroms auf 16 Prozent. Dafür verantwortlich sind Ausfälle und bedenkliche Sicherheitsprobleme. Zwei Blöcke wurden dieses Jahr endgültig stillgelegt. Es ist zu erwarten, dass zwölf der 13 Reaktoren die nächsten Jahre bis 2030 vom Netz gehen, nur der jüngste Meiler (Sizewell B) soll noch bis 2035 Strom liefern. Mehrere Neubauprojekte wurden fallen gelassen. Das einzig verbliebene Projekt in Hinkley Point, wo zwei EPR-Reaktoren mit einer Gesamtleistung von 3,3 Gigawatt entstehen sollen, hat sich drei Jahre nach Baubeginn bereits um zehn Milliarden Euro verteuert. Der französische Hauptinvestor EDF hatte 2013 mit der britischen Regierung vereinbart, die Stromkunden mit einer 35-jährigen Einspeisevergütung von zehn Cent pro Kilowattstunde zuzüglich Zinsen das Projekt mitfinanzieren zu lassen. Weil dies nun nicht ausreicht, wird das britische Parlament über ein Finanzierungsmodell entscheiden, bei dem die Kunden sogar in Vorleistung gehen. Nach wie vor unterstützt die Regierung die Entwicklung von SMR, wobei sie sich den Bau einiger Prototypen für Anfang der 2030er Jahre erhofft.

Japan Trotz der Katastrophe von Fukushima wurde seit 2015 die Wieder-Inbetriebnahme von neun Reaktoren gegen Widerstände in der Bevölkerung durchgesetzt. Ob und wie viele weitere Meiler noch ans Netz gehen werden, hängt auch vom Ausgang laufender Gerichtsverfahren ab.

Anika Limbach

Die Autorin ist freie Journalistin

Ausstieg mit Hindernissen

ATOMAUSSTIEG Laufzeitverlängerungen und Ängste vor Versorgungslücken prägen in Europa den Ausstiegsprozess

Die einen wollen sie, die anderen versuchen von ihnen loszukommen: Atomkraftwerke (AKW). Insgesamt 72 Anlagen mit 179 Reaktorblöcken in 18 Ländern sind laut der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) in Europa (inklusive Russland) aktuell in Betrieb. Während Länder wie Frankreich, Finnland oder die Slowakei neue Kernkraftwerke bauen oder bauen wollen, steht bei anderen europäischen Staaten der Kurs auf Ausstieg. Italien (1987) und Litauen (2009) haben ihre Anlagen bereits stillgelegt, Irland (1970) brach aufgrund von massiven Protesten den Bau eines Kernkraftwerks ab. Österreich (1978) schloss seine bereits betriebsfertige Anlage aufgrund eines Volksentscheids gegen die Inbetriebnahme nie an. Neben Deutschland befinden sich drei weitere europäische Länder – Belgien, Schweiz und Spanien – mitten im Ausstieg. Angst vor Versorgungslücken und Laufzeitverlängerungen prägen den Prozess.

Belgien Von 2022 bis 2025 sollen alle sieben Reaktoren an den Standorten Doel und Tihange abgeschaltet werden – vorausgesetzt, die Energieversorgung ist sichergestellt. Denn knapp 40 Prozent des Stroms kommen in Belgien nach wie vor aus Kernkraftwerken, obwohl die Regierung bereits im Januar 2003 den Ausstieg aus der Atomkraft einläutete. Per Gesetz wurde damals die Laufzeit der AKW auf 40 Jahre beschränkt und der Bau neuer Werke verboten. Trotz dieser gesetzten Grenze hat Belgien die Laufzeitverlängerung für drei seiner Reaktoren beschlossen, um eine mögliche Versorgungslücke zu verhindern. Bei einer Abschaltung im Jahr 2025 werden sie dann 50 Jahre in Betrieb gewesen sein. Ob auch für die zwei jüngsten Reaktoren eine Laufzeitverlängerung beantragt werden muss oder die Regierung an ihrem festgelegten Zeitplan festhalten kann, soll noch diesen Monat geklärt werden.

Schweiz Obwohl die Schweizer Reaktoren mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 45,5 Jahren zu den ältesten der Welt gehören, beginnt gerade wieder die Debatte, die Anlagen über die angedachte Zeit von 50 Jahren hinaus zu betreiben. Die Angst vor einer Versorgungslücke heizt die Diskussion an, schließlich bezieht die Schweiz

nach 37 Prozent ihres Stroms aus atomaren Quellen. Dabei hatte sie ähnlich wie Deutschland die Katastrophe von Fukushima am 11. März 2011 zum Anlass genommen, bei ihrer Energiepolitik umzudenken. Bereits im Mai 2011 sprach der Bundesrat sich für einen langfristigen Atomausstieg aus. Das Vorhaben wurde von Nationalrat und Ständerat noch im selben Jahr bestätigt. Bei einem Referendum im Mai 2017 sprachen sich auch rund 58 Prozent der Bevölkerung dafür aus, keine neuen Atommeiler mehr zu bauen und abge-



Atomausstieg 2025? Noch sind in Belgien sieben Reaktoren in Betrieb.

© picture-alliance/dpa/Öliver Berg

schaltete AKW nicht zu ersetzen. Ein genaues Ausstiegsdatum findet sich allerdings nicht. Die Kernkraftwerke werden so lange genutzt, wie sie von der Aufsichtsbehörde als sicher eingestuft sind. Der Reaktor in Mühleberg wurde bereits im Dezember 2019 abgeschaltet, vier weitere AKW befinden sich aktuell noch im Betrieb.

Spanien Rund 20 Prozent des Strombedarfs werden in Spanien durch seine fünf Kernkraftwerke und sieben Reaktoren gedeckt. Die amtierende Energieministerin verkündete 2019, dass ein Atomausstieg bis 2035 abgeschlossen sein soll. Sollte es dazu kommen, war der Weg dahin ein steiniger. Bereits 2004 und 2008 gehörte ein möglicher Atomausstieg zum Wahlkampf des späteren sozialistischen Ministerpräsidenten Zapatero. Trotzdem setzte seine Regierung aufgrund wachsenden wirtschaftlichen Drucks 2011 ein Moratorium aus, das Atomkraftwerken eine maximale Nutzungsdauer von 40 Jahren erlaubte. Der neue Spielraum wurde rege genutzt. Zuletzt im Mai 2020 wurde die Laufzeit für Spanien ältestes Kernkraftwerk Almaraz um weitere acht Jahre verlängert. Zum Zeitpunkt des Ausstiegs wären die beiden Reaktoren dann 47 und 48 Jahre im Betrieb gewesen.

Denise Schwarz

Das strahlende Erbe

ENDLAGERUNG Gorleben ist raus, Verfahren läuft weiter

Knapp viereinhalb Jahre nach Verabschiedung des Standortauswahlgesetzes (StandAG) hat die Suche nach einem Endlager für hoch radioaktive Abfälle bisher vor allem ein großes Ergebnis produziert: Im niedersächsischen Gorleben wird die Restterme des deutschen Nuklear-Zeitalters nicht gebaut. Das Erkundungsbergwerk vor Ort ist inzwischen geschlossen worden. In Gorleben, symbolischer Ort im Wendland für die jahrzehntelangen, teils heftigen Auseinandersetzungen über Sinn und Unsinn der Atomkraft, fehlt es unter anderem an einem intakten Deckgebirge. Dies ist eines der geologischen Mindestkriterien, um einen Standort weiter zu erkunden. Der Anspruch an ein solches Endlager ist groß: Es soll – so sieht es das Gesetz vor – Sicherheit für 1.000.000 Jahre bieten. Die ersten Entscheidungen mit Ortsbezug rund um die Suche waren Ausschussentscheidungen: Ungünstige Formationen wie in Gorleben oder mögliche Erdbebenzonen oder Gebiete mit vulkanischen Aktivitäten sind bei der weiteren Suche außen vor. Im Rennen sind – zumindest theoretisch – noch gut rund 54 Prozent der Landesfläche, 90 sogenannte Teilgebiete umfasst der Ende September 2020 veröffentlichte „Zwischenbericht Teilgebiete“ der mit der Suche betrauten Bundesgesell-

schaft für Endlagerung (BGE). Gesucht werden soll in drei Gesteinsarten – Salz, Ton und Granit –, die sich mit Ausnahme des Saarlands über das gesamte Bundesgebiet verteilen.

Verfahren In einem nächsten Schritt der ersten in insgesamt drei Phasen des Suchverfahrens erarbeitet die BGE aktuell eine Methodik, um aus den Teilgebieten eine bestimmte Zahl von sogenannten Standortregionen herauszuarbeiten, die obertägig erkundet werden sollen. Endgültig darüber beschließen werden Bundestag und Bundesrat. In Phase 2 geht es dann um die Auswahl der Standorte, die für eine untertägige Erkundung in Betracht gezogen werden sollen. Auch darüber entscheiden final Bundestag und Bundesrat. Zudem ist eine Überprüfung durch das Bundesverwaltungsgericht möglich. Phase 3 mündet schließlich in einem Standortvorschlag, der wiederum durch Parlament und Länderkammer muss. Eingebettet ist das Verfahren in verschiedene umfangreiche Beteiligungs- und Begleitverfahren. Der im Gesetz vorgesehene Zeitplan ist ambitioniert. Angestrebt ist demnach, dass der Standortbeschluss 2031 fallen soll. Eine Inbetriebnahme und Einlagerung des Mülls wird nicht vor 2050 erwartet. scr

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Der Chemiekonzern BASF will ab 2023 am Standort im belgischen Antwerpen Strom aus Windkraft nutzen. Das Unternehmen sicherte sich Anteile an einem Offshore-Windpark vor der niederländischen Küste.

© picture-alliance/AUGENKLICK/KUNZ/BERNHARD KUNZ

Mehr Watt für die Wende

INDUSTRIE Energieintensive Betriebe stehen vor immensen Herausforderungen, fossile Energieträger zu ersetzen

BASF ist nicht nur einer der weltweit größten Chemiekonzerne, sondern bald auch Energieproduzent. Im Juni dieses Jahres gab das Ludwigshafener Unternehmen bekannt, 49,5 Prozent der Anteile an einem vom Energiekonzern Vattenfall entwickelten Offshore-Windpark vor der niederländischen Küste zu erwerben. Der Strom, der ab dem Jahr 2023 im Windpark Hollandse Kust Zuid erzeugt wird, soll in die Produktion am BASF-Standort in Antwerpen fließen. „Mit dieser Investition“, sagte Martin Brudermüller, Vorstandsvorsitzender der BASF SE, bei Bekanntgabe des Ankaufs, „sichern wir uns signifikante Mengen an Strom aus erneuerbaren Quellen für BASF. Das ist ein Schlüsselement für unsere Transformation hin zur Klimaneutralität.“ Damit spricht Brudermüller eine Herausforderung an, vor der nicht nur sein Konzern, sondern auch andere Unternehmen vor allem aus energieintensiven Branchen wie der Chemie-, der Stahl- und der Papierindustrie stehen: Um das im Klimaschutzgesetz vorgegebene Ziel zu erfüllen, bis 2045 klimaneutral zu sein, müssen sie ihre Geschäftstätigkeit grundlegend umstrukturieren: So gilt es zum einen, den Energieeinkauf neu zu organisieren und auf Energieträger aus erneuerbaren Quellen auszurichten, zum anderen die Produktionsmethoden klimaschonend umzubauen.

Mammutaufgabe Wie groß die Aufgabe ist, zeigen diese Zahlen: Nach Angaben des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) muss die einheimische Industrie ihre CO₂-Emissionen zwischen 2019 und 2030 um rund zwei Drittel verringern, was Mehrinvestitionen von etwa 50 Milliarden Euro voraussetzt. Dazu gehört die Umstellung der Energieversorgung von Öl und Erdgas auf CO₂-freie Energieträger, insbe-

sondere auf Strom, der aus erneuerbaren Quellen stammt. Das hat zur Folge, dass die Industrie sehr viel mehr Strom als heute verbrauchen wird. Laut der vom BDI herausgegebenen Studie „Klimapfade 2.0“ wird ihr Strombedarf bis zum Jahr 2030 allein durch die Elektrifizierung industrieller Wärmeprozesse um rund 63 Terawattstunden steigen – das ist mehr als der derzeitige jährliche Stromverbrauch der Schweiz. Fossile Energieträger durch Strom aus erneuerbaren Quellen zu ersetzen, daran arbeitet die BASF verstärkt: Sie hat sich zum Ziel gesetzt, ihre Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um 25 Prozent im Vergleich zu 2018 zu reduzieren. Die Beteiligung am niederländischen Offshore-Windpark ist dabei nur ein Puzzlestein der Energiestrategie. Im polnischen Sroda Slaska beispielsweise hat der Konzern einen Vertrag mit einem polnischen Energieversorger geschlossen, der garantiert, dass das dortige Werk für Abgaskatalysatoren ab sofort ausschließlich mit Strom aus erneuerbaren Quellen, hauptsächlich aus Windkraft, versorgt wird.

Im Ludwigshafener Stammwerk wiederum kooperiert das Chemieunternehmen derzeit mit Siemens Energy in einem Pilotprojekt, bei dem elektrische Wärmepumpen eingesetzt werden, um aus Abwärme CO₂-frei Dampf zu erzeugen. Der Konzern rechnet damit, dass die Umstellung auf klimaneutrale Produktionsverfahren dazu führen wird, dass 2035 im Werk Ludwigshafen etwa dreimal so viel Strom wie heute verbraucht werden wird. BASF werde sich deshalb weiter an Investitionen in Produktionsanlagen für erneuerbare Energien für den Eigenbedarf beteiligen, sagt Konzernchef Brudermüller: „Voraussetzung für die

Transformation der Chemieproduktion ist die verlässliche Verfügbarkeit großer Mengen erneuerbaren Stroms zu wettbewerbsfähigen Preisen. Beides ist heute in Deutschland nicht gegeben.“

Engpässe befürchtet Die Sorge, dass der Bedarf an sauberer Energie in Zukunft nicht gedeckt werden kann, treibt auch andere Branchen um: „Gerade energieintensive Industrien benötigen sicheren Strom rund um die Uhr“, heißt es beim Verband Die Papierindustrie. Wolfgang Große Entrup, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Chemischen Industrie (VDI), sieht die Politik „in der Verantwortung, zeitnah ausreichend viel Grünstrom zu wettbewerbsfähigen Preisen zu mobilisieren. Nur so ist die Transformation zu bewältigen.“ Und BDI-Präsident Siegfried Russwurm fordert: „Die Politik muss die Unternehmen auf dem Weg in die Klimaneutralität so unterstützen, dass erneuerbare Energien und ihre Nutzung deutlich günstiger werden.“ Doch nicht alle Firmen verlassen sich allein auf die Politik. Das Pharmaunternehmen Pfizer etwa erzeugt bereits seit 2009 am Standort in Freiburg seine Prozesswärme mittels Geothermie und Bioenergie in Form einer Holzpelletanlage. Und auch kleine und mittlere Betriebe beschreiten bei der Energieversorgung neue Wege. So zum Beispiel die Andechser Molkerei Scheitz, die 2021 für den Energy Efficiency Award der Deutschen Energie-Agentur (dena) nominiert wurde: Dank eines Blockheizkraftwerks mit engverzahnter Absorptionskälteanlage und Druckluftkraftwerk gelang es der bayerischen Bio-Molkerei, ihren Primärenergieverbrauch um 31 Prozent zu reduzieren.

Besonders groß ist das Energieeinsparpotenzial in der Schwerindustrie. Was dabei möglich ist, will die in Hamburg ansässige Aurubis AG zeigen, die Almetalle und andere industrielle Rückstände zu hochwertigen Metallen wie Kupfer verarbeitet. 2019 verbrauchte Aurubis nach eigenen Angaben konzernweit 3,47 Terawattstunden Energie, was dem durchschnittlichen Verbrauch von 115.000 Einfamilienhäusern entspricht. Rund die Hälfte davon stammte von fossilen Energieträgern wie Gas, Koks und Öl. Das aber soll sich ändern: Bis spätestens 2050 soll die Produktion klimaneutral sein. An seinem bulgarischen Standort in der Region Srednogie baut der Konzern deshalb gerade eine Photovoltaikanlage mit einer Kapazität von zehn Megawatt, die nach ihrer Fertigstellung allerdings nur 2,5 Prozent des Stromverbrauchs des

Standorts decken wird. Darüber hinaus arbeitet das Unternehmen derzeit an einer Umstellung der Stromlieferverträge auf CO₂-freien Strom. Im Hamburger Werk testet Aurubis außerdem ein neues Produktionsverfahren, bei dem klimaneutraler Wasserstoff an die Stelle von Erdgas tritt. „Wasserstoff könnte mittelfristig fossile Energieträger im Produktionsprozess ersetzen und die Produktion so insgesamt klimafreundlicher machen“, erklärt eine Unternehmenssprecherin. Ohnehin gilt Wasserstoff als Hoffnungsträger, um die Energiewende in der Industrie zu bewältigen.

„CO₂-neutraler Wasserstoff“, heißt es in der BDI-Studie, „spielt eine herausragende Rolle in der Stahl- und der Chemieindustrie sowie partiell auch anderen Industriebranchen.“ Der Königsweg sei Wasserstoff allerdings nicht, gibt ein BASF-Sprecher zu bedenken. Denn für die Produktion von Wasserstoff benötige man riesige Mengen erneuerbarer Energie, die heute nicht verfügbar seien. Für sein Unternehmen stehe bei der Verwendung von Wasserstoff deshalb die stoffliche Nutzung klar vor der energetischen Verwertung. „Mit anderen Worten

Wasserstoff ist heute viel zu wertvoll, um ihn zu verbrennen!“ Dafür hat der Sprecher eine andere Forderung: Die Strompreise müssten wettbewerbsfähig sein – und von der Industrie benötigte Strom von der Umlage nach Erneuerbare-Energien-Gesetz sowie von der Stromsteuer befreit werden. So sieht das auch die dena: Grundlage für den Erfolg der Energiewende in der Industrie, sagt ihr Geschäftsführer Andreas Kuhlmann, sei „der Umbau der Abgaben und Umlagen, insbesondere das unmittelbare Absinken der EEG-Umlage auf null“. *Christian Hunziker*

»Energieintensive Industrien benötigen sicheren Strom rund um die Uhr.«

Die Papierindustrie e. V.

Viel kopiert, doch stets umstritten

BILANZ Mit dem EEG begann vor mehr als 20 Jahren die Energiewende in Deutschland

„Wir wollen mit dieser Regelung bewusst zum Ausdruck bringen, dass alles getan werden muss, um eine Klimakatastrophe zu vermeiden.“ Wenn dies reichen soll, um die Klimakatastrophe auf der Erde abzuwenden, dann wissen wir, welche Neutralität in diesem Haus vorherrscht“, so Matthias Engelsberger (CSU) und Dietrich Sperling (SPD) am 13. September 1990 bei der ersten Lesung des Stromeinspeisungsgesetzes. Es verpflichtete die Stromversorger, den in ihrem Verbreitungsgebiet erzeugten Strom aus erneuerbaren Energien abzunehmen, was diese bis dahin oft abgelehnt hatten, und zu festgelegten Mindestpreisen zu vergüten. Am 5. Oktober verabschiedete der Bundestag das Stromeinspeisungsgesetz ohne Gegenstimmen bei einer Reihe von Enthaltungen. Am 1. Januar 1991 trat es als erstes derartiges Gesetz weltweit in Kraft. Nun wurde der Betrieb von kleineren Wasserkraftanlagen sowie die Stromerzeugung mit Wind, Biomasse und Sonne erst wirtschaftlich – wenn nicht überhaupt möglich. Es war die Initialzündung.

Grundsatzstreit Mit der nahezu einmütigen Unterstützung im Parlament war es vorbei, als die auf Schwarz-Gelb folgende rot-grüne Koalition das Stromeinspeisungsgesetz novellierte und es in „Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)“ umbenannte. Die Bundestagsdebatten am 16. Dezember 1999 und 25. Februar 2000 waren aufgeladen vom Grundsatzstreit, ob der Klimawandel mit Erneuerbaren plus Kernenergie bekämpft werden soll, wie es CDU/CSU und FDP damals vertraten, oder Deutschland aus der nuklearen Stromerzeugung aussteigen sollte. Das EEG erweiterte deutlich die Zahl der zuschussberechtigten Anlagen. Eine jährlich sinkende Förderung neu installierter Anlagen sollte den Anreiz geben, diese kontinuierlich zu verbessern. Erklärtes Ziel war, den Anteil erneuerbarer



Photovoltaikanlage in Sachsen-Anhalt

Energien an der Stromerzeugung bis 2010 zu verdoppeln. Es wurde „das erfolgreichste Gesetz zur Mobilisierung erneuerbarer Energien“, wie der wohl bedeutendste Vorkämpfer der Solarenergie in Deutschland, der SPD-Abgeordnete Hermann Scheer, anlässlich des zehnjährigen Bestehens des EEG stolz erklärte. Tatsächlich hatten sich bis dahin fast 50 Länder weltweit bei ihrer nationalen Gesetzgebung am deutschen Recht orientiert. Inzwischen sind es mehr als hundert Staaten. Seit seiner Einführung im Jahr 2000 wurde das EEG nicht weniger als sechsmal novelliert, um es der rasanten technischen Entwicklung, veränderten Marktbedingungen und auch unterschiedlichen politischen Prioritäten anzupassen. Die EEG-Umlage – der Zuschlag auf den Strompreis, aus dem die Mehrkosten für Strom aus erneuerbaren Energien gegenüber fossil und nuklear erzeugtem Strom finanziert wird – wird seit 2009 jeweils für ein Jahr einheitlich festgelegt. Im Einführungsjahr

2010 betrug sie 2,0 Cent pro Kilowattstunde, stieg dann rasch auf 6,2 Cent 2014 und blieb seitdem etwa auf diesem Niveau. Und das, obwohl die geförderte Strommenge stetig stieg, denn gleichzeitig wurden die Erneuerbaren wettbewerbsfähiger und brauchten weniger Förderung pro Kilowattstunde. Am 15. Oktober nun haben die Übertragungsnetzbetreiber bekanntgegeben, dass die EEG-Umlage ab 1. Januar 2022 von derzeit 6,5 Cent pro Kilowattstunde auf 3,723 Cent sinkt. Die geförderte Strommenge hat sich indessen von 82 Terawattstunden 2012 auf geschätzte 239 Terawattstunden in 2022 verdreifacht. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) möchte „die EEG-Umlage so schnell wie möglich komplett abschaffen“, um Bürger und Wirtschaft angesichts steigender Gas- und Ölpreise beim Strom zu entlasten. Die kommende Bundesregierung dürfte das, verschiedenen Äußerungen zufolge, genauso sehen.

Beeindruckende Bilanz Unumstritten war das EEG trotz beeindruckender Bilanz nie. So gab es immer Zweifel, ob die Nutzung erneuerbarer Energien nicht mit anderen Fördermethoden wirtschaftlicher hätte vorangetrieben werden können, vor allem mit weniger Kosten für die Stromverbraucher, die in Deutschland Rekordpreise zahlen müssen. Kontrovers beurteilt wurden auch die Ausnahmen von der EEG-Umlage, die Unternehmen mit hohem Stromverbrauch wie der Stahl- und Zementindustrie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern sollen. *Peter Stütze*



Wasserstoff statt Erdgas: Kupferproduktion bei Aurubis

© picture alliance/dpa | Markus Scholze

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Erdöl und Erdgas sind ein Gruß aus einer fernen Vergangenheit: Mehrere hundert Millionen Jahre hat es gedauert, bis am Grund urzeitlicher Ozeane aus abgestorbener Biomasse die Energieträger entstanden sind, mit denen wir heute Motoren antreiben, Häuser heizen und Industrieprodukte herstellen. Doch es geht auch viel, viel schneller. Denn Öl und Gas lassen sich ebenso auf künstlichem Wege herstellen – aus Wasserstoff und Kohlenstoff. In einer Raffinerie können sie zu synthetischem Benzin, Diesel oder Kerosin, so genannten E-Fuels, oder auch zu nachgebildetem Erdgas und Heizöl zusammengesetzt werden. Charme hat dieses Verfahren vor allem deshalb, weil die Kraft- und Brennstoffe klimaneutral sind, wenn sie mit grünem Wasserstoff produziert werden. Das Label „Grün“ darf Wasserstoff tragen, wenn er aus einem mit Ökostrom betriebenen Elektrolyseur stammt. Mit dem Strom spaltet die Anlage Wasser in seine Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff.

Die Elektrolyse gehört zu den Schlüsseltechnologien für den Klimaschutz: Grüner Wasserstoff, pur oder verarbeitet, soll helfen, fossile Energieträger nach und nach überflüssig zu machen. Die vormalige Bundesregierung geht in ihrer im Sommer vergangenen Jahres verabschiedeten Nationalen Wasserstoffstrategie davon aus, dass 2030 in Deutschland klimaneutraler Wasserstoff mit einer Energiemenge von insgesamt 90 bis 110 Terawattstunden benötigt wird. Für die Erzeugung bedarf es jedoch gewaltiger Mengen an Ökostrom: etwa 150 Terawattstunden. Das entspricht gut einem Viertel der gesamten Strommenge, die 2020 in Deutschland produziert wurde. Tatsächlich dürfte der Bedarf an Wasserstoff sogar noch um einiges größer sein, da die schwarz-rote Koalition im vergangenen Mai das Klimaziel für 2030 erhöht hat.

Zwischenlösung Zwar sieht die Wasserstoffstrategie vor, den größten Teil des grünen Energieträgers aus Ländern zu importieren, die bessere Bedingungen für die Erzeugung von Ökostrom bieten. Doch der Aufbau der erforderlichen Erneuerbare-Energien- und Elektrolyse-Kapazitäten steckt weltweit noch in den Kinderschuhen. Deshalb schlägt die Gaswirtschaft eine Zwischenlösung vor: Blauer Wasserstoff soll die Zeit überbrücken, bis genug grüner zur Verfügung steht. Er wird aus fossilem Erdgas gewonnen. Dabei entsteht Kohlendioxid, das jedoch nicht in die Atmosphäre entlassen, sondern aufgefangen und dauerhaft unterirdisch in Felsgestein gelagert werden soll. In den Augen von Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und stellvertretende Vorsitzende des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU), ist das jedoch kein sinnvoller Ansatz. „Damit würde in Technologien und Infrastrukturen investiert, die in einer treibhausgasfreien und umweltfreundlichen Wirtschaft keinen Platz mehr haben“, sagt die Ökonomin. „Statt teurer Brückentechnologien brauchen wir Investitionen in die Zukunft.“

Einige Unternehmen und Forschungsinstitute bringen noch eine weitere Farbe ins Spiel: türkisen Wasserstoff, ebenfalls mit fossilem Erdgas hergestellt – aber mit einem Verfahren, bei dem sich kein gasförmiges Kohlendioxid, sondern reiner Kohlenstoff bildet. Dieser Feststoff lässt sich für industrielle Zwecke verwenden und auch gut endlagern. Der SRU hält das Konzept allerdings genauso für einen Irrweg wie den blauen Wasserstoff. Die Herstellung türkisen und blauen Wasserstoffs birgt die Gefahr, dass zu lange an fossilen Infrastrukturen festgehalten wird, schreiben die Experten in einer Stellungnahme für die Bundesregierung. Zudem verwei-

Farbenspiele

VERKEHR Ob blau, türkis oder grün – Wasserstoff kann fossile Kraftstoffe ersetzen. Ein Allheilmittel für den Klimaschutz ist er trotzdem nicht



Seit Juni 2020 fahren die Wasserstoffbusse der Wuppertaler Stadtwerke durch die Stadt. Der Wasserstoff im Tank wird aus dem Müll der Wuppertaler Bürger gewonnen, der CO₂-Ausstoß liegt dabei bei null.

sen sie darauf, dass türkiser wie blauer Wasserstoff nicht klimaneutral sind, da in der Prozesskette Methan, ein hochwirksames Treibhausgas, in die Atmosphäre entweicht. Die Experten raten der Bundesregierung, die Bedingungen für die Produktion von grünem Wasserstoff im Inland zu verbessern und zugleich ausreichend verlässliche Importquellen für grünen Wasserstoff zu sichern.

Riesige Potenziale Das Potenzial ist riesengroß, wie eine Analyse des Fraunhofer-

Instituts für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik IEE zeigt: Außerhalb Europas könnten langfristig pro Jahr grüner Wasserstoff mit einer Energiemenge von 69.100 Terawattstunden beziehungsweise synthetische Kraft- und Brennstoffe entsprechend 57.000 Terawattstunden hergestellt werden. Zum Vergleich: Für die globale Luftfahrt dürften 2050 jährlich klimaneutrale Kraftstoffe mit einer Energiemenge von insgesamt 6.700 Terawattstunden benötigt werden, für den Schiffsverkehr 4.500 Terawattstunden.

Dieses Potenzial zu erschließen, wird jedoch mehrere Jahrzehnte dauern und ist zudem mit allerlei politischen, wirtschaftlichen und technischen Unsicherheiten behaftet. Grüner Wasserstoff – Kemfert nennt ihn den „Champagner der Energiewende“ – wird daher auf absehbare Zeit nur in begrenztem Maße zur Verfügung stehen. Der SRU plädiert deshalb dafür, den Energieträger gezielt dort zu verwenden, wo er den größten Nutzen bringt, konkret in Teilen der Industrie sowie im internationalen Schiffs- und Flugverkehr. Matthias Deutsch, Programmleiter

Wasserstoff bei der Denkfabrik Agora Energiewende, sieht das genauso. „Der Bedarf an grünem Wasserstoff wird für lange Zeit größer sein als das Angebot. Wir sollten ihn deshalb dort einsetzen, wo es mit Blick auf den Klimaschutz auf absehbare Zeit keine Alternativen gibt. Dazu gehören vor allem die Stahl- und Chemieindustrie, der Flug- und Schiffsverkehr sowie langfristig der Stromsektor in Zeiten von Dunkelflauten.“ Auch Norman Gerhardt, Leiter Energiewirtschaft und Systemanalyse beim Fraunhofer IEE, warnt davor, Wasserstoff und seine

Folgeprodukte als Allheilmittel für den Klimaschutz zu verstehen. „Trotz des großen Potenzials können grüner Wasserstoff und grüne synthetische Brenn- und Kraftstoffe immer nur Ergänzung sein. Die Steigerung der Energieeffizienz und der direkte Einsatz erneuerbaren Stroms muss stets Priorität haben“, sagt der Fraunhofer-Forscher.

Für den Straßenverkehr bedeutet das, so weit wie möglich auf die Elektromobilität zu setzen. Schon aus Gründen der Effizienz: Das Öko-Institut hat ausgerechnet, dass Pkw, die mit wasserstoffbasiertem Benzin oder Diesel unterwegs sind, dreieinhalb bis fünf Mal mehr Strom für die gleiche Wegstrecke benötigen als solche mit Elektroantrieb. Grund dafür sind die vielen Energieverluste in der Prozesskette, etwa in der Elektrolyse oder im Motor. „Wollten wir hierzulande alle fossilen Kraftstoffe im Straßenverkehr durch E-Fuels ersetzen, wäre dafür mindestens 2,5-mal so viel Strom notwendig, wie wir heute in Deutschland insgesamt verbrauchen“, erklärt Daniel Münter, Experte für Ökobilanzen am Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg.

Brennstoffzellen Während der Markt sich bei den Pkws bereits für den batterieelektrischen Antrieb entschieden hat, ist das Bild bei den Lkw nicht ganz so eindeutig. Zwar sind bereits erste Batterie-Modelle auf dem Markt. Doch gerade bei sehr schweren, auf Langstrecken eingesetzten Fahrzeugen sind auch Brennstoffzellen eine Option. So führt zum Beispiel Daimler derzeit Praxistests mit einem Prototyp durch, der 2027 in die Serienfertigung gehen soll. Auch MAN setzt auf das Konzept. Diese Fahrzeuge sind mit einem Elektromotor ausgerüstet, der von einer Brennstoffzelle gespeist wird. Darin findet eine Art umgekehrte Elektrolyse statt – aus Wasserstoff wird Strom und Wasser. Die Energieverluste in der Prozesskette sind hier zwar höher als bei einem batterieelektrischen Antrieb, jedoch niedriger als bei den synthetischen Kraftstoffen. Nichtsdestotrotz werden bei den schweren Nutzfahrzeugen mittelfristig auch noch E-Fuels zum Einsatz kommen.

Im Flugverkehr sind rein batterieelektrische Antriebe, von Kleinflugzeugen abgesehen, dagegen keine Alternative – zu schwer sind die Maschinen, zu lang die Strecken. Deshalb setzt die Branche vor allem auf synthetisches Kerosin. Um dafür einen Markt zu schaffen, hat die bisherige Bundesregierung die Raffinerien verpflichtet, ihrem Flugkraftstoff davon ab 2026 0,5 Prozent beizumischen. 2030 steigt die Quote auf zwei Prozent. Airbus und Boeing arbeiten bereits an Flugzeugen, die mit Brennstoffzellen ausgerüstet sind. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) wiederum entwickelt derzeit ein Modell, das Brennstoffzellen und Batterien koppelt. Im energieintensiven Steigflug kommt der Strom für den Elektromotor aus dem Wasserstoff, nach Erreichen der Reiseflughöhe aus den Batterien. Schiffsbauer und Reedereien wiederum entwickeln Schiffe, die sich mit Ammoniak – eine Verbindung aus Wasserstoff und Stickstoff – betreiben lassen. Gegenüber reinem Wasserstoff hat Ammoniak den Vorteil, dass er sich sehr einfacher, effizienter und kostengünstiger speichern und transportieren lässt. Ein an Bord installierter Cracker trennt Wasserstoff und Stickstoff voneinander. Mit dem Wasserstoff lässt sich dann entweder ein Gasmotor betreiben oder in einer Brennstoffzelle Strom für einen Elektroantrieb gewinnen. Der internationale Schiffszertifizierer DNV GL erwartet, dass 2050 rund ein Viertel der Weltflotte mit Ammoniak unterwegs sein wird.

Ralph Diermann

Der Autor ist freier Journalist für Energiethemen.

Heizen und Kühlen mit Datenverkehr

GREEN IT Rechenzentren, Cloud-Dienste und Streaming-Plattformen benötigen viel Energie – Digitalisierung kann aber auch zum Klimaschutz beitragen

Mal kurz Mail checken, ein paar WhatsApp-Nachrichten beantworten, die Wettervorhersage nachschauen, die neueste Serienfolge auf Netflix streamen: Für all die kleinen Alltagshandlungen und damit verarbeiteten Daten ist viel Energie nötig. Nicht erst seit Ausbruch der Pandemie, aber seitdem noch stärker, hat sich ein Großteil des Lebens ins Netz verlagert. „Das Internet braucht insgesamt so viel Energie wie der gesamte globale Luftverkehr“, sagt Ralph Hintemann vom Berliner Bordenstep Institut, das zu Digitalisierung und Nachhaltigkeit forscht. Auch die CO₂-Emissionen ähneln vom Ausmaß denen des globalen Luftverkehrs.

Besonders energieintensiv ist das Video-Streaming: Etwa 80 Prozent des Datenverkehrs im Internet wird mittlerweile allein dadurch verursacht, hat die französische Non-Profit-Organisation „The Shift Project“ berechnet. Wer ein zehnmütiges Video auf der Streaming-Plattform YouTube schaut, verbraucht etwa so viel Energie, wie der fünfminütige Betrieb eines 2000-Watt-

Ofens. Wer die zehn Minuten mobil streamt, emittiert 25 Mal mehr CO₂ als im Heimnetzwerk, fand das Umweltbundesamt heraus.

Energiefresser In Deutschland betrug der Stromverbrauch der Informations- und Kommunikationstechnik im Jahr 2017 rund 58,4 Terrawattstunden. Das entspricht zwei Prozent des gesamten Stromverbrauchs. Durch datenintensive Anwendungen wie den neuen Mobilfunkstandard 5G, vernetzte Geräte in Haushalt und Freizeit („Internet der Dinge“), die Industrie 4.0, aber auch durch Forschung mit Supercomputern, durch Künstliche Intelligenz (KI) oder Blockchain-Anwendungen steigt der Energiebedarf massiv.

Treiber sind insbesondere die Rechenzentren, die jede Mail, Nachricht oder App-Anfrage verarbeiten müssen. Davon gibt es in Deutschland etwa 50.000 unterschiedlicher Größen. Durch die hohe Nachfrage an Rechenleistungen werde der Energiebedarf im Vergleich von 2015 zu 2025 um mehr als 60 Prozent steigen, fasst das Umweltministerium Fachschätzungen zusammen. Laut einer Studie, die unter anderem vom österreichischen Umweltbundesamt mitentwickelt wurde, beträgt der Anteil der Rechenzentren in den EU-Mitgliedstaaten



Im Eurotheum in Frankfurt werden mit der Abwärme des Rechenzentrums angrenzende Büroräume, Hotellerie und Gastronomie geheizt.

am gesamten Stromverbrauch bereits 2,7 Prozent. Bis 2030 könnte er auf 3,2 Prozent anwachsen – Tendenz steigend. „Deshalb müssen wir geeignete Infrastrukturen entwickeln, um umweltfreundliche, effiziente Cloud-Dienste und energieeffiziente Rechenzentren zu fördern“, fordert EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton. Geschehen soll das nach dem Willen der EU-Kommission bis 2030. Nötig ist dafür laut der Studie: mehr Einsatz von er-

neuerbaren Energien, effizientere Kühlsysteme, die Wiederverwendung von Wärme und mehr Zentren in kälteren Regionen.

Viel heiße Luft Die sich erhaltenden Server müssen kontinuierlich gekühlt werden, wodurch wiederum Wärme entsteht. In Deutschland sind es pro Jahr etwa 13 Milliarden Kilowattstunden. Momentan verpufft diese Abwärme meist ungenutzt. Im Hotspot der deutschen Rechenzentren, Frank-

furt am Main, sind diese für etwa 20 Prozent des Strombedarfs der Stadt verantwortlich und haben längst den Flughafen als größten Stromfresser abgelöst. Ihre Abwärme würde rechnerisch ausreichen, um die gesamte Stadt mit Wärme zu versorgen. In Schweden speisen Rechenzentren ihre Abwärme bereits in das Fernwärme-Netz ein. Geplant ist, dass damit bis 2035 ein Zehntel des Heizbedarfs der Hauptstadt Stockholm gedeckt wird. In der Schweizer Gemeinde Uitikon in der Nähe von Zürich gebaut mit dessen Abwärme angrenzende Büroräume, Hotellerie und Gastronomie geheizt werden. Dem Start-up zufolge spare das Hochhaus dadurch rund 40.000 Euro für Heizenergie – in etwa der Verbrauch von 150 Niedrigenergiehäusern – sowie 30.000 Euro für die Kühlung. Auch der TÜV Nord in Hannover arbeitet bei der Kühlung von Servern innovativ: Diese werden nicht mit Klimaanlage, sondern mit Freiluft gekühlt: „Wir sparen damit mehr

als 450.000 Euro pro Jahr ein verglichen mit einer konventionellen Technologie“, sagt Leroy Racette vom TÜV Nord. Und nicht nur Geld wird so gespart: Das System gewährleistete CO₂-Einsparungen von bis zu 320 Tonnen pro Jahr.

Positive Effekte Auch im Alltag kann die Digitalisierung zum Schonen des Klimas beitragen – etwa durch mehr Videokonferenzen statt Dienstreisen. Eine Stunde Videokonferenz produziert laut einer Studie des Umweltbundesamts so viel CO₂ wie 260 Meter Autofahren. Auch werden die in Haushalten und Unternehmen genutzten Geräte immer energieeffizienter – etwa durch die europäische Regulierung zu Standby: Hatte ein durchschnittlicher PC vor einigen Jahren noch eine Leistungsaufnahme von bis zu hundert Watt, benötigen aktuelle Geräte oft nur noch 30 Watt, und Smartphones und Tablets nur etwa zwei bis vier Watt. Dennoch bedeutet das nicht, dass nicht immer mehr Strombedarf verursacht wird. Und nicht immer ist mehr Digitalisierung gleich ein positiver Effekt für das Klima: Wenn Haushaltsgeräte wie vernetzte Wasserkocher, Waschmaschinen oder „Alexa“ rund um die Uhr empfangsbereit sind, kann die Stromrechnung schnell steigen.

Lisa Brübler



Heizen wird teurer

ENERGIEPREISE Die Heizkosten schießen in die Höhe. Kurzfristige Hilfen für Verbraucher sind aber in Deutschland noch nicht in Sicht

Meteorologen sind zu Beginn des Winters Verivox lagen die Energiekosten für einen Musterhaushalt im Oktober 2021 bei 4.549 Euro pro Jahr. Im Oktober 2020 kostete die gleiche Menge Energie noch 3.371 Euro. Damit sind die Ausgaben für Energie innerhalb von zwölf Monaten um gut ein Drittel (35 Prozent) gestiegen. Die Haushaltskasse eines Drei-Personen-Musterhaushalts wird mit 1.178 Euro zusätzlich belastet. „Die Energiekosten für private Verbraucher haben im Oktober einen historischen Höchstwert erreicht. Egal ob Strom, Gas, Heizöl oder Sprit: Alle Energiearten kratzen an ihren Rekordständen oder haben diese sogar übertroffen“, sagt Thorsten Storck, Energieexperte bei Verivox. Vor allem Heizölkunden leiden unter der aktuel-

Höchstwerte Laut dem Vergleichsportal Verivox lagen die Energiekosten für einen Musterhaushalt im Oktober 2021 bei 4.549 Euro pro Jahr. Im Oktober 2020 kostete die gleiche Menge Energie noch 3.371 Euro. Damit sind die Ausgaben für Energie innerhalb von zwölf Monaten um gut ein Drittel (35 Prozent) gestiegen. Die Haushaltskasse eines Drei-Personen-Musterhaushalts wird mit 1.178 Euro zusätzlich belastet. „Die Energiekosten für private Verbraucher haben im Oktober einen historischen Höchstwert erreicht. Egal ob Strom, Gas, Heizöl oder Sprit: Alle Energiearten kratzen an ihren Rekordständen oder haben diese sogar übertroffen“, sagt Thorsten Storck, Energieexperte bei Verivox. Vor allem Heizölkunden leiden unter der aktuel-

len Entwicklung. Das Heizen mit Öl verteuerte sich auf Jahressicht um 143,9 Prozent. Würden für 20 Hektoliter Heizöl im Oktober 2020 noch 849 Euro fällig, waren es ein Jahr später 2.071 Euro. Auch bei Gas ist ein deutliches Preisplus zu verzeichnen. Die Kosten für 20.000 Kilowattstunden stiegen von 1.095 Euro auf 1.402 Euro, und damit um 28,2 Prozent. Strom hat sich in den letzten zwölf Monaten um 9,3 Prozent verteuert. „Die Preiserallye bei den fossilen Brennstoffen heizt die Inflation an und treibt die laufenden Lebenshaltungskosten der Haushalte nach oben“, so Energieexperte Storck. Dieser Trend werde angesichts hoher Rohstoffpreise und steigendem CO₂-Preis mittelfristig anhalten.

Steuersenkungen Betroffen von steigenden Energiekosten ist aber nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa. Die für Energie zuständige EU-Kommissarin Kadri Simson hatte Mitte Oktober daher eine sogenannte „Toolbox“ mit Werkzeugen vorgestellt, die EU-Länder anwenden können, ohne gegen die europäischen Wettbewerbsregeln zu verstoßen. Zu den kurzfristig umsetzbaren Vorschlägen gehören Steuersenkungen, finanzielle Hilfen für Geringverdiener und der Verzicht auf die Sperrung der Strom- und Gasversorgung bei säumigen Zahlern. Simsons Idee des Ausbaus der gemeinsamen Gasreserven der EU dürfte hingegen allenfalls mittelfristig Abhilfe schaffen. Während Deutschland noch zögert, haben anderen EU-Staaten schon preisstabilisie-



Alte Heizungen in Wohngebäuden sollen so bald wie möglich durch effizientere ersetzt werden. Das hilft der Umwelt und dem Geldbeutel.

© picture-alliance/dpa/Matthias Balk

rende Maßnahmen vorgenommen. In Frankreich beispielsweise werden die Gaspreise eingefroren und die Strompreise gedeckelt. Schließlich will Staatspräsident Emmanuel Macron im kommenden April wiedergewählt werden. Massenproteste gegen explodierende Energiekosten machen sich da nicht so gut. Nur allzu gegenwärtig ist noch die Erinnerung an die Gelbwestenbewegung, deren Proteste 2018 das Land in Atem hielten. Der Auslöser damals: im Vergleich zur aktuellen Entwicklung moderat gestiegene Spritpreise. Und so wurde nun massiv in den Markt eingegriffen. Die betroffenen Unternehmen wurden damit verurteilt, dass sie die Preiserhöhungen ja im Verlaufe des kommenden Jahres nachholen könnten.

Stromsperrungen Unter Ministerpräsident Mario Draghi entschied sich Italien schon Ende September, einkommensschwachen Haushalten einen Teil ihrer Strom- und Gasrechnungen zu erlassen. Drei Milliarden Euro lässt sich dies die Regierung in Rom kosten. Für kleine Unternehmen wurden zudem die Stromnetzentgelte übernommen. Die Mehrwertsteuer auf Gas wurde für alle Haushalte und Unternehmen auf fünf Prozent gesenkt. Auch in Spanien wird unter Ministerpräsident Pedro Sánchez die Mehrwertsteuer auf Strom gesenkt – von 21 auf zehn Prozent. Die Energiesteuer fiel im September von 5,1 auf 0,5 Prozent. Umgesetzt wird auch der EU-Vorschlag, Stromsperrungen zu verhindern. Geplant ist außerdem, die Gewinn-

ne, die die Energieversorger als Folge des Gaspreisanstieges machen, abzuschöpfen und an die Verbraucher zurückzugeben. In Deutschland indes bleibt vorerst alles beim Alten. Der geschäftsführende Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier (CDU), ist der Ansicht, dass die Bundesregierung bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen hat, „die dazu beitragen, die Energiekosten zu reduzieren“. Altmaier verweist auf die Erhöhung des Wohngeldes und die Anpassung der Pendlerpauschale – beides Gesetzesänderungen aus dem Jahr 2020. Außerdem, so der Minister, sinkt 2022 die EEG-Umlage von 6,5 auf 3,72 Cent pro Kilowattstunde Strom, was eine Reduzierung um rund 43 Prozent darstellt. Er erwartet, dass die Energieversorger diese Senkung an ihre Stromkunden weitergeben, heißt es in einem Pressestatement. Weitere kurzfristige nationale Maßnahmen müsse jedoch die neue Bundesregierung prüfen.

Koalitionsgespräche Dass diese sich aus SPD, Grünen und FDP zusammensetzen wird, zeichnet sich ab. Welche Pläne die zukünftigen Koalitionäre verfolgen, um die Preisanstiege kurzfristig einzudämmen oder auszugleichen, bleibt im Dunkeln. Auf Nachfrage teilen FDP- und Grünenfraktion mit, dass diese Frage Bestandteil der Koalitionsgespräche sei und man diesen nicht vorweggreifen wolle. Dem Vernehmen nach zeichnet sich eine Einigung auf eine vollständige Abschaffung der EEG-Umlage ab – aber erst ab 2023.

SPD-Energieexperte Timon Gremmels zeigt immerhin Verständnis für die „Sorgen der Verbraucherinnen und Verbraucher vor steigenden Energiepreisen“. Wie Altmaier verweist auch Gremmels auf die Senkung der EEG-Umlage, für die der Bund viele Milliarden Euro bereitstelle. Verbraucher, die ein Preiserhöhungsschreiben ihres Versorgers bekommen, hätten ein Sonderkündigungsrecht, das sie nutzen sollten, empfiehlt er. Über Vergleichsportale ließen sich günstige Angebote finden.

Carsten Linnemann, stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion, fordert indes umgehend ein Maßnahmenbündel, um die

Betroffenen zu entlasten. „Die steigenden Energiepreise sind ein massives Problem, gerade für die Menschen mit geringerem Einkommen und im ländlichen Raum“, sagt er. Die Stromsteuer sollte aus Sicht der Union gesenkt und die EEG-Umlage ganz abgeschafft werden. Gleichzeitig müssten die Einnahmen aus der neu eingeführten CO₂-Bepreisung „vollständig und direkt an die Menschen zurückgegeben werden“ – beispielsweise in Form einer Klimapauschale, die pro Kopf an jeden ausgezahlt wird, sagt Linnemann.

Einen Schritt weiter geht die AfD. Deren energiepolitischer Sprecher Steffen Kotré will die EEG-Umlage und die CO₂-Bepreisung abgeschafft wissen. Zudem müssen aus seiner Sicht die Kohle- und Kernkraftwerke weiterlaufen. Sein Fraktionskollege Leif-Erik Holm hält die Senkung der EEG-Umlage für eine reine Mogelpackung. Angesichts steigender CO₂-Abgaben sei eine echte Entlastung nicht in Sicht.

Sofortmaßnahmen An den in Frankreich, Italien und Spanien getroffenen Maßnahmen orientiert sich offenbar die Linksfraktion. Ihr industriepolitischer Sprecher Alexander Ulrich verlangt „als ersten Schritt“ Sofortmaßnahmen, um Haushalte mit niedrigen Einkommen gezielt zu entlasten – etwa eine Aussetzung von Steuern und Abgaben auf Strom sowie ein Verbot von Netzsperrungen. Mittelfristig helfe allerdings nur ein massiver Ausbau erneuerbarer Energien, um Energiearmut vorzubeugen, zeigt er sich überzeugt. **Götz Hausding** ■

> STICHWORT

Anstieg der Energiekosten

> **Gas** Innerhalb eines Jahres stiegen die Kosten für 20.000 kWh von 1.095 Euro auf 1.402 Euro. Das entspricht einer Steigerung von 28,2 Prozent.

> **Heizöl** Um 143,9 Prozent haben sich die Kosten für Heizöl erhöht. 20 Hektoliter kosteten im Oktober 2020 noch 849 Euro - ein Jahr später bereits 2.071 Euro.

> **Strom** Für einen Privathaushalt mit einem Jahresverbrauch von 4.000 kWh stiegen die Stromkosten von 1.148 Euro auf 1.255 Euro.

Teure Wohnheiten und kluge Tipps

VERBRAUCHER Die stark steigenden Kosten zwingen Privathaushalte zum Umdenken. Neue gesetzliche Vorgaben müssen beachtet werden

Die hohen Energiepreise und neue rechtliche Vorgaben zwingen Mieter und Eigentümer von Immobilien zum Umdenken. Die Kosten für Strom, Warmwasser und Heizung machen in Wohnungen und Häusern einen großen Teil der laufenden Ausgaben aus. Das war schon immer so, aber seit diesem Jahr ist im Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) eine CO₂-Abgabe auf Öl und Gas hinzugekommen, die derzeit bei 25 Euro pro Tonne liegt und bis 2025 weiter auf 55 Euro pro Tonne steigen soll. Das hat nicht nur Auswirkungen an der Tankstelle. Wer mit Öl und Gas heizt, muss ebenfalls tiefer in die Tasche greifen. Die Neuregelung soll die energetische Gebäudesanierung befördern, die Kosten werden derzeit in Mietwohnungen aber nur von Mietern getragen.

Gesetzliche Vorgaben In dem 2020 beschlossenen Gebäudeenergiegesetz (GEG) werden zudem Anforderungen an die energetische Qualität von Gebäuden festgelegt. Es regelt etwa die verpflichtende Nutzung von Energieausweisen sowie den Einsatz erneuerbarer Energien in Gebäuden. Auch enthält das Gesetz Vorgaben für die Dämmung neuer Heizungs- und Warmwasserrohre sowie für obere Geschossdecken. Der Energieausweis soll Mietern und Käufern helfen, sich für eine sparsame Immobilie zu entscheiden. Ab 2026 gelten überdies Einschränkungen für den Einbau von

Öl- und Kohleheizungen. Der Wärmebedarf muss künftig zumindest anteilig durch erneuerbare Energien abgedeckt werden. Für alte Öl- und Gaskessel gilt nach 30 Jahren Laufzeit eine Austauschpflicht. Im Gegenzug werden für die Installation umweltfreundlicher Heizsysteme staatliche Zuschüsse gewährt. Laut Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) fördert der Staat mit zinsgünstigen Krediten und Zuschüssen beispielsweise den Einbau von Pelletheizungen, Wärmepumpen und modernen Gas-Brennwertheizungen. Die KfW gibt auf ihrer Homepage wichtige Hinweise für eine energetische Gebäudesanierung und die Voraussetzungen für Förderanträge.

Heizen ist teuer Dominiert wird der Energieverbrauch in privaten Haushalten von der Heizung. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes entfielen 2019 rund 71 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs auf das Heizen, gefolgt von Warmwasser mit 14,7 Prozent sowie Haushalts- und Elektrogeräten mit 7,8 Prozent. Bei den Energieträgern im Wohnbereich lag 2019 Gas mit einem Anteil von 41,2 Prozent mit großem Abstand vorne, gefolgt von Strom mit 17,6 Prozent, Öl mit 17,2 Prozent und erneuerbaren Energien mit 15,1 Prozent. Wer zu Hause effektiv heizt, kann viel Geld sparen. Das Umweltbundesamt (UBA) empfiehlt, die Raumtemperatur genau im Blick zu behalten. Anders gesagt, überheiz-

te Wohnungen sind oft der Grund für extreme Energiekosten. Mit programmierbaren Thermostaten lassen sich die Temperaturen je Zimmer und Tageszeit präzise steuern. Heizkörper sollten regelmäßig entlüftet und nicht zugestellt werden. Hinter den Heizkörpern kann eine Dämmfolie angebracht werden, um zu verhindern, dass Wärme über die Wand entweicht. Das UBA rät von elektrischen Heizlüftern ab, die im Dauerbetrieb „Energie- und Geldverschwendung“ seien. Laut „Heizspiegel“, einem Ratgeber des Portals



Effektiv heizen spart viel Geld.

CO₂online, lassen sich schon mit diesen einfachen Mitteln im Schnitt mehrere hundert Euro pro Jahr einsparen.

Duschen statt baden Verbreitet in Haushalten ist die Wasserverschwendung. Energieexperten raten daher, besser zu duschen als zu baden und einen Sparduschkopf, Durchflussbegrenzer oder Perlschale einzusetzen. Bei dieser Technik wird dem Wasser jeweils Luft beigemischt, der gefühlte Druck und das Volumen bleiben gleich. Beim Geschirrspülen von Hand sollte das warme Wasser nicht einfach laufen gelassen werden, eine Geschirrspülmaschine ist in dem Fall die effizientere Variante. Wer Strom sparen will, sollte in moderne Geräte mit möglichst hoher Energieeffizienzklasse investieren. Das macht sich insbesondere bei Kühlschränken und Waschmaschinen schnell bezahlt. Laut UBA verbrauchen Kühl- und Gefriergeräte bis zu einem Fünftel des Stroms in Haushalten, da sie im Dauereinsatz sind.

Auch hier raten die Fachleute zur Temperaturkontrolle: Eine Temperatur von sieben Grad im Kühlschrank reicht aus. Kühlgeräte sollten in wenig oder gar nicht beheizten Räumen stehen, etwa im Keller, und nicht direkt neben dem Herd. Auch sollten Kühlschränke einmal im Jahr abgetaut werden, sofern sie keine eigene Abtaufunktion haben. Für Haushaltslampen gelten EU-Vorgaben an Effizienz, Lebensdauer, Farbwiedergabe

und Verbraucherinformationen. Die neue EU-Energieeffizienzkennzeichnung umfasst eine siebenstufige Skala von A (sehr gut) bis G (schlecht). Herkömmliche Glühlampen wandeln nur rund fünf Prozent der Elektroleistung in Licht um, den Rest in Wärme. Energiesparlampen erreichen einen viel höheren Wirkungsgrad und verbrauchen bis zu 80 Prozent weniger Strom, bei deutlich längerer Lebensdauer. In der EU wurden laut Stiftung Warentest 2020 schätzungsweise 1,5 Milliarden Leuchtmitter verkauft.

Leerlaufverluste Die eigentlichen Stromfresser lauern in Haushalten heute auch an Stellen, die vielleicht nicht jeder im Blick hat oder für unwesentlich hält. Viele Elektrogeräte verbrauchen nämlich auch dann noch Strom, wenn sie gerade gar nicht genutzt werden, sich aber weiter im Standby-Modus befinden. Das UBA hat errechnet, dass sich die Kosten dieser sogenannten Leerlaufverluste in Deutschland auf rund vier Milliarden Euro pro Jahr summieren.

Fernseher, Computer, Videorekorder, DVD-Spieler, Musikanlagen, Anrufbeantworter, Drucker oder Kopierer warten permanent auf Signale von Fernbedienungen oder Datenleitungen, wenn sie nicht ganz ausgeschaltet sind, oft rund um die Uhr. Manche Elektrogeräte haben gar keinen mechanischen Ausschalter mehr und können im

Leerlauf erhebliche Kosten verursachen. Die Lösung: Schaltbare Steckdosenleisten, mit denen mehrere Geräte gleichzeitig vom Netz genommen werden können. Damit können laut UBA die Leerlaufverluste um bis zu 95 Prozent gesenkt werden.

Eine weitere Möglichkeit, Geld zu sparen, betrifft die Verträge mit den Versorgern. Bei einem regelmäßigen Anbieterwechsel können sich Verbraucher nicht nur für einen möglicherweise günstigeren Tarif entscheiden, sie profitieren oft auch von Boni, die für Neukunden ausgeschüttet werden. Das kann lukrativ sein.

Die Verbraucherzentrale gibt im Internet Hinweise, was bei einem Lieferantenwechsel konkret beachtet werden sollte, etwa, die Laufzeit möglichst auf ein Jahr zu begrenzen und keine Vorkasse zu leisten. Bei einem Anbieterwechsel muss auch niemand befürchten, am Ende ohne Strom oder Gas dazustehen, denn beim Ausfall eines Versorgers springt immer der örtliche Grundversorger ein. Auf Tarifportalen im Internet lassen sich die Angebote einfach und schnell vergleichen. Die Mühe lohnt sich in der Regel. **pk** ■

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Mit der neuen Welle an Corona-Infektionen wächst erneut die Sorge vor einer Überforderung des Gesundheitssystems.

Die Sieben-Tage-Inzidenz kletterte in der vergangenen Woche auf einen neuen Rekordwert von rund 264. In Bayern stieg die sogenannte Krankenhaus-Ampel von Gelb auf Rot, nachdem der Grenzwert für die mit Covid-Patienten belegten Intensivbetten überschritten wurde. Bayern hat inzwischen den Katastrophenfall ausgerufen. Auch in Sachsen und Thüringen liegt die Inzidenz sehr hoch, die Tendenz ist bundesweit stark steigend.

Die Zahl der täglichen Neuinfektionen erreichte mit mehr als 50.000 einen neuen Rekordwert seit Beginn der Pandemie. Der geschäftsführende Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) stellte die Bevölkerung nach einer Beratung mit seinen Amtskollegen aus den Ländern auf „sehr schwere Wochen“ ein. Die vierte Corona-Welle komme „mit voller Wucht“.

Der Vorsitzende der Gesundheitsministerkonferenz (GMK), der bayerische Minister Klaus Holetschek (CSU), sprach von einer „dramatischen“ Lage. Um die vierte Welle zu brechen, setzen die Ressortchef auf Auffrischungsimpfungen (Booster) für alle, deren vollständige Impfung mehr als sechs Monate zurückliegt. In jüngster Zeit sind vermehrt Impfdurchbrüche gemeldet worden, das nährt die Angst vor Ansteckungen auch durch vollständig Geimpfte und unterstreicht die Bedeutung von Tests.

Infizierte Kinder Inzwischen sind zwar gut zwei Drittel der Bevölkerung vollständig geimpft, allerdings gibt es noch keine Zulassung für eine Corona-Impfung für Kinder unter zwölf Jahren. Derzeit stecken sich nach Angaben von Experten viele Kinder an und tragen das Virus weiter. Vor allem ältere Menschen und Vorerkrankte, Pflegebedürftige und Gesundheitspersonal sollen laut GMK zuerst von Auffrischungen profitieren. Um ältere Menschen besser zu schützen, sollen Testkonzepte für Personal und Besucher in Pflegeheimen verpflichtend werden.

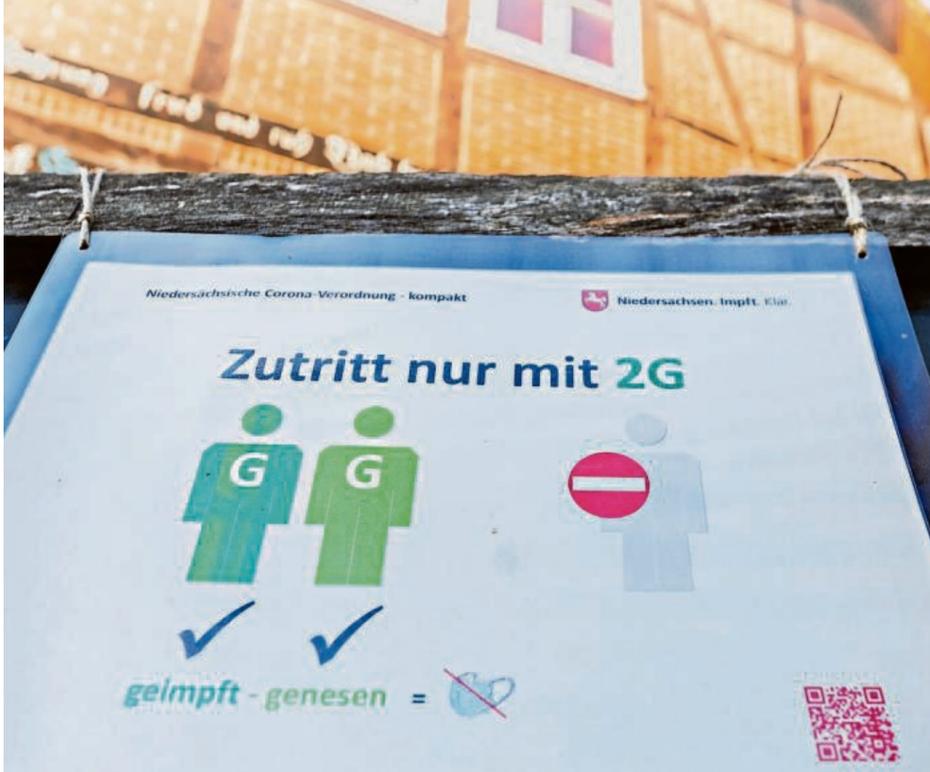
Erste Länder sind dazu übergegangen, den Zugang für bestimmte Einrichtungen auf Geimpfte oder Genesene zu beschränken (2G). So setzen beispielsweise Sachsen und Bayern die 2G-Regel in Teilen des öffentlichen Lebens schon um, andere Länder wollen nachziehen. In Bayern gilt ferner in bestimmten Bereichen 3G plus, das Konzept erfordert einen PCR-Test statt eines Antigen-Schnelltests für all jene, die nicht geimpft oder genesen sind.

Rechtsgrundlage Trotz der kritischen Lage soll nach den Vorstellungen der künftigen „Ampel“-Koalitionäre die Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite am 25. November auslaufen. Die Fraktionen von SPD, Grünen und FDP legten einen Gesetzentwurf (20/15) vor, mit dem die bisherige gesetzliche Grundlage ersetzt werden soll. Demnach soll ein bundeseinheitlich anwendbarer Katalog möglicher Schutzvorkehrungen in den Paragraphen 28a Infektionsschutzgesetz (IfSG) eingefügt werden. Damit soll es möglich sein, je nach Entwicklung der Lage erforderliche Schutzvorkehrungen zu ergreifen. In Paragraf 28a, Absatz 7 IfSG werden die Schutzvorkehrungen benannt, die bundesweit bis zum 19. März 2022 unabhängig von der festgestellten epidemischen Lage von nationaler Tragweite ergriffen werden können.

Bei der Beratung über den Gesetzentwurf äußerten sich Redner besorgt und betroffen über die jüngste Entwicklung. Die Vorlage wurde nach der Beratung an den neu gebil-

Wuchttige Welle

CORONA-PANDEMIE Die Infektionszahlen erreichen neue Rekorde. Mit einer neuen Rechtsgrundlage wollen die künftigen Ampel-Partner den Winter überstehen



Die sogenannten G-Regelungen stehen im Zentrum der Debatte über den Infektionsschutz. © picture-alliance/dpa/Julian Stratenschulte

deten Hauptausschuss überwies, in dem bis zur Konstituierung der regulären Ausschüsse die Gesetzgebungsarbeit zentral koordiniert wird.

Impfzentren Zur Infektionslage äußerte sich auch Olaf Scholz (SPD), der künftig als Kanzler an der Spitze der „Ampel“-Koalition stehen soll. Der amtierende Bundesfinanzminister betonte: „Das Virus ist noch unter uns und bedroht die Gesundheit unserer Bürger.“ Er forderte: „Wir müssen gewissermaßen unser Land winterfest machen.“ Scholz appellierte an die Bürger, sich impfen zu lassen. Die Wiedereröffnung von Impfzentren solle auch mit Mitteln des Bundes finanziert werden. Er sprach sich für die 3G-Regelung am Arbeitsplatz aus und kündigte für kommende Woche ein neues Spitzentreffen von Bund und Ländern an.

Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt montierte, die alte Regierung habe sich nicht vorbereitet auf die Wintermonate. Auf die dramatische Lage müsse mit wirksamen, aber rechtssicheren Mitteln reagiert werden. Wenn Auflagen von Gerichten gekippt würden, führe das zu Verunsicherung. Sie warb für eine offene Diskussion im Parlament und gab sich kompromissbereit. Die Vorschläge seien „nicht in Stein gemeißelt“.

Auch Marco Buschmann (FDP) argumentierte mit der rechtlichen Absicherung der

Corona-Auflagen. So habe der bayerische Verfassungsgerichtshof unlängst die Ausgangssperre als Auflage gekippt, weil sie nicht verhältnismäßig sei. Buschmann betonte: „Wir müssen auch in der Krise unser Grundgesetz respektieren.“

Notstand Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus (CDU) sagte: „Wir stehen vor einer riesigen Problemlage.“ Die Feststellung der epidemischen Notlage sei in der Vergangenheit eine verlässliche Grundlage für die Pandemiepolitik gewesen. Die solle nun auslaufen, obwohl sicher niemand bestreiten würde, dass die Lage bedrohlich und dynamisch sei. Das sei Realitätsverweigerung. Die Aufhebung der epidemischen Lage sende zudem ein falsches Signal. Die Menschen müssten vielmehr noch achtsamer sein.

Sebastian Münzenmaier (AfD) sprach von einem Etikettenschwindel. Viele Menschen hätten darauf gewartet, dass die Notlage ende. Statt eines „Freedom Day“ blieben die Auflagen jedoch bestehen, sogar unabhängig von der epidemischen Lage. Er rügte, es werde Druck ausgeübt auf ungeimpfte Bürger. Es dürfe aber keinen Druck und Zwang geben, zumal immer wieder von Nebenwirkungen berichtet werde. Zudem könnten auch Geimpfte und Genesene ansteckend sein.

Susanne Ferschl (Linke) betonte, die vierte Infektionsschwelle sei absehbar gewesen. Die

Verantwortlichen hätten jedoch erwartet, „bis die Welle über ihnen zusammenschlägt“. Die Booster-Impfungen hätten längst verabreicht werden können. Die Abschaffung der Impfzentren sei „unfassbar“. Die alte Bundesregierung habe auch nichts unternommen, um den Pflegenotstand zu lindern, bemängelte Ferschl. Es gebe heute noch weniger Intensivbetten als vorher, weil Pfleger überlastet seien und flüchteten. Nötig seien mehr Investitionen in das Gesundheitswesen. Claus Peter Kosfeld

STICHWORT

G-Regeln beim Corona-Schutz

- > **3G** Steht für genesen, geimpft oder getestet. 3G wird oft vorausgesetzt für die Teilnahme an gesellschaftlichen Leben, etwa für Veranstaltungen oder Flüge.
- > **2G** Verschärfte Variante: Zugang nur für Geimpfte oder Genesene.
- > **1G** Wird unterschiedlich definiert: Zugang nur für vollständig Geimpfte oder nur für Getestete.
- > **3G plus** Diese Variante von 3G in Bayern beinhaltet einen aktuellen PCR-Test anstelle eines Antigen-Schnelltests.

Streitpunkte in Glasgow

COP26 Bundestag debattiert über UN-Klima-Treffen

Nach zwei Wochen Verhandlungen ist bis vergangenen Freitagabend zunächst unklar geblieben, ob es der Staatengemeinschaft bei der UN-Klima-Konferenz gelingt, sich auf eine Abschlusserklärung zu verständigen. Seit dem 31. Oktober hatten in der schottischen Hafenstadt Glasgow 40.000 Teilnehmer aus fast 200 Staaten bei der COP26 über den weiteren Kampf gegen den Klimawandel debattiert.

Zuletzt hat die COP-Präsidenschaft am vergangenen Freitagmorgen einen Entwurf der Abschlusserklärung vorgelegt. Die andauernden Debatten drehten sich unter anderem um die Frage, wie von der Staatengemeinschaft erstmals geforderte Ausstieg aus der Kohle sowie die Beendigung der Subvention für fossile Energieträger formuliert werden sollten. Im zuletzt bekannten Entwurf wurden beispielsweise Formulierungen zum Kohleausstieg wieder abgemildert.

In dem Entwurf wird nach Medienberichten das 1,5-Grad-Ziel gestärkt. Im Pariser Klimaabkommen von 2015 hatte sich die Staatengemeinschaft darauf verständigt, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad und möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. In dem Entwurf wird nun darauf verwiesen, dass die Folgen des Klimawandels viel geringer sein werden, würde das 1,5 Grad Ziel erreicht. Die Länder sollen deshalb ihre nationalen Klimaschutzziele häufiger als bisher vorgesehen überprüfen. Derzeit steuert die Erde selbst bei Erfüllung aller Klimaschutzzusagen nach UN-Angaben auf eine Erwärmung um 2,7 Grad zu.

Weniger Methan Am Rande des Gipfels wurden weitere wichtige Entscheidungen getroffen. Überraschend einigten sich die Vereinigten Staaten und China – beide Länder sind zusammen für über 40 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich – auf ein Pakt zum Ausstieg aus der Kohle, zum Schutz der Wälder und zur Reduzierung der Methan-Emissionen.

Die Reduktion des besonders klimaschädlichen Gases ist auch Gegenstand einer Vereinbarung von mehr als 100 Staaten, darunter die USA und die EU.

Aktuelle Stunde Der Bundestag hatte am vergangenen Donnerstag über die Klimapolitik debattiert und dabei den Fokus auf die Pläne der möglichen Ampelkoalition gelegt. Während einer von der Union beantragten Aktuelle Stunde betonte Anja Weisgerber (CSU): „Wer nur mit der nationalen Brille Klimapolitik macht, wie es bei manchem Ampelkoalitionär den Anschein hat, schadet unserer Volkswirtschaft und erweist dem Klimaschutz eine Bärendienst.“

Carsten Träger (SPD) ließ sich klare Aussagen zum Stand der Koalitionsverhandlungen nicht entlocken. Seine Wahrnehmung der Verhandlungen sei aber eine andere als die der Unionskollegin, sagte er. Kein Geheimnis sei, dass sich die künftige Koalition sich zum 1,5 Grad-Ziel bekenne.

Oliver Krischer (Grüne) teilte ordentlich gegen die Union aus. CDU und CSU hätten 16 Jahre lang beim Klimaschutz „immer und ausschließlich“ auf der Bremse gestanden, sagte er. Lukas Köhler (FDP) rief dazu auf, gemeinsam den Blick nach vorn zu richten und zu schauen, „was jetzt alles möglich wird“. Die Länder kritisierte er dafür, Klimapolitik hauptsächlich als Problem anzusehen.

Ein Problem ist für Amira Mohamed Ali (Linke) die angedachte Zerschlagung des Bahnkonzerns. Den aus Klimaschutzgründen benötigten flächendeckenden Bahnverkehr werde man nicht erreichen, wenn immer mehr Strecken für private Betreiber freigegeben werden, sagte sie.

Steffen Kotré (AfD) sprach von einer „Renaissance der Kernenergie weltweit“. Dennoch steige Deutschland aus der Kernenergie aus und werde eventuell auch schon 2030 seine Kohlekraftwerke verlieren, kritisierte Kotré. *scr/hau*

Entlastungen in Sicht

ENERGIEKOSTEN Aussprache über Hilfen für Verbraucher

Angesichts steigender Preise für Strom und Heizung haben sich Abgeordnete aller Fraktionen für eine Entlastung der Verbraucher ausgesprochen. Anlass für die Aussprache im Plenum am vergangenen Donnerstag waren Anträge der Fraktionen Die Linke (20/25) und AfD (20/36). Während die AfD fordert, die Erhebung der CO2-Steuer rückgängig zu machen, dringt die Linksfraktion unter anderem auf eine Einmalzahlung von 200 Euro für von Armut bedrohte Menschen bis spätestens zum 15. Dezember.

Handlungsbedarf Es sei „unhaltbar, dass 7,4 Millionen Menschen in Deutschland zu wenig Geld für eine warme Wohnung“ hätten, sagte Gesine Lötzsch (Linke) in der Debatte. Marc Bernhard (AfD) machte für diese Situation die bisherige Bundesregierung verantwortlich: Deutschland habe die „höchsten Strompreise der Welt“. Sämtliche Energiesteuern müssten weg, Kai Whittaker (CDU) forderte, dass als Ausgleich für den CO2-Preis EEG-Umlage und Energiesteuern sinken müssten. Das sei die nötige Entlastung „für die breite Mittelschicht“.

Das der seit Januar bestehende CO2-Preis an den höheren Energiekosten schuld sei, wie die AfD behauptete, „um Ängste zu

schüren“ wies Bernhard Daldrop (SPD) dagegen zurück. Handlungsbedarf sah allerdings auch er: Die Ampelkoalitionäre arbeiteten bereits an einer „konkreten Lösung“, um den Menschen zu helfen. Ein Heizkostenzuschuss sei ebenso denkbar wie weitere Verbesserungen beim Wohngeld. Sein Fraktionskollege Kevin Kühnert kündigte zudem an, die Verteilung des Heizkostenzuschusses durch den CO2-Preis künftig gerechter zwischen Mietern und Vermietern verteilen zu wollen. Dies sei zuletzt am Widerstand der Unionsfraktion gescheitert. Auch Christian Kühn (Grüne) betonte die Notwendigkeit, Menschen mit geringen Einkommen zu entlasten. Auf eine Absenkung der EEG-Umlage etwa habe sich die Ampel bereits geeinigt. Weitere Schritte beim Wohngeld und hin zu einer faireren Verteilung des CO2-Preises seien geplant. Daniel Föst (FDP) ergänzte, es gehe darum, Anreize zu setzen, dass Mieter wie Vermieter CO2 reduzieren. Beide müssten daher an den Kosten beteiligt werden.

Die Anträge wurden, wie auch drei zuvor beratene Anträge der AfD für eine Energieversorgung mit Kernenergie (20/32; 20/34; 20/35) in den neu eingesetzten Hauptausschuss überwiesen. *sas*

»Wir sind anders als Lukaschenko«

BELARUS Kontroverse Debatte zu Flüchtlingsdrama an der Grenze zu Polen. Maas kündigt verschärfte Sanktionen gegen Minsk an

Als Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) während der Plenarsitzung des Parlaments vergangene Woche die auf der Ehrentribüne sitzende belarussische Oppositionsführerin Svetlana Tichanowskaja begrüßte, verband sie dies mit dem Wunsch, „dass auch das Volk von Belarus in Zukunft seine Geschicke mit freien und auch parlamentarischen Debatten gestalten wird“. Mit stehendem Applaus ehrten die Abgeordneten Tichanowskaja, die 2020 bei der von massiven Manipulationsvorwürfen begleiteten Präsidentschaftswahl in ihrer Heimat als Oppositionskandidatin gegen Diktator Alexander Lukaschenko angetreten war.

Dessen Repressionen gegen das eigene Volk prangerte der geschäftsführende Außenminister Heiko Maas (SPD) an, als der Bundestag anschließend über das Flüchtlingsdrama an der Grenze von Belarus zu Polen debattierte. „Seit dem vergangenen Jahr haben Sicherheitskräfte des Regimes tausende Menschen festgenommen; die Zahl der politischen Gefangenen ist auf über 800 ge-

stiegen, und ein Dialog mit der Opposition findet nicht statt“, konstatierte Maas. Er warf zugleich den Machthabern in Minsk vor, Migranten nach Belarus zu locken und von dort in Richtung Europäische Union zu schicken: „Ohne jeden Skrupel missbrauchen sie Tausende von Menschen als Geiseln“, betonte der Außenminister. Sie wollten die EU und insbesondere Polen sowie Litauen unter Druck setzen und spielten dabei mit Menschenleben. In dieser Situation sei es überfällig, die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Priorität habe dabei besonders angesichts des nahenden Winters die humanitäre Versorgung der Menschen im belarussischen Grenzgebiet, fügte Maas hinzu. Auch werde die EU gegen illegale Schleusungen durch Belarus weiter vorgehen. Niemand solle sich „ungestraft an diesem Schleusering beteiligen können“ – diese Botschaft richte sich an die Transit- und Herkunftsstaaten ebenso wie an die Flugesellschaften, mit denen die Migranten nach Belarus gebracht werden. Zwar sei es rechtlich nicht einfach, diese Flugesellschaften „zu sanktionieren, weil sie formalrechtlich nichts Illegales tun“. Sie müssten sich aber damit auseinandersetzen, dass Landrechte von jedem Mitgliedsstaat der EU selbst erteilt werden. Zugleich werde die EU ihre

Sanktionen gegen Lukaschenkos Regime ausweiten und verschärfen. Dabei trage die Mehrheit in der EU die Auffassung mit, dass „so wichtige Wirtschaftswege wie die Kali-Industrie in Belarus jetzt sanktioniert werden müssen“.

Thorsten Frei (CDU) sprach mit Blick auf die Lage an der belarussischen Grenze zu Polen von einer Tragödie, bei der Menschen „auf eine ganz perfide Weise“ zur Erreichung machtpolitischer Ziele eingesetzt

würden. Dies sei die Tat Lukaschenkos unter Mithilfe der Präsidenten Russlands und der Türkei, Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan. Dies dürfe man ihnen nicht durchgehen lassen, forderte Frei und betonte wie Maas die Solidarität mit Polen, das wie Litauen und Lettland seinen Beitrag zur Sicherung der EU-Außengrenzen leiste. Forderungen, die Flüchtlinge in Europa zu verteilen, trügen dagegen dazu bei, dass Lukaschenkos Kalkül aufgehe.



Migranten warten vergangene Woche in Belarus an der Grenze zu Polen in einem Waldgebiet. © picture-alliance/AA/Stratenschulte

Fransiska Brantner (Grüne) wertete die Lage der Menschen an der belarussischen Westgrenze als unerträglich. Zugleich warb sie dafür, Hilfsorganisationen Zugang zu dem Grenzgebiet zu gewähren. Es dürfe keine europäische Politik sein, Menschen erfrieren und verhungern zu lassen, mahnte Brantner: „Wir sind anders als Lukaschenko – und das müssen wir auch bleiben“, betonte sie. Lukaschenko instrumentalisiere die Migranten, doch diese seien Menschen und nicht eine Waffe. Notwendig seien weitere harte Sanktionen gegen das belarussische Regime und Wirtschaftswege wie die Kali-Industrie des Landes. Nordrhein-Westfalens Integrationsminister Joachim Stamp (FDP) betonte, Polen habe alle Unterstützung bei der humanitären Versorgung wie bei der Sicherung der gemeinsamen EU-Außengrenze verdient. Zur Wahrheit gehöre indes auch, dass man „die Hilfen dann auch annehmen“ müsse.

Gottfried Curio (AfD) sagte, die Abwehr illegaler Migration sei „Staatspflicht“. Während die Bundesrepublik diese Pflicht eklatant verletze, schütze Polen „sich, Deutschland und die ganze EU“.

Polen handele auch in deutschem Interesse, weil die Migranten „auf ihrer Reise durch sichere Drittstaaten offenbar keinen Schutz suchen, sondern nur den Weg ins Abzock-Schlaraffenland Deutschland“. Wer „vor Polens Grenze ‚Germany‘ schreit, sucht nicht Asyl“, betonte Curio.

Gökay Akbulut (Linke) beklagte dagegen, dass es täglich „Opfer von illegalen Pushbacks von Polen nach Belarus“ gebe. Mindestens zehn Menschen seien bereits an dieser Grenze gestorben. Dies hätte nicht geschehen müssen, wenn geltendes Recht an der EU-Außengrenze eingehalten worden wäre. Die Zurückweisung von Geflüchteten ohne individuelle Asyl-Prüfung sei ein Verstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention und EU-Asylrecht. Auch Lars Castellucci (SPD) mahnte, wer an die EU-Außengrenzen komme, solle menschenwürdig behandelt werden und ein faires Verfahren erhalten, wenn er nach Asyl nachfrage. Zu der Debatte lagen ein CDU/CSU-Antrag mit dem Titel „Migration ordnen, steuern und begrenzen – Neue Pullfaktoren verhindern – Lukaschenko stoppen“ (20/28) sowie ein AfD-Antrag auf „Unterstützung für die Maßnahmen Polens, Ungarns und anderer europäischer Staaten zur Abwehr destabilisierender Migrationsbewegungen“ (20/33) vor. Beide Vorlagen wurden zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss überwiesen. *Helmut Stoltenberg*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Optimistische Steuerprognose

FINANZEN Die künftige Koalition kann laut Steuerschätzung etliche Milliarden an Mehreinnahmen verplanen. Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen werden nach der neuen Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzung bis 2025 um insgesamt 179 Milliarden Euro höher ausfallen als erwartet. Auf Bundesebene kann die künftige Ampel-Koalition mit einem Einnahmeplus von 71,7 Milliarden Euro rechnen.

„Diese Steuerschätzung bestätigt unseren Kurs und macht Mut für die Zukunft“, sagte der geschäftsführende Bundesfinanzminister und mögliche künftige Kanzler Olaf Scholz (SPD) bei der Vorstellung der Zahlen vergangene Woche in Berlin. Er betonte: „Trotz Coronakrise ist Deutschland finanziell gut aufgestellt.“ Die Wirtschaft laufe stabil, die Steuereinnahmen wüchsen wieder. Deutschland sei „gut gewappnet für die Herausforderungen der Zukunft“. Scholz kündigte mit Blick auf die Ziele der von ihm angestrebten Koalition an: „Mit Rekordinvestitionen in Digitalisierung, Forschung und Klimaschutz wollen wir den Trend weiter stützen.“ Es gehe jetzt darum, „den soliden Kurs und ambitionierte Ziele miteinander zu verbinden“.

Allein für das laufende Jahr werden dem Schätzergebnis zufolge Mehreinnahmen von 38,5 Milliarden Euro erwartet, davon 11,7 Milliarden Euro für den Bund und 22,5 Milliarden Euro für die Länder. Für 2022 wird im Vergleich zur Mai-Schätzung ein Steuerplus von 36,8 Milliarden Euro vorhergesagt, davon 13,8 Milliarden Euro für den Bund und 17,0 Milliarden Euro für die Länder.

pk |



Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragte des Bundestages, bei ihrem Besuch des ehemaligen DDR-Gefängnisses in der Berliner Keibelstraße. Dies soll nach ihrem Willen ein Erinnerungsort werden.

© picture-alliance/dpa/Jörg Carstensen

Steueränderung für Landwirte

FINANZEN Auf einen Teil der deutschen Landwirte können im Jahr 2022 höhere Steuern zukommen. Nach einem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben im Umsatzsteuerrecht (20/12) soll es durch eine Veränderung der Vorsteuerbelastung von sogenannten Pauschallandwirten zu steuerlichen Mehrbelastungen im kommenden Jahr von 80 Millionen Euro und ab 2023 von 95 Millionen Euro pro Jahr kommen. Bis zum Jahr 2025 soll sich die steuerliche Mehrbelastung für pauschalierende Landwirte auf 365 Millionen Euro summieren. Der Gesetzentwurf wurde am Donnerstag vom Bundestag an den Hauptausschuss überwiesen.

Wie es im Gesetzentwurf heißt, ist die Vorsteuerbelastung für den Gesetzgeber ein wichtiges Kriterium, um den Durchschnittssatz für die Pauschallandwirte in zutreffender Höhe festzulegen. Ein zu hoher Durchschnittssatz sei nach dem Unionsrecht nicht zulässig und führe zudem zu Steuerausfällen. Daher soll mit diesem Gesetzentwurf der derzeit geltenden Durchschnittssatz für pauschalierende Landwirte in Höhe von 10,7 Prozent ab dem 1. Januar 2022 auf 9,5 Prozent reduziert werden. Für Steuerentlastungen spricht sich der Bundesrat in seiner Stellungnahme aus. Begünstigt werden soll die Erzeugung von Strom aus Solaranlagen mit einer möglichen Gesamtleistung von bis zu 30 Kilowatt und aus Blockheizkraftwerken mit einer installierten elektrischen Leistung von bis zu 7,5 Kilowatt. Begründet wird dies mit dem Klimaschutz.

hle |

»Nur jeder Zehnte«

SED-DIKTATUR Opferbeauftragte Zupke fordert niedrigere Hürden bei Entschädigungen

Evelyn Zupke hätte sich keinen besseren Tag aussuchen können, um sich Gehör zu verschaffen. 32 Jahre nach dem Fall der Mauer trat sie am 9. November vor die Bundespresskonferenz, um „dringende Handlungsbedarfe für die Opfer der SED-Diktatur“ anzumahnen und die gleichnamige Unterrichtung (20/10) vorzustellen, die sie tags zuvor bereits Bundestagspräsidentin Bärbel Bas übergeben hatte. 32 Jahre nach dem Fall der Mauer und dem sich anschließenden Fall der SED-Regimes drohe das Schicksal und die heutige oftmals prekäre Situation der Opfer dieser Diktatur aus dem Blick zu geraten, mahnte Zupke. Trotz einer Reihe von Verbesserungen, die der Bundestag in der vergangenen Legislaturperiode durch die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze vorgenommen habe, sieht Zupke „wesentliche Handlungsbedarfe“, um die soziale Lage der Opfer und gesellschaftliche Wahrnehmung zu verbessern. Vor allem müssten bürokratische Hürden bei der Anerkennung und der Entschädigung abgebaut werden. Zudem müsse die Gedenkstättenkonzeption des

Bundes überarbeitet und das vom Bundestag beschlossene Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft zügig realisiert werden.

Gesetzlich ist die SED-Opferbeauftragte verpflichtet, dem Bundestag jährlich einen Bericht über ihre Tätigkeit und ihre Erkenntnisse vorzulegen. Den ersten regulären Bericht wird Zupke, die im Juni dieses Jahres vom Bundestag in das neu geschaffene Amt gewählt wurde, im Juni 2022 vorlegen. Doch Zupke wollte die Gelegenheit des Mauerfall-Jubiläums nicht verstreichen lassen, um zum Auftakt der neuen Legislaturperiode deutlich zu machen, was sie sich vom Bundestag erhofft. Und das ist nicht wenig.

Ganz oben auf Zupkes Agenda steht die Umkehrung der Beweislast bei Entschädigungszahlungen bei gesundheitlichen Folgeschäden für ehemalige politische Häftlinge und Verfolgte in der DDR. Bislang müssen diese nachweisen, dass ihre gesundheitlichen Probleme auf ihre Haft oder andere Repressalien durch das SED-Regime zurückzuführen sind, um Ansprüche auf Beschädigtenversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz geltend machen zu können. „Im Durchschnitt gelingt, trotz

fachlich guter Beratung durch geeignete Stellen, nur jedem zehnten Betroffenen die Anerkennung“, moniert die Opferbeauftragte. Die Anerkennungsverfahren seien aufgrund ihrer Länge von oftmals mehreren Jahren und der in vielen Fällen vorgenommenen Begutachtungen „äußerst belastend“. Zudem würden die Opfer die Erfahrung machen, dass der Spielraum im

Gesetz nur „selten wohlwollend ausgelegt“ werde. „Viele Betroffene verzichten daher auf eine Antragstellung, obwohl sie die Unterstützungsleistungen benötigen würden“, schildert Zupke.

Härtefälle Die Opferbeauftragte weist daraufhin, dass der Bundestag die Bundesregierung im November 2019 anlässlich des 30. Jahrestags des Mauerfalls beauftragt hatte, die Umkehrung der Beweislast bei der Anerkennung gesundheitlicher Schäden, wie es bei Opfern der nationalsozialistischen Diktatur seit langem Praxis sei, zu prüfen. Bislang habe die Bundesregierung jedoch kein Prüfergebnis vorgelegt. Dies gelte auch für den Prüfauftrag zur Einrichtung eines Härtefallfonds, aus dem politisch Verfolgten in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR, die sich in einer wirtschaftlichen Notlage befinden, Hilfe beziehen können. Auf Landesebene hätten Berlin, Brandenburg und Sachsen in den vergangenen Jahren solche Härtefallfonds eingerichtet, diese seien jedoch nur für in den Ländern wohnende Menschen zugänglich, weiß Zupke zu berichten. Mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung dürfe der Wohnort nicht über den Zugang zu Unterstützung entscheiden. Die Unterstützung der Opfer sei eine gesamtdeutsche Aufgabe.

Sorgen bereiten Evelyn Zupke vor allem jene Opfer des SED-Unrechts, die aktuell das

Rentenalter erreichen. Da deren beruflichen Biografien „in vielfacher Hinsicht gebrochen“ seien, hätten sie in der Regel nur Anspruch auf eine niedrige Rente. Mit ihrem Renteneintritt würden jedoch zugleich die Ausgleichszahlungen aus dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz von 240 auf 180 Euro abgesenkt. „Hierdurch wird die soziale Lage der Betroffenen zusätzlich verschlechtert“, mahnt Zupke. Zudem sei die im Gesetz verankerte Bedürftigkeitsgrenze zu niedrig angesetzt. Um die Folgen des erlittenen Unrechts zu mildern, müsse diese angehoben werden. Im Gegensatz zu anderen Leistungen für die Opfer der SED-Diktatur würden bei der Feststellung der Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Lage zudem die Einkommen von Ehe- und Lebenspartnern angerechnet. Dies sei für viele Opfer „nicht nachvollziehbar“, berichtet die Opferbeauftragte.

Prinzipiell wünscht sich Zupke eine Überarbeitung des Opferbegriffs. Als Beispiel nennt sie jene DDR-Sportler, die dem staatlichen Doping zum Opfer gefallen seien. Obwohl dazu inzwischen umfassende Forschungsergebnisse vorlägen, seien bislang erst wenigen Betroffenen eine Rehabilitation zuerkannt worden. Der Kreis der Opfer in den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen müsse erweitert werden, um „den Zugang zu Rehabilitation und Unterstützung zu erleichtern“, fordert die Opferbeauftragte.

Alexander Weinlin |

»Es gibt Opfergruppen, denen keine Rehabilitation zuerkannt wird.«

Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragte

STICHWORT

SED-Opferbeauftragte

> Gesetzliche Grundlage Das Amt wurde mit dem Gesetz über die Bundesbeauftragte oder den Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag zum 17. Juni 2021 geschaffen. Gleichzeitig wurden die Stasi-Akten in den Verantwortungsbereich des Bundesarchivs übergeben und das Amt des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) aufgelöst.

> Evelyn Zupke Die ehemalige Bürgerrechtlerin in der DDR war Mitglied des Friedenskreises Weißensee und als Mitorganisatorin der Aufdeckung des Wahlbetrugs bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 an der friedlichen Revolution in der DDR beteiligt.

Bas: Truppe hat sich hervorragend bewährt

VERTEIDIGUNG Öffentliches Gelöbnis vor dem Reichstag zum 66-jährigen Jubiläum der Bundeswehr

Als der erste Verteidigungsminister der jungen Bundesrepublik, Theodor Blank (CDU), am 12. November 1955 den ersten 101 Freiwilligen der gerade aus der Taufe gehobenen Bundeswehr ihre Ernennungsurkunden überreichte, konnte niemand ahnen, dass deutsche Soldaten je vor dem Reichstag in Berlin als Sitz eines gesamtdeutschen Parlaments ihr Gelöbnis ablegen würden. Seit 2019 ist auf Wunsch von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) das öffentliche Gelöbnis vor dem Reichstag anlässlich des Gründungstages der Bundeswehr jedoch ein fester zeremonieller Bestandteil der Parlamentsarmee.

Auch am vergangenen Freitag gelobten anlässlich des 66-jährigen Gründungsjubiläums der Bundeswehr wieder 400 Rekruten vor dem Parlamentsgebäude in Anwesenheit der Verteidigungsministerin, des Generalinspektors der Bundeswehr, General Eberhard Zorn, und Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, der „Bundesrepublik Deutschland zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“. Auch in etlichen anderen Städten wurden Gelöbnisse abgehalten. Kramp-Karrenbauer forderte die Rekruten auf, das Recht und die Freiheit nicht nur in Einsätzen, sondern auch im täglichen



Aufmarsch von Rekruten zum Gelöbnis vor dem Reichstag in Berlin am vergangenen Freitag.

© picture-alliance/dpa

Dienst in der Bundeswehr selbstbewusst gegen Extremisten und Feinde der Demokratie zu verteidigen. Bundestagspräsidentin Bas erinnerte an die Situation vor 66 Jahren, zehn Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg: Im Bundestag und in der Bevölkerung sei „erbittert um die Wiederbewaffnung gestritten“ worden. „Das Land war geteilt und die Ost-West-

Konfrontation zum Kalten Krieg geworden. In dieser Situation bauten beide deutschen Staaten Armeen auf.“ Die Bundeswehr sei „ausdrücklich als Verteidigungsarmee gegründet“ worden und das Grundgesetz „untersagt unmissverständlich alle Handlungen, die das friedliche Zusammenleben der Völker stören“. Bas bescheinigte der Bundeswehr, sich „hervorragend bewährt“

zu haben. Mit der Inneren Führung habe sie sich „eine moderne, weltweit anerkannte Führungsstruktur“ gegeben und die Achtung der Menschenrechte und Menschenwürde seien in der Truppe „fest verankert“. Bas erinnerte vor allem an die Herausforderungen der vergangenen drei Jahrzehnte: Nach der Wiedervereinigung habe die Bundeswehr eine „beachtliche Integrationsleistung“ erbracht und Menschen aus zwei Bündnisssystemen zusammengebracht, sie sei „stark“ in der Katastrophenhilfe und habe in der Corona-Pandemie „Großes geleistet“, in den Auslandseinsätzen diene sie dem Frieden der Welt. Ausdrücklich wies Bas darauf hin, dass nicht die Bundeswehr an ihrem militärischen Auftrag in Afghanistan gescheitert sei, sondern die Politik an der politischen Aufgabe. „Die Gründe für dieses Scheitern werden wir auch hier im Deutschen Bundestag untersuchen“, versprach Bas den Soldaten. „Wir sind Ihnen die Aufarbeitung schuldig, damit sich ein solches Debakel nicht wiederholt.“

aw |

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
fazit-com@cover-services.de
Telefon 089-8585 3832



AUFGEKEHRT

Noch immer jot jeje

Et hätt noch immer jot jeje, wird schon schiegehen! So oder so ähnlich werden die Kölner Jecken gedacht haben, als sie vergangenen Donnerstag pünktlich um 11.11 Uhr in die Karnevalssaison schwofen. Mit Schminke, (Schwestern-)Kostüm und 2G schunkelten Tausende Feiertagstüftige in die fünfte Jahreszeit – Viva Colonia! Dass der designierte Karnevalsprinz gleich in Quarantäne musste, weil er, obwohl doppelt geimpft und glücklicherweise frei von Symptomen, positiv auf das Coronavirus getestet wurde, sorgte kurz für Irritationen. Aber et kütt wie et kütt, dann erstmal ohne Prinz und Dreigestirn, Corona setzt dem Ganzen schon die Krone auf. Der Sänger einer Kölschrock-Band gab den Jecken immerhin einen guten Rat: „Vielleicht dieses Jahr nur den Partner knutschen! Sonst kommen wir nicht durch die Session.“ Wat wellste maache: Mag die vierte Corona-Welle auch die Intensivstationen fluten, vielleicht rettet der Karneval mit Abstandsgebot wenigstens die ein oder andere Ehe vor der Notaufnahme. Mancher Beobachter rieb sich angesichts des närrischen Treibens bei einer Inzidenz von 212 in der Domstadt trotzdem verwundert die Augen: Wat soll dä Quatsch? Party mitten in der Pandemie?! Ajohh! Das weiß in diesem Jahr niemand so sicher wie die Mainzer Karnevalisten. Die konnten besonders ausgelassen Fassenacht feiern, hat doch der ortsansässige und äußerst profitable Impfstoffhersteller Biontech ihnen einen fetten Überschuss von 1,09 Milliarden Euro ins Stadtsäckel gespült und damit alle Schulden weggespritzt. Also, worauf warten: Olé, Olé Fiesta Meenzer Bube, Meenzer Mädcher und Helau! Do hänn mer all druff gwad! *Johanna Metz*

VOR 45 JAHREN...

Der Geist von Kreuth

19.11.1976: CSU kündigt Fraktionsgemeinschaft mit CDU auf. Sie streiten sich, sie vertragen sich. Das war schon immer so zwischen CDU und CSU. So gab es in Krisenzeiten immer wieder Überlegungen, einen bayerischen CDU-Landesverband zu gründen – oder die Idee einer Expansion der kleineren Schwesterpartei auf das ganze Bundesgebiet. Letztlich hat man sich immer wie-



Zum Spitzengespräch in Bonn: Helmut Kohl und Franz Josef Strauß.

der zusammengerauft. Auch 1976, als der unionsinterne Streit einen historischen Höhepunkt erreichte: Am 19. November beschlossen die CSU-Abgeordneten in einer zwölfstündigen Sitzung in Wildbad Kreuth die Auflösung der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU. Dem Beschluss ging zwar eine erfolgreiche Bundestagswahl voraus, aus der die Union als stärkste Kraft hervorgegangen war. Allerdings konnte die sozialliberale Koalition mit knapper Mehrheit ihre Zusammenarbeit fortsetzen. In der Union kam es zu gegenseitigen Schuldzuweisungen. CSU-Chef Franz Josef Strauß machte Kanzlerkandidat Helmut Kohl (CDU) für das Scheitern eines Regierungswechsels verantwortlich. Strauß gefiel der Gedanke einer CSU als vierter, eigenständiger Partei. Kritiker aus CDU und CSU befürchteten die Rückkehr Weimarer Verhältnisse. Die CDU reagierte kühl auf den Kreuther Trennungsbefehl und drohte mit der Gründung eines bayerischen Landesverbands. Kohl soll sich sogar nach Büroräumen in München umgesehen haben. Das wirkte: Am 9. Dezember bot die CSU die Rückkehr in die Fraktionsgemeinschaft an. Was blieb ist der „Geist von Kreuth“ – das Verständnis einer eigenständigen, selbstbewussten CSU. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: GEDENKTAG ZUM 9. NOVEMBER



Vergangenen Dienstag lud Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (linkes Bild) zum Gedenken an den 9. November ins Schloss Bellevue ein. Die Gastredner Emilia Fester (Bündnis 90/Die Grünen), Margot Friedländer und Roland Jahn (von oben nach unten) teilten ihre Gedanken und persönlichen Erlebnisse.



»Ein wertvoller Tag«

„Wir wussten, dass ist der Anfang von viel Schlimmerem, das noch kommen wird“, beendet Margot Friedländer ihren Zeitzeugenbericht über den 9. November 1938. Von geplünderten Geschäften und der Angst in den Augen ihres Bruders berichtet Friedländer, die vor wenigen Tagen ihren einhundertsten Geburtstag feierte. Ihre gesamte Familie ist dem Holocaust zum Opfer gefallen, sie selbst überlebte und emigrierte in die USA. Erst vor wenigen Jahren kam die gebürtige Berlinerin zurück nach Deutschland. An diesem Vormittag spricht sie als eine von drei Gastrednern. Unter dem Titel „1918 – 1938 – 1989: Gedenken zum 9. November“ lud Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu einer Veranstaltung auf Schloss Bellevue ein. Die Ausrufung der Republik, die Reichspogromnacht und der Mauerfall – alle drei Ereignisse fielen auf einen 9. November. Dass dieses Datum, wie Steinmeier hervorhob, nicht nur die dunkelsten, sondern auch die hellsten Tage der deutschen Geschichte in sich vereint, davon zeugten die

anderen beiden Beiträge an diesem Vormittag. Emilia Fester (Bündnis 90/Die Grünen), mit 23 Jahren die jüngste Abgeordnete des Bundestages, verlas die Worte Philip Scheidemanns, der 1918 auf dem Balkon des Reichstagsgebäudes die deutsche Republik ausgerufen hatte. Für freie Meinungsäußerung, Frauenwahlrechte und eine demokratische Vertretung seien die Menschen damals auf die Straße gegangen. Auch heute sei der Kampf um Mitgestaltung noch lange nicht vorbei, so Fester. „Es ist jetzt an uns, den Aufbruch von 1918 mitzunehmen in unsere Zeit, für eine Zukunft für alle.“ Vor 32 Jahren war es wieder ein 9. November, an dem dieses Land einen neuen Weg einschlug. Roland Jahn, ehemaliger Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, beschrieb den Gästen, wie er den Abend des Mauerfalls damals erlebte. Gegen den Strom ging sein Weg am 9. November von West nach Ost zurück in seine Heimat Jena, die er seit seiner Ausbürgerung 1983 nicht mehr gesehen hatte. Der Mauerfall sei kein Geschenk des Him-

mels gewesen. „Der Mauerfall war das Ergebnis einer friedlichen Revolution von couragierten Menschen im Osten Deutschlands“, so Jahn. Noch heute sei er ein Signal der Hoffnung für die Menschen, die in Diktaturen lebten. „Was kann, was darf ein Tag uns bedeuten, an dem Freude und Leid, Aufbruch und Abgrund, so jäh aufeinandertreffen?“, fragte Steinmeier in seiner Rede. Bisher spiele der 9. November im öffentlichen Gedenken eine eher untergeordnete Rolle. Es sei jedoch an der Zeit, sich diesem Datum in all seiner Widersprüchlichkeit zu stellen. Frühere Überlegungen, den Tag des Mauerfalls zum Feiertag zu machen, wurden 1990 wieder verworfen. Zu groß waren die Bedenken, dadurch die Gräueltaten der Reichspogromnacht zu verdrängen. Auch für Steinmeier ist es kein Feier- oder Schicksalstag. In seinen Augen ist der 9. November vielmehr ein „wertvoller Tag“, der die Möglichkeit eröffne, nachzudenken über dieses Land und seine Geschichte – in all seiner Ambivalenz. *Denise Schwarz*

PERSONALIA

Werner Hoyer
Bundestagsabgeordneter 1987-2011, FDP

Werner Hoyer begeht am 17. November seinen 70. Geburtstag. Der promovierte Volkswirt aus Köln trat 1972 der FDP bei und stand von 1984 bis 1993 an der Spitze des Kreisverbands Köln. Seit 1984 gehört der Jubilar dem FDP-Landesvorstand in Nordrhein-Westfalen an. Von 1993 bis 1994 amtierte er als Generalsekretär seiner Partei und war von 1997 bis 2013 Mitglied des Bundesvorstands. Von 1989 bis 1993 hatte Hoyer das Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers seiner Bundestagsfraktion inne und war von 2002 bis 2009 deren stellvertretender Vorsitzender und außenpolitischer Sprecher. Von 1994 bis 1998 sowie von 2009 bis 2011 amtierte er als Staatsminister im Auswärtigen Amt. Seit 2012 ist er Präsident der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg.

Ingrid Becker-Inglau
Bundestagsabgeordnete 1987-2002, SPD

Am 20. November wird Ingrid Becker-Inglau 75 Jahre alt. Die Rektorin aus Essen trat 1972 der SPD bei und gehörte von 1976 bis 1987 dem Rat ihrer Heimatstadt an. Von 1982 bis 1998 stand sie an der Spitze der Arbeiterwohlfahrt in Essen. Becker-Inglau, Direktkandidatin des Wahlkreises Essen III, war 1991 stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Sie wirkte im Ausschuss für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, im Sonderausschuss „Schutz des unbegleiteten Lebens“ sowie im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit.

Kurt Segner
Bundestagsabgeordneter 2002-2009, CDU

Kurt Segner vollendet am 24. November sein 75. Lebensjahr. Der Geschäftsführer aus Kilsheim/Main-Tauber-Kreis trat 1973 der CDU bei und war seit 1988 langjähriger Vorsitzender des Ortsverbands Hundheim. Von 1979 bis 2002 amtierte Segner als hauptamtlicher Geschäftsführer des CDU-Kreisverbands Main-Tauber. Von 1989 bis 1994 und von 1999 bis 2009 gehörte er dem Kreistag an. Segner, stets Direktkandidat des Wahlkreises Odenwald-Tauber, engagierte sich im Bundestag im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. *bmh*

APuZ jetzt auch für die Ohren

PODCAST Die Bundeszentrale für politische Bildung hat ein neues Produkt: „Aus Politik und Zeitgeschichte - Der Podcast“. Wie steht es eigentlich um die Demokratie im Jahr 2021? Was steckt hinter den Verschwörungstheorien von QAnon? Oder wie sinnvoll sind eigentlich Gefängnisse? Antworten auf diese und weitere Fragen diskutiert der neue APuZ-Podcast. Genau wie die gleichnamige Zeitschrift, die dieser Zeitung seit 1953 beiliegt, wird jede Podcastfolge sich mit einem Thema befassen und dieses aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten. In den halbstündigen Episoden können laut eigener Aussage Historiker, Politikwissenschaftler und Soziologen, Wirtschaftsexperten und Juristen, aber auch Weltraumforscher, Stadtplaner und Literaten zu Wort kommen. Der Podcast soll Hintergründe und Einblicke liefern und dabei stets wissenschaftlich fundiert sein. Eine erste Folge ging bereits am 3. November online. Sie befasst sich mit dem „Zustand der Demokratie“ im Jahr 2021 und geht unter anderem der Frage nach, ob die Demokratie in Gefahr ist und welche Chance Bürgergeräte bieten. Interessierte finden die neuesten Podcastfolgen auf <https://www.bpb.de/apuz/342471/apuz-podcast> und auf den gängigen Plattformen. *des*

Bundestag beginnt mit Ausschussarbeit

GREMIEN Haupt-, Petitions-, und Geschäftsordnungsausschuss eingesetzt, Wahlprüfungsausschuss gewählt

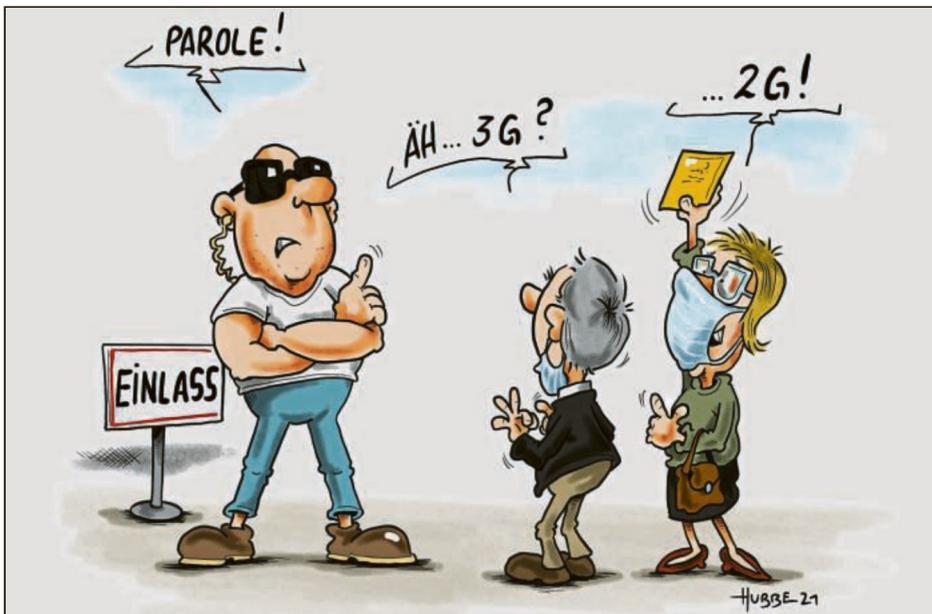
In der ersten regulären Sitzung des 20. Deutschen Bundestags sind die ersten Ausschüsse eingesetzt und konstituiert worden. Neben dem Petitions- und Wahlprüfungsausschuss sowie dem Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung haben die Bundestagsabgeordneten beschlossen, eines temporär agierenden Hauptausschusses einzusetzen. **Hauptausschuss** Wie auch bereits nach den Bundestagswahlen 2013 und 2017 wird in dieser Legislaturperiode ein Hauptausschuss eingesetzt. Das Gremium wird bis zur Konstituierung der ständigen Fachausschüsse tätig sein. Insgesamt je 31 ordentliche und stellvertretende Mitglieder

gehören ihm an. Neun Mitglieder entfallen auf die SPD, acht auf die CDU, fünf auf Bündnis 90/Die Grünen, vier auf die FDP, drei auf die AfD und zwei auf die Fraktion Die Linke. Den Vorsitz übernimmt Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD). Einen Antrag der CDU/CSU-Fraktion, die Zahl der Mitglieder auf 39 zu erhöhen, lehnten die Abgeordneten mehrheitlich ab. Bis zu ihrer Einsetzung übernimmt der Hauptausschuss die Aufgaben sämtlicher Fachausschüsse inklusive des Haushaltsausschusses. Dabei kann er Vorlagen beraten und Beschlussempfehlungen vorlegen. Er hat allerdings kein Selbstbefassungsrecht und kann sich dementsprechend nur mit solchen Vorlagen beschäftigen, die er

aus dem Plenum erhält. Mit der Konstituierung der ständigen Ausschüsse löst sich der Hauptausschuss automatisch auf. Auch der Petitionsausschuss und der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung – kurz Geschäftsordnungsausschuss – wurden vergangenen Donnerstag eingesetzt. Beide Ausschüsse bestehen aus jeweils 19 Mitgliedern. Nach Artikel 17 des Grundgesetzes kann sich jeder Bürger an den Deutschen Bundestag wenden. Die eingereichten Bitten und Beschwerden landen beim Petitionsausschuss, der diese genau prüft. Der Geschäftsordnungsausschuss hingegen beschäftigt sich mit den inneren Angelegenheiten des Parlaments. Neben der Aus-

legung und Änderung der Geschäftsordnung liegen auch die Überwachung der Immunität der Abgeordneten und die Überprüfung der Einsprüche gegen den Ablauf einer Wahl in seinem Zuständigkeitsbereich. Der Bundestag hat zudem die Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses gewählt. Das Gremium bereitet die Entscheidung des Bundestages über die Gültigkeit der Wahl oder mögliche Verstöße bei deren Durchführung vor. Insgesamt je neun ordentliche und stellvertretende Mitglieder bilden den Ausschuss. Je drei Sitze entfallen auf SPD und Union, je einer auf die Grünen, FDP und AfD. Die Linke ist durch ein beratendes Mitglied vertreten. *des*

SEITENBLICKE



LESERPOST

Zur Ausgabe 44-45 vom 01. November 2021, „Seitenblicke“ auf Seite 12: Diese „Ampelmännchen“ muss man verstehen wollen und können! Leuchtet die Ampel rot, bleibt der brave Fußgänger stehen und wartet auf grün. Erst dann geht er los! Fährt ein Autofahrer zu einer roten Ampel hin, bleibt er stehen. Schaltet die Ampel auf gelb um, fährt der eilige Autofahrer los. Der vorsichtige Autofahrer legt den Gang ein, und fährt erst los, wenn die Ampel grünes Licht zeigt! Was bedeutet das alles für unser kommendes „Ampelkabinett“, denn dort dürfte der Fußgänger vergeblich auf eine Gelb-Phase warten! Für die (gelbe) FDP könnte es da ein böses Erwachen geben! *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

PANNENMELDER

Zur Themenausgabe „Nach der Konstituierung“ vom 1. November 2021: Im Artikel „Schwierig, aber nicht unmöglich“ auf Seite 3 wurde die Aussage des Autors ins Gegenteil verkehrt. Nicht die Grünen, sondern die FDP habe sich auf Länderebene mit Dreierkoalitionen schwer getan.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen am 18.11.2021
Änderung des Infektionsschutzgesetzes, EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt
Phoenix überträgt live ab 9 Uhr
Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream



Olaf Scholz, SPD, Bundesfinanzminister:

Wir müssen über Parteigrenzen hinweg zusammenarbeiten



Olaf Scholz (*1958)
Wahlkreis 61

Das Virus ist noch unter uns und bedroht die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir alle Maßnahmen ergreifen, um sicher zu sein, dass wir die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes schützen können.

Auch wenn die Lage anders ist, weil so viele geimpft sind, ist sie noch nicht gut, ganz besonders deshalb, weil bisher nicht genügend Bürgerinnen und Bürger von der Impfmöglichkeit Gebrauch gemacht haben. Deshalb müssen wir weiter vorsichtig sein. Wir müssen vorsichtig sein und bleiben und zum Beispiel dafür Sorge tragen, dass die Maskenpflicht weiter beachtet und durchgesetzt werden kann, beispielsweise bei Verkehrsbetrieben, und dass bei Veranstaltungen Abstandsregeln und Hygieneregeln gelten und dass Impfnachweise vorgelegt werden müssen. All die Dinge, die wir schon kennen, werden auch in nächster Zeit weiterhin erforderlich sein. Das ist ein Unterschied zwischen unserem Land und anderen Ländern, die sich entschieden haben, ganz auf solche Vorsichtsregeln zu verzichten. Wir halten sie für weiterhin erforderlich.

Wir müssen darüber hinaus viele, viele weitere Maßnahmen ergreifen, die notwendig sind, damit wir durch diesen Winter kommen. Wir müssen unser Land gewissermaßen winterfest machen. Deshalb will ich über einige der Dinge und Maßnahmen sprechen, die jetzt erforderlich sind und über die in diesem Gesetzespaket zu entscheiden sein wird, und auch über die Maßnahmen, die

darum herum auf den Weg gebracht werden und im Rahmen der Gesetzesberatungen noch dazukommen werden.

Das Allererste und Wichtigste ist: Wir dürfen nicht nachlassen bei dem Versuch, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu impfen. Es haben sich noch nicht alle überzeugt, dass das für sie richtig ist. Wir sollten eine große gemeinsame Kampagne starten, damit die Bürgerinnen und Bürger von dieser Impfmöglichkeit Gebrauch machen.

Die Hausärzte impfen, und es gibt mobile Angebote. Wir brauchen wieder mehr Impfzentren. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass sie wieder eröffnet werden. Wir sollten dafür Sorge tragen, dass die eröffneten Impfzentren gemeinsam, also auch mit Mitteln des Bundes, finanziert werden. Wir brauchen sie auch, weil wir jetzt alles dafür tun müssen, dass Millionen Bürgerinnen und Bürger eine Auffrischungsimpfung bekommen, dass sie sich boostern lassen. Dass Millionen Bürgerinnen und Bürger die Auffrischungsimpfung bekommen, das ist die Aufgabe der nächsten Wochen und Monate.

Auch dazu wird es erforderlich sein, dass wir diese Möglichkeiten haben: die Aktivitäten der Hausärzte, die mobilen Angebote und die Impfzentren. Wir sollten das möglich machen, was aktuell in einem gemeinsamen Schreiben des Bundesgesundheitsministers und der

Ärzteverbände an alle Hausärzte und Ärzte formuliert worden ist, nämlich dass man nach sechs Monaten eine Auffrischungsimpfung erhalten kann und soll. Wir werden alles dafür tun, dass das auch tatsächlich überall in Deutschland möglich ist.

Ganz besonders wichtig ist, dass wir jetzt dafür Sorge tragen, dass die Älteren schnell geimpft werden und die dritte Impfung bekommen, die Boosterimpfung. Darum will ich an dieser Stelle auch die Pflegeheime ansprechen, die so wichtig sind. Das war nicht zu ertragen, was wir am Anfang der Pandemie erlebt haben, nämlich dass so viele Bürgerinnen und Bürger erkrankt sind, die in den Pflegeheimen gelebt haben, und dass so viele gestorben sind. Das darf uns in diesem Winter nicht mehr passieren. Deshalb müssen wir alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit das nicht geschieht. Wer dort arbeitet und nicht geimpft ist, muss täglich getestet werden, und auch alle Besucherinnen und Besucher müssen getestet werden. Das ist für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, die in den Pflegeeinrichtungen leben, erforderlich.

Natürlich müssen wir auch sicherstellen, dass überall in diesen Bereichen geboostert wird, dass die Impfungen durchgeführt werden. Das ist längst vereinbart und muss jetzt mit großer Geschwindigkeit geschehen. Die Geschwindigkeit muss eher zunehmen zu dem, was wir bisher ha-

ben. Deshalb bin ich sehr froh, dass es hier das Vorhaben gibt, dafür zu sorgen, dass die Durchsetzung des Boosters, der Auffrischungsimpfung, in den Pflegeheimen gemonitort wird, sodass wir für jedes einzelne Pflegeheim wissen, wie weit es ist. Das ist die Aufgabe, die wir jetzt in ganz Deutschland durchsetzen müssen.

Wir werden weiter dafür Sorge tragen, dass an den Schulen getestet wird.

Und wir müssen sicherstellen, dass die Arbeitsplätze sicher sind. Darum haben wir Gespräche geführt mit den Gewerkschaften, mit Betriebsräten, mit vielen anderen, mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

und mit den Unternehmen, und wir sind sicher: Wir müssen eine zusätzliche Vorsichtsmaßnahme am Arbeitsplatz treffen. Deshalb wollen wir, dass in Zukunft an Arbeitsplätzen 3 G gilt. Am Arbeitsplatz muss man nachweisen, dass man geimpft ist, genesen oder negativ getestet. Das ist eine notwendige Verbesserung.

Auch das muss jetzt geschehen: Wir müssen die Möglichkeiten nutzen, die mit dem neuen Gesetz verbunden sind. Dadurch werden den Ländern alle Kompetenzen eröffnet, damit sie differenziert nach einzelnen Bereichen Entscheidungen über 3-G-Konzepte treffen können, zum Beispiel für den Zutritt zu Gaststätten, zu Veranstaltungen, zu Geschäften und zu allem Möglichen. Aber sie können sich eben auch für 2 G entscheiden. Ich sehe, dass sich jetzt viele Länder auf den Weg gemacht haben und überall bei sich die Entscheidung treffen, dass sie insbesondere bei Gaststätten und Veranstaltungen, bei Kino- und Theaterbesuchen 2 G vorschreiben. Ich halte es für einen guten Fortschritt, dass das überall gemacht wird. Die Möglichkeiten dafür schaffen wir jetzt.

Für all das, was jetzt notwendig ist, gilt aber eines ganz entschieden: Es muss auch umgesetzt werden. Deshalb ist es so wichtig, dass wir im Hinblick auf die Altenpflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe das Monitoring machen. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir sicherstellen, dass in den Restaurants in Deutschland die Zutrittskriterien tatsächlich auch überwacht werden. Es kann nicht sein, dass wir solche Vorschriften

haben und man dann, wenn man in ein Restaurant geht, merkt, dass sie nicht beachtet werden. Das gilt nicht für alle, aber das gilt an vielen Stellen.

Damit man diesen Weg gehen kann, damit wir Deutschland winterfest machen können, ist es aber auch wichtig, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern die Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen, die es für sie gestaltbar machen, damit

umzugehen. Darum bin ich froh, dass wir uns gemeinsam zu der Einsicht vorgearbeitet haben, dass es notwendig ist, dass die Möglichkeit kostenloser Tests für die Bürgerinnen und Bürger wieder eröffnet wird. Wir werden jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, dass es kostenlose Tests gibt, die zum Beispiel in Apotheken oder bei den Maltern oder anderen Einrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande verfügbar sind. Dann sind nämlich auch 3-G-Konzepte in den Betrieben und 2-G-Vorschriften und 3-G-Vorschriften möglich. All das kann man machen, wenn man Tests anbietet. Und dann, glaube ich, müssen wir uns natürlich damit auseinandersetzen, dass das Virus eben nicht weg ist, dass wir all diese Maßnahmen ergreifen müssen, aber es trotzdem dazu kommen wird, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger infizieren, ganz besonders diejenigen, die sich nicht haben schützen lassen und die nicht geimpft sind. Wir sind in der wirklich schwierigen Situation, dass wir genügend Impfstoff haben, dass jeder und jede sich impfen lassen könnte, aber dass es keineswegs alle gemacht haben bisher. Und wir wissen, was die Konsequenz sein wird: Sehr, sehr viele von denen, die nicht geimpft sind, werden sich infizieren, und viele von denen, die sich infizieren werden, werden krank werden, und von denen, die krank werden, werden

Wir dürfen nicht nachlassen bei dem Versuch, möglichst viele Bürger zu impfen.



Eine aktuelle Forderung lautet, Mitarbeiter in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern stärker zu testen.

© picture-alliance/dpa | Rolf Vennenbernd

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

www.bundestag.de/live/tv/index.html

einige auf den Intensivstationen unserer Krankenhäuser um ihr Leben ringen.

Das ist die Situation, die uns bevorsteht. Deshalb müssen wir hier eine Abwägungsentscheidung treffen, eine Abwägungsentscheidung, wie wir uns trotz der Tatsache, dass die Impfangebote nicht wahrgenommen worden sind, um den Schutz des Lebens dieser Bürgerinnen und Bürger mit allen unseren Möglichkeiten kümmern. Das hat eine Konsequenz, nämlich die Konsequenz, dass wir sagen: Wir werden den Krankenhäusern die

finanziellen Mittel geben, dass sie Operationen neu aufteilen können, dass sie Operationen, die verschiebbar sind, verschieben können, damit sie Platz haben für die Coronapatienten, die jetzt behandelt werden müssen. Denn bei allem, was man im Hinblick auf das Impfen unterschiedlich diskutieren mag: Wir müssen Schutz für die Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger bieten, und wir müssen ihnen diesen Schutz in den Krankenhäusern ermöglichen.

Dazu dient das Gesetzspaket, das hier im Deutschen Bundestag

zwischen den Parteien beraten wird. Ich will ausdrücklich sagen: Ich fände es sehr schön, wenn es parteiübergreifend getragen würde, weit über die Parteien hinaus, die die künftige Regierung bilden wollen. Das ist jedenfalls die Absicht, und ich möchte alle einladen, mitzumachen. In dieser Gesundheitskrise müssen wir über Parteigrenzen, über Regierung und Opposition hinweg zusammenarbeiten.

Wir müssen und werden auch mit den Ländern und den Gemeinden darüber sprechen, was

an zusätzlicher Unterstützung notwendig ist und wie wir all das, was jetzt hier möglich gemacht wird, auch umsetzen; denn es muss sich ja in der Wirklichkeit wiederfinden. Deshalb wird es auch – die Kanzlerin und ich sind darüber einig – in der nächsten Woche ein Gespräch, ein ganz klassisches Gespräch zwischen der Bundesregierung und den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder geben, um die Umsetzungsschritte, die sich aus all dem, was hier auf den Weg gebracht wird, ergeben werden, genau zu

besprechen. Das ist es, was wir jetzt brauchen: dass das Land zusammenhält und an einem Strang zieht, in die gleiche Richtung, damit wir diesen Winter überstehen.

Mein letzter Wunsch, an die Bürgerinnen und Bürger, die es bisher noch nicht gemacht haben: Lassen Sie sich impfen! Es ist wichtig für Ihre Gesundheit, und es ist wichtig für unser Land.

Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Ralph Brinkhaus, CDU:

Die epidemische Lage von nationaler Tragweite verlängern



Ralph Brinkhaus (*1968)
Wahlkreis Gütersloh I

Die Zahlen, die uns heute Morgen erreicht haben, sind dramatisch: über 50 000 Neuinfektionen. Es ist so, dass die Hospitalisierungszahlen steigen. Es ist so, dass uns Hilferufe von den Intensivstationen erreichen, übrigens nicht nur von den Krankenhausleitern, sondern auch von den Pflegerinnen und Pflegern, die einfach nicht mehr können; das muss an dieser Stelle auch einmal gesagt werden. Wir haben eine viel zu hohe Todeszahl; sie hat sich gegenüber dem August verzehnfacht. Und wir sind in der Situation, dass noch viel zu wenig Menschen in diesem Land geimpft sind. Es ist so, dass die Drittimpfungen – ich mag nicht von „Boosterimpfungen“ sprechen; es sind Drittimpfungen – nicht gut genug organisiert sind. Das heißt, wir stehen vor einer riesigen Problemlage, wir stehen vor einer vierten Welle, wir sind in einer vierten Welle. Deswegen ist richtig, dass wir das nicht einfach durchlaufen lassen, sondern hier und heute im Deutschen Bundestag ernsthaft darüber debattieren. Das ist dringend, dringend notwendig.

Herr Scholz, ich finde es richtig, dass Sie sich als wahrscheinlich zukünftiger Kanzler endlich auch

dieser Diskussion gestellt haben, dass Sie endlich etwas gesagt haben. Aber eines, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss ich konstatieren: Das war mehr eine Zustandsbeschreibung als eine kraftvolle politische Aussage.

Es ist gut und richtig, dass wir uns die Zeit für diese Diskussion nehmen. Wir haben ja eben einen Hauptausschuss eingesetzt. Es ist richtig, dass wir auch eine Anhörung machen. Das ist alles gut. Es ist auch richtig – ich habe es gerade vernommen –, dass die Ministerpräsidenten sich jetzt endlich, nächste Woche, mit der Bundesregierung treffen. Das lag übrigens nicht an den CDU/CSU-Ministerpräsidenten, sondern – Herr Müller sitzt ja auch hier im Plenum – an den SPD-Ministerpräsidenten. Ich hätte es als respektvoll empfunden, wenn, bevor wir über dieses Gesetz abstimmen, bevor wir über dieses Gesetz beraten, die Ministerpräsidenten sich zusammengesetzt hätten, weil wir dieses Problem nur zusammen – Bund und Länder – lösen können, meine Damen und Herren.

Aber nicht gut und richtig, Herr Scholz, ist das, was Sie hier als Gesetzentwurf eingebracht haben. Sie haben eine Sache konsequent ausgelassen: Sie haben den Menschen in diesem Land nicht verraten, dass es Ihr Wunsch ist, dass es der Wunsch der Ampel ist, dass die epidemische Lage von nationaler Tragweite – die Grundlage, die rechtssichere Grundlage, die verlässliche Grundlage für unsere Pandemiepolitik – auslaufen soll. Darüber haben Sie kein Wort verloren.

Bevor jetzt irgendwelche Zweifel kommen, ob wir die epidemische Lage wirklich brauchen, zitiere ich aus dem Infektionsschutzgesetz, das wir haben. In § 5 heißt es dort: Eine epidemische Lage von nationaler Tragweite liegt vor, wenn eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Gesundheit in der gesamten Bundesrepublik Deutschland besteht, weil ... eine dynamische Ausbreitung einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit über mehrere Länder in der Bundesrepublik Deutschland droht oder stattfindet.

Meine Damen und Herren, wie ist denn die Situation? Ist hier irgendjemand – außer der AfD – der Meinung, dass Covid nicht übertragbar ist? Ist hier irgendjemand der Meinung, dass Covid nicht bedrohlich ist? Ist hier irgendjemand der Meinung, dass wir keine dynamische Entwicklung haben? Also, das ist doch eine Realitätsverweigerung! Deswegen werden wir uns dafür einsetzen – das sage ich ganz klar –, dass die epidemische Lage auch verlängert wird.

Das ist aber nicht der einzige Punkt. Das Zweite ist: Wenn man sich den Gesetzentwurf ansieht, was darin vorgebracht, was darin gefordert wird, dann muss man feststellen, dass die Länderrechte – Herr Ramelow ist anwesend – geschwächt werden. Den Ländern wird Flexibilität genommen. Den Ländern werden Handlungsoptionen genommen. Das geht doch nicht, meine Damen und Herren! Wir sind in einer Krise. Die Länder müssen Handlungsoptionen haben, um entsprechend gegen diese Coronakrise vorgehen zu können.

Ein weiterer Punkt. Sie haben in Ihrem Gesetzentwurf – das muss man auch sagen – viele Dinge, die wichtig sind. Aber, Herr Scholz, Sie sprachen gerade von Krankenhausfinanzierung. Warum haben Sie das nicht in den Gesetzentwurf hineingeschrieben? Das wird jetzt irgendwo nachgeliefert. Ich meine, man kann von zukünftigen Regierungsparteien, die in Koalitionsverhandlungen sind, in dieser Krise erwarten, dass sie sauber liefern. Hier ist nicht sauber geliefert worden, meine Damen und Herren.

Wenn man das Ganze bewertet, dann muss man sagen: Das, was Sie da aufgeschrieben haben, ist dünn, wirklich dünn. Kommunikativ wird außerdem das völlig falsche Signal gesendet. Dadurch, dass Sie die epidemische Lage von nationaler Tragweite aufheben, sagen Sie doch den Leuten: Es ist nicht mehr so schlimm. Es ist nicht mehr so wichtig, dass wir den gesamten Katalog haben. – Das Gegenteil ist der Fall. Wir müssen den Menschen sagen: Ihr müsst noch achtsamer sein. Ihr müsst noch vorsichtiger sein. Wir müssen gut durch diese Krise kommen. – Aber das geht doch nicht, wenn ich solche Signale setze.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir jetzt zweigleisig fahren. Ja, wir sind eine konstruktive Opposition, und ja, Herr Scholz, wir sind daran interessiert, weil es im Interesse des Landes ist, ein vernünftiges Ergebnis hinzubekommen. Wenn Sie nicht bereit sind – aber vielleicht erklärt das gleich noch einer von den Rednerinnen und Rednern –, die epidemische Lage zu verlängern, dann machen Sie wenigstens ein vernünftiges Gesetz. Ein vernünftiges Gesetz zu machen, bedeutet, dass die Länder mehr Flexibilität brauchen und nicht mit einem abschließenden Katalog arbeiten müssen; denn das wird ihnen die Handlungsoption für eine

konsequente Krisenbekämpfung nehmen. Sie müssen dann auch alles in dieses Gesetz hineinschreiben, was notwendig ist. Dann müssen Sie uns auch sagen, welche Vorstellung Sie haben, wie zukünftig 2 G und 3 G gehandhabt werden sollen. Dann müssen Sie uns sagen, wie Sie es sich vorstellen, dass der Schutz am Arbeitsplatz konsequent sichergestellt wird. Das sind doch die Fragen, die wir uns stellen müssen, damit wir eine konsequente Pandemiebekämpfung hinbekommen.

Dass wir eine konsequente Pandemiebekämpfung brauchen – Sie haben das angesprochen –, das sind wir diesem Land und insbesondere zwei Gruppen in diesem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen, schuldig. Wir haben viele Dinge richtig gemacht. Was wir nicht richtig gemacht haben, ist: Wir haben im letzten Dezember und im letzten Januar die Menschen in den Pflegeheimen nicht schützen können. Deswegen der dringende Appell, auch an die Seite der Länder: Wir müssen alles dafür tun, damit das, was im Dezember letzten Jahres und im Januar diesen Jahres passiert ist, nicht noch einmal passiert.

Wir haben eine zweite ganz große Schuld, nämlich Schuld gegenüber den jungen Menschen. Das ist die Schuld gegenüber den jungen Menschen, die nicht in die Kitas, nicht in die Schulen gehen konnten, die nicht studieren konnten, die auf viel verzichten mussten.

Meine Damen und Herren, wir sind es diesen Menschen schuldig, dass wir alles dafür tun, dass wir schnell und gut durch diese vierte Welle kommen. Dieses Gesetz, das Sie hier vorlegen, trägt nicht dazu bei. Deswegen gibt es da noch etwas nachzuarbeiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Den Ländern werden Flexibilität und Handlungsoptionen genommen.

Wir stehen vor einer vierten Welle, wir sind in einer vierten Welle.

Katrin Göring-Eckardt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Mit rechtssicheren Maßnahmen reagieren



Katrin Göring-Eckardt (*1966)
Landesliste Thüringen

Das müssen wir ernst nehmen. Wir müssen den Krankenhäusern helfen. Wir müssen klar sein beim Schutz der Menschen in den Pflegeheimen. Wir müssen klar sein dabei, dass es nicht wieder die Kinder und Jugendlichen sein können, die zuerst zu Hause bleiben müssen. Deswegen brauchen wir eben auch viel mehr Schutz am Arbeitsplatz. Das ist übrigens auch etwas, was Sie bisher nicht gemacht haben. Ich hätte es mir sehr gewünscht, dass klar ist: Kinder zuerst!

Herr Brinkhaus, am 22. Oktober hat die Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten den Deutschen Bundestag aufgerufen und gebeten, ein Gesetz vorzulegen. Genau das machen wir jetzt. Die Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten hat gesagt, sie brauchen einen Rahmen. Diesen Rahmen legen wir jetzt hier vor, und wir diskutieren ihn.

Das machen wir nämlich auch anders als in der Vergangenheit. Wir sagen, diese Diskussion gehört hierher, ins Parlament. Beschlüsse sind nicht mehr vorher in Stein gemeißelt, und man muss hier einfach die Hand heben, nein, das diskutieren wir hier gemeinsam und besprechen es mit Expertinnen und Experten in der Anhörung, mit den Leuten aus der Praxis, die Erfahrungen haben, natürlich auch mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten. Olaf Scholz hat das angekündigt – zu Recht. Wir müssen zu einer gemeinsamen Haltung, zu einer gemeinsamen Lageeinschätzung, zu gemeinsamem Handeln kommen. Dazu kann ich Sie nur aufrufen und Sie bitten, nicht billige parteipolitische Aktionen zu machen.

Wenn ich mir anschau, worum es geht, dann sage ich: Wir sind solche rechtssicheren wirksamen Maßnahmen schuldig, gerade denjenigen, die in den Krankenhäusern arbeiten, in den Pflegeheimen, in den Schulen lernen. Die Inzidenz bei denen, die nicht geimpft sind, ist ungefähr 20-mal höher als bei denen, die geimpft sind. Die Situation ist so, dass wir nicht einfach sagen können: Es ist egal, ob jemand geimpft ist. Das werden Gerichte nicht zulassen. Deswegen müssen wir alle möglichen Maßnahmen ergreifen. Wir reden gerne weiter darüber, wie der Katalog erweitert werden kann. Wir reden gerne über die Maskenpflicht, über die

Frage, wie wir beim ÖPNV verfahren, über die Frage, wie wir Veranstaltungen eingrenzen. Natürlich brauchen wir 2 G. Das ist eine der wirksamen Maßnahmen, die wir jetzt machen können. Natürlich brauchen wir das alles.

Wenn Sie weitere Vorschläge haben, dann reden wir auch darüber sehr gerne. Ich finde, das gilt auch für Diskussionen, die uns gerade der Ethikrat und die Leopoldina auf den Tisch gelegt haben. Sie stellen nämlich die Frage, wie es eigentlich mit einer Impfpflicht für Beschäftigte in Einrichtungen ist, die für Pflegende, für andere vulnerable Gruppen da sind? Ich finde, dieser Diskussion können wir uns nicht entziehen. Wir müssen zu einem vernünftigen Ergebnis kommen.

Aber eine Impfung wirkt natürlich erst in vielen, vielen Wochen. Deswegen brauchen wir jetzt verlässliche Testregimes für alle, die

in diese Einrichtungen gehen, und deswegen ist es notwendig, dass es wieder kostenlose Tests für die Bürgerinnen und Bürger gibt. Ich finde es eine wirklich krasse Entscheidung, dass die abgeschafft worden sind. Wir könnten jetzt besser und weiter sein, wenn das nicht der Fall gewesen wäre.

Deswegen sage ich Ihnen: Das, was wir jetzt rasch tun müssen und selbstverständlich mit den Ländern besprechen, ist das, was für Sicherheit in unserem Land sorgt. Alle hier – bis auf Sie ganz

Wir müssen klar sein beim Schutz der Menschen in den Pflegeheimen.

rechts – machen sich, glaube ich, große Sorgen darüber, wie die nächsten Wochen aussehen werden, und natürlich hätten wir uns alle gewünscht, wir könnten entspannt aufs Weihnachtsfest blicken.

Das werden wir nicht tun können, und deshalb mein Aufruf: Lassen Sie uns mit den Expertinnen und Experten diskutieren, lassen Sie uns hier im Parlament diskutieren! Lassen Sie uns aufhören, parteipolitisch hin und her miteinander eine Auseinandersetzung auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten, die jetzt auf den Intensivstationen liegen, und der Pflegerinnen und Pfleger zu führen! Lassen Sie uns keine Diskussion auf dem Rücken derjenigen führen, die die Schwie-

rigkeiten in dieser Pandemie aushalten müssen!

Deswegen meine große Bitte: Die Debatte sollte hier stattfinden. Wir sollten dafür sorgen, dass die Menschen in unserem Land geschützt sind, dass die Arbeitsplätze sicher sind, dass die Pflegeheime sicher sind, dass die Kinder und Jugendlichen weiter in Kita und Schule gehen können und dass die Intensivstationen in unserem Land alle Unterstützung dafür bekommen, dass sie diese so wichtige Arbeit auch ausreichend machen können. Wir müssen dafür sorgen, dass die Lage, in der wir sind, ernst genommen wird und dass wirksame Maßnahmen ergriffen werden. Dafür stehen wir bereit, dafür wollen wir hier in diesem Parlament diskutieren, und dafür laden wir die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten in diesem Land, also die Länder, und auch Sie ein.

Übrigens: Wir haben hier der Feststellung einer epidemischen Lage viermal zugestimmt – beim fünften Mal nicht. Jetzt sind Sie am Zug, zu sagen: Ja, wir übernehmen auch gemeinsam Verantwortung für dieses Land. – Das ist das, was der Lage angemessen ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Dr. Marco Buschmann, FDP:

Das neue Maßnahmenpaket bietet Rechtssicherheit



Marco Buschmann (*1977)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP legen Ihnen heute ein neues Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Corona vor. Es löst das alte Maßnahmenpaket ab. Der Name dieses alten Maßnahmenpakets führt immer wieder zu Missverständnissen. Manchmal hat man den Eindruck, dass diese Missverständnisse be-

wusst geschürt werden.

Das alte Maßnahmenpaket enthält den Ausdruck „epidemische Notlage von nationaler Tragweite“. Wir wollen dieses alte Maßnahmenpaket jetzt ablösen.

Manchmal hat man den Eindruck, dass so getan und behauptet wird, wir würden damit sagen, Corona sei vorbei, und wir würden nicht auch robuste Maßnahmen gegen diese Krankheit ergreifen wollen. Ich möchte an dieser Stelle mal eines sagen: Wir können über jedes einzelne Element hart in der Sache diskutieren, aber Lügen und Fake News gehören in den Instrumentenkasten von Diktatoren und Populisten und nicht in die Debatte zwischen aufrechten Demokraten.

Das alte Maßnahmenpaket

nicht so bleiben konnte, wie es war, ist eine Frage der Wahrhaftigkeit. Ich will Sie daran erinnern: Erst zu Beginn des letzten Monats hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof die Ausgangssperre gekippt. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat gesagt, dass eine Ausgangssperre selbst zu einem Zeitpunkt, als es noch keinen Impfstoff in ausreichender Menge gab, nicht mehr verhältnismäßig war. Deshalb würde er auch

heute wieder so urteilen. Auch heute wäre dieses Instrument nicht mehr verhältnismäßig. Wer das ignoriert, ignoriert die Anforderungen unseres Grundgesetzes. Ich finde, wir müssen auch in der

Wir müssen auch in der Krise unser Grundgesetz respektieren.

Fortsetzung auf nächster Seite

Krise unser Grundgesetz respektieren, damit wir das bleiben, was wir sind und was wir sein wollen, nämlich ein freiheitlicher Rechtsstaat.

Wir legen mit dem neuen Maßnahmenpaket robuste Maßnahmen für die Bekämpfung von Corona vor. Wir ermöglichen es den Ländern, auf rechtssicherer Grundlage all die physikalischen Infektionsbarrieren aufzubauen, die sie brauchen: Maskenpflicht, 3G, Abstandspflichten, Hygienekonzepte – auch welche, die behördlich durchgesetzt werden können. Das legen wir auf den Tisch, und wir gehen über das hi-

naus, was in der Vergangenheit Pflicht war. Es wird immer so getan, als sei das nur ein Minus. Es ist dort ein Minus, wo es verfassungswidrig wäre, aber es ist dort ein Mehr, wo wir versagt haben.

Herr Brinkhaus, ich gebe Ihnen recht: Unser Land hat versagt beim Schutz der Älteren. Aber wenn Sie mit einem Finger auf uns zeigen, die wir in den letzten Jahren aufgrund der Konstellation nicht in Verantwortung waren, dann müssen Sie einmal erkennen, dass an der Hand, mit der Sie mit einem Finger auf uns zeigen, gleichzeitig drei Finger auf Sie zurück zeigen. Das macht Ihren Bei-

trag nicht zu einem guten Beitrag in dieser Debatte.

Wir werden für 3G sorgen, und wir liefern auch eine Rechtsgrundlage für 2G. Wir werden über Testpflichten in den Alten- und in den Pflegeheimen sprechen. Da hat unser Land versagt. Es gibt Bundesländer, in denen die Toten zu fast 90 Prozent aus den Alten- und aus den Pflegeheimen kommen. Wer da sagt, dass das Instrumentarium, das wir jetzt ablösen, ein gutes war, der verkennt die Realität, Herr Brinkhaus, und das müssen Sie sich ins Stammbuch schreiben lassen.

Nachdem wir einige Dinge klar-

gestellt haben, will ich zum Schluss noch zwei Anmerkungen machen.

Erstens. Ich möchte mich ausdrücklich bei Bundesminister Scholz dafür bedanken, dass er seine Vorstellungen zur Pandemiepolitik hier vorgestellt hat; denn das gehört in den Deutschen Bundestag, in die Herzammer der Demokratie. Deshalb war es richtig, das hier zu tun.

Zweitens möchte ich sagen: Wenn jetzt ein Maßnahmenpaket in einer der umstrittensten Fragen unseres Landes vorliegt, dem sowohl Wolfgang Kubicki als auch Karl Lauterbach, also zwei so un-

terschiedlich denkende Leute, übereinstimmend das Prädikat erteilen, dass man damit die Pandemie erfolgreich bekämpfen kann und wir damit ein geeignetes, gutes und rechtssicheres Paket haben, dann sollte sich vielleicht der eine oder andere einen Ruck geben und über seinen parteipolitischen Schatten springen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sebastian Münzenmaier, AfD:

2G-Regelung nicht sicherer, sondern nur unfreier



Sebastian Münzenmaier (* 1989)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Man höre und staune: Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf soll der Deutsche Bundestag feststellen, dass die epidemische Lage von nationaler Tragweite abgeschafft wird. Millionen von Menschen haben darauf gewartet; denn man hat ihnen versprochen, dass mit dem Ende der epidemischen Lage von nationaler Tragweite auch die Freiheitseinschränkungen aufgehoben werden, Freiheitseinschränkungen, die viele Bürger massiv getroffen haben, die Existenzen vernichtet haben und die zu unzähligen Kollateralschäden geführt haben. Heute könnte für viele dieser Menschen also ein Tag der Freiheit werden, ein Freedom Day, wie ihn etliche andere Länder bereits gefeiert haben.

Wenn man sich Ihren Entwurf aber einmal genauer anschaut, dann stellt man fest: Sie streichen zwar den Ausdruck „epidemische Lage“, aber die Maßnahmen sollen bleiben. Die können jetzt – das fordern Sie wortwörtlich so – „unabhängig“ davon getroffen werden, ob eine solche Lage überhaupt vorliegt.

Sie setzen im vorliegenden Ge-

setzentwurf ja noch einen drauf! Sie reden hier zwar munter vom Parlament und den Diskussionen im Parlament, aber erstens ist die nächste Klügelrunde schon geplant – wir haben es gehört: der Ministerpräsidentenstammtisch soll wieder zusammentreten –, und zweitens wollen Sie mit diesem Gesetzentwurf verstetigen, dass es auf die Entscheidung des Bundestages nicht mehr ankommt. Außerdem wollen Sie die Beteiligung der Landesparlamente auch noch aushebeln. Damit degradieren Sie die Herzkammern unserer Demokratie erneut zu Statisten. Dieses undemokratische Verhalten wird von unserer Fraktion abgelehnt.

Der vorliegende Gesetzentwurf – wir haben es ganz deutlich hier vom Rednerpult, von Herrn Scholz und Frau Göring-Eckardt, gehört – wird zu zwei Dingen führen: zu einer extremen Ausweitung der 2-G-Regelung in etlichen Bundesländern und darauf aufbauend zu einem weiteren massiven und unanständigen Druck auf Menschen, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen nicht impfen lassen wollen.

Wir als AfD-Fraktion haben im Vergleich zu Ihnen allen ein anderes, ein freiheitliches Menschenbild. Für uns ist die Impfung eine persönliche Entscheidung eines jeden Bürgers. Diese Entscheidung muss freiwillig und ohne direkten oder indirekten Zwang erfolgen.

Wundern Sie sich denn nicht, dass die Bürger draußen Ihnen schlicht und ergreifend nichts mehr glauben? Die STIKO zieht gerade die Impfpflicht für unter 30-Jährige mit dem Impfstoff von Moderna aufgrund von Nebenwirkungen zurück – für ei-

nige wohl zu spät, meine Damen und Herren. Die Boosterimpfung oder Drittimpfung, die von Ihnen auch heute wieder als Weg aus der Pandemie propagiert wird, wird von der Fachwelt immer noch nicht für die Gesamtbevölkerung empfohlen. Das ist schlicht und ergreifend Unfug. Die Einzigen, die es empfehlen, sind die selbsternannten Virologen hier im Deutschen Bundestag, die meinen, sie müssten der Bevölkerung erklären, was für sie gut und richtig ist.

Für uns ist die Impfung eine persönliche Entscheidung eines jeden Bürgers.

Das aktuellste und unsinnigste Beispiel Ihrer Coronapolitik der Widersprüche ist die sogenannte 2-G-Regel. Diese Regel ist schlicht und ergreifend sinnlos; denn sämtliche wissenschaftliche Erkenntnisse haben uns gelehrt, dass auch Geimpfte und Genesene ansteckend sein können. Diese Menschen, Geimpfte und Genesene, wiegen sich also ohne

Test in geschlossenen Räumen und auf Großveranstaltungen in vermeintlicher Sicherheit und stecken andere Personen an, während negativ getestete Menschen, die nachweisen können, dass sie nicht ansteckend sind, draußen bleiben müssen. Da geht es Ihnen nur um Impfdruck. Denn ginge es Ihnen tatsächlich um eine Maßnahme des Infektionsschutzes, dann müssten Sie, wenn überhaupt, alle Anwesenden ohne

Ansehen des Impf- oder Genesenstatus testen, meine Damen und Herren. Oder um es mit den Worten des ehemaligen Chefvirologen der Charité, Professor Krüger, zu sagen: „2G ist nicht sicherer – aber unfreier.“

Wir als AfD-Fraktion lehnen auch weiterhin Ihre Ideen der Unfreiheit und des Zwangs ab und stehen stattdessen für eine Rückkehr zu Freiheit, zu Eigenverantwortung und zu vernunftbasierter Politik.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der SPD – Gegenruf des Abg. Sebastian Münzenmaier (AfD): Stellen Sie doch eine Zwischenfrage, wenn Sie was fragen möchten! Ich freue mich drauf! – Yasmin Fahimi (SPD): Dieses Geschwätz tötet Menschen! – Stephan Brandner (AfD): Richtig staatstragend! Danke für die tolle Rede! – Gegenruf der Abg. Claudia Roth (Augsburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, der Herr Brandner!)



Nicht fachgerecht entsorgt: Masken sind inzwischen überall zu finden. Die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Mund-Nasen-Bedeckung soll auch weiterhin gelten.

© picture-alliance/dpa | Sven Hoppe

Susanne Ferschl, Die Linke:

Die vierte Welle war doch absehbar



Susanne Ferschl (*1973)
Landesliste Bayern

Es geht natürlich heute nicht darum, die Pandemie für beendet zu erklären. Das wäre angesichts der dramatischen Infektionszahlen auch ziemlicher Quatsch. Es geht um die Beendigung dieses juristischen Konstrukts, mit dem das Regieren per Verordnungsmächti-

gungen möglich ist. Damit muss Schluss sein, und das finden wir auch gut.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD, FDP und Grünen, Sie betreiben schon auch ein bisschen Symbolpolitik, weil natürlich die Länder weiterhin Maßnahmen ergreifen müssen; der amtierende Bundesratspräsident sitzt heute auch hier. Sie werden Maßnahmen ergreifen müssen, um das Infektionsgeschehen einzudämmen. Die Symbolpolitik darf nur nicht dazu führen, dass man den Menschen etwas vorgaukelt.

Sie, Kollege Buschmann, haben ja versprochen, dass mit dem 20. März alle Maßnahmen beendet sein werden. Seit Monaten wird den Menschen erzählt: Wenn ihr dieses und jenes macht, dann ist die Pandemie bald vorbei. – Ich glaube, die Leute haben einfach den Kanal voll von

diesen leeren Versprechungen. Deswegen sollten wir alle im Zweifelsfall mal die Klappe halten.

Es ist die vierte Welle, und es ist das vierte Mal, dass die Verantwortlichen warten, bis die Welle über ihnen zusammenschlägt. Verantwortlich ist die noch amtierende Bundesregierung, der noch amtierende Gesundheitsminister Spahn. Ich muss schon sagen: Es war heute für mich so ein bisschen absurdes Theater. Herr Scholz, ich weiß nicht: Waren Sie in den letzten Jahren nicht in der Regierungsverantwortung? Warum haben Sie denn die ganzen Dinge nicht gemacht, die Sie vorgeschlagen haben? Herr Brinkhaus spricht von „Schuld“. Ja, warum haben Sie denn nicht alles das gemacht, wovon Sie jetzt die ganze Zeit hier erzählt haben?

Es ist ein Versagen in Reihe gewesen, was hier passiert ist, angefangen

mit der Abschaffung der kostenlosen Tests. Die vierte Welle war doch absehbar. Auch Geimpfte und Genesene können den Virus weitergeben. Da muss man doch mehr testen und nicht weniger. Also, das war doch eine absurde Entscheidung.

Oder die zu niedrige Impfquote: Wo war denn Ihre Impfkampagne mit aufsuchenden und niedrigschwelligem Impfangeboten? Andere Länder zeigen, dass es deutlich besser geht. Dann die fehlende Boosterimpfung für die über 60-Jährigen und die vulnerablen Gruppen. Die müssten doch alle schon ein drittes Mal geimpft sein. Die Erfahrungen aus Israel zeigen doch, dass der Impfschutz nachlässt. Statt zu reagieren, haben Sie auch noch die Impfzentren abgeschafft. Jetzt kommen die Hausärzte nicht hinterher mit Impfen. Das ist wirklich unfassbar. Was haben Sie eigentlich in all der Zeit getan, um den Pflegenotstand wenigstens zu lindern? Es stehen jetzt noch weniger Intensivbetten zur Verfügung als Anfang des Jahres, weil die Kolleginnen und Kollegen in der Pflege so überlastet sind, dass sie weiterhin aus dem Beruf flüchten. Ich wünsche an dieser Stelle den Kolleginnen und Kolle-

gen im öffentlichen Dienst in den Ländern, die jetzt im Streik sind, viel Durchhaltevermögen und viel Erfolg; denn eure Arbeit ist mehr wert. Liebe Ampel, notwendig sind jetzt Sofortmaßnahmen. Die Rückkehr zu den kostenlosen Tests ist schon beschlossen – das ist auch gut so -: eine lückenlose Testpflicht, unabhängig vom Impfstatus, insbesondere in Pflegeeinrichtungen. Wir dürfen die Menschen nicht erneut einsperren. Auch die Arbeitgeber müssen beim Arbeitsschutz in die Pflicht genommen werden. Auch 3G mag Sinn machen, aber unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften. Es kann nicht sein, dass der Arbeitgeber den Impfstatus erfragt. Da sind wir an der Seite der Gewerkschaften.

Im Übrigen geht es selbstverständlich um Impfen, Impfen, Impfen. Aber eines ist auch klar – damit bin ich dann am Ende -: Wir brauchen Investitionen ins Gesundheitswesen, in Kitas, in Schulen, in die öffentliche Daseinsvorsorge insgesamt. Denn eine Gesellschaft, die nur auf Profit getrimmt ist, wird immer pandemiefähig bleiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Dirk Wiese, SPD:

Länder müssen die Schutzmaßnahmen anwenden



Dirk Wiese (*1983)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Ich glaube, es ist ein wichtiges Signal, dass am heutigen Tag der Gesetzentwurf der möglichen zukünftigen Ampelkoalitionäre hier eingebracht wird. Wir zeigen mit diesem Gesetzentwurf, dass wir in einer nicht einfachen Situation Verantwortung übernehmen, auch über den 25. November hinaus, vor allem rechtssichere Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die nicht vor einem Gericht scheitern, die nicht wieder infrage gestellt werden, die nicht morgen wieder nachgebessert werden, sondern die den Ländern einen Instrumentenkasten an die Hand geben, in dieser Situation zu reagieren, darauf zu antworten. Diese Möglichkeit geben wir ihnen mit

diesem Gesetzentwurf, den wir heute auf den Weg bringen.

Ich möchte an dieser Stelle auch die Möglichkeit nutzen, einmal denjenigen Danke zu sagen, die jetzt in den Krankenhäusern diejenigen mit schweren Verläufen pflegen und sich um sie kümmern. Diese Pflegerinnen und Pfleger in den Krankenhäusern, die Ärztinnen und Ärzte leisten seit Beginn dieser Pandemie eine unglaubliche Arbeit. Ja, das sind schwierige Arbeitsbedingungen, ja, das ist herausfordernd; wir wissen das. Hier ist einiges zu tun. Mein großer Respekt für das, was dort wieder täglich geleistet wird – gerade jetzt, wo es in einigen Krankenhäusern auch schwieriger wird.

Ich kann auch die Sorgen der vielen Eltern verstehen, die momentan aufgrund der Situation unsicher sind, dass die Schülerinnen und Schüler bis zur Vollendung des elften Lebensjahres noch nicht geimpft werden können, dass man sich angesichts des täglichen Gangs der Kinder in die Schule Gedanken und Sorgen macht. Aber auch hier ist es wichtig, dass wir als Ampel und zukünftige Ampelkoalitionäre Maßnahmen auf den Weg bringen, um Auflagen gerade für Gemeinschaftseinrichtungen möglich zu machen oder weiter zu ermöglichen.

Ich muss auch ganz klar sagen: Ich bin manchmal etwas überrascht, dass das eine oder andere Bundesland in dieser Situation die einfache Maßnahme, die sehr zielgerichtet ist, nämlich die Maskenpflicht an Schulen, vielleicht etwas vorschnell aufgehoben hat. Hier wünschte ich mir, gerade die Möglichkeiten, die es jetzt per Gesetz gibt und die es zukünftig geben wird, auch anzuwenden. Das sind einfache Schutzmaßnahmen. Sie können helfen, und sie sollte man nicht vorschnell aufheben.

Ich bin Olaf Scholz dankbar dafür, dass er das, was wir vorhaben, und die Richtung, in die es gehen soll, heute zuerst hier im Deutschen Bundestag erläutert hat. Olaf Scholz hat es angesprochen: Das Entscheidende ist, dass wir bei den Impfungen vorankommen, dass wir einen Zahn zulegen, dass wir auch mit Praktikern ins Gespräch kommen, um zu erfahren: Welche kreativen Lösungen gibt es eigentlich noch, um diejenigen zu erreichen, die noch nicht den Entschluss gefasst haben, sich impfen zu lassen?

Darum ist es auch ein Signal, dass wir als zukünftige Ampelkoalitionäre ein Praktiker-Panel auf den Weg bringen – es wird morgen im Deutschen Bundestag stattfinden -, bei

dem wir die Expertise der vielen einholen wollen, die täglich draußen unterwegs sind, die in einigen Regionen durch kreative Lösungen zu hohen Impfquoten kommen. Es muss ein Ziel sein, diese Expertise in das laufende Verfahren einfließen zu lassen.

Wir bringen mit dem Gesetzentwurf zielgerichtete Maßnahmen auf den Weg – ja, auch mit Änderungsanträgen -: eine Testpflicht, 3 G am Arbeitsplatz, die Ermöglichung von 2 G und 3 G in den Bundesländern. Ich will das mal ganz deutlich sagen: Es ist ja nicht so, dass die Länder nichts gemacht haben in der letzten Zeit. Wir hatten eine sehr wichtige Gesundheitsministerkonferenz der Länder, in der von den Ländern wichtige Beschlüsse – auch Richtung Bundesregierung – gefasst worden sind. Wir werden diese in das laufende Gesetzgebungsverfahren aufnehmen bzw. einfließen lassen und an der ein oder anderen Stelle – wo es notwendig ist, wo es zu mehr Rechtssicherheit führt – nachsteuern. Das kann ich zusichern.

Herr Brinkhaus, ich muss auf das ein oder andere, was Sie gerade gesagt haben, noch einmal ganz kurz eingehen. Ich will nicht verhehlen, dass Ihre Fraktion bei der letzten Verlängerung der Feststellung der epidemischen Lage nicht geschlossen abgestimmt hat – das muss man vielleicht an diesem Punkt noch mal erwähnen – und dass es auch innerhalb Ihrer Fraktion über die Frage der epidemischen Lage Debatten gegeben hat. Sie haben gesagt, dieses und jenes müsse möglich ge-

macht werden. Was Sie aber heute hier nicht gemacht haben – das können Sie im laufenden Verfahren gerne noch nachsteuern -: Sie haben keinen konkreten Vorschlag gemacht. Sagen Sie uns bitte konkret: Was halten Sie im Verfahren für zielführend? Was brauchen Sie noch an konkreten Maßnahmen? Wir schauen uns das dann an und nehmen das mit auf; Aber ich muss Ihnen schon deutlich sagen: Ich weiß manchmal nicht, was zwischen Berlin und München auf der A 9 stattfindet. Ich bin Markus Söder dankbar, dass er sich bis zum 26. September täglich geäußert hat. Das hat uns geholfen; das hat diese neue Konstellation mit möglich gemacht. Aber ganz offen gesprochen: Das, was Markus Söder seit dem 26. September macht, ist kein verantwortbares Handeln eines Ministerpräsidenten. Derzeit gilt die Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite noch. Er könnte handeln, tut es aber nicht. Er redet viel, aber macht vor Ort nichts, nicht mal 2 G in seinem eigenen Kabinett.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Alexander Dobrindt (CSU), Maria Klein-Schmeink (Bündnis 90/Die Grünen), Christine Aschenberg-Dugnus (FDP), Jörg Schneider (AfD), Jan-Marco Luczak (CDU), Sabine Dittmar (SPD), Nina Warken (CDU).

Debatte zum Antrag „Ordnung, Steuerung und Begrenzung zur Migration“ / 2. Sitzung des 20. Deutschen Bundestages am 11. November 2021

Thorsten Frei, CDU:

Wir brauchen einen effektiven Außengrenzschutz



Thorsten Frei (*1973)
Wahlkreis Schwarzwald-Baar

Was wir derzeit in Belarus, an der Grenze zu Polen, erleben, ist eine menschliche Tragödie, die wir

nicht zum ersten Mal erleben. Wir haben schon an der türkisch-griechischen Grenze und an der marokkanisch-spanischen Grenze erlebt, dass Menschen auf eine ganz perfide Weise eingesetzt werden, um außen- und machtpolitische Ziele zu erreichen. Das ist die Tat eines Diktators, Lukaschenko, unter tätiger Mithilfe von Erdogan und Putin, und das dürfen wir denen nicht durchgehen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Deshalb ist es so entscheidend, dass wir an dieser Stelle mit dem EU-Mitgliedstaat Polen absolut solidarisch sind, übrigens nicht nur mit Polen, sondern auch mit den baltischen Staaten, mit Litau-

en, mit Lettland, die ihren Beitrag dazu leisten, dass europäische Außengrenzen gesichert werden. Das ist die Grundvoraussetzung dafür, dass es in einem vereinigten Europa keine Binnengrenzen geben muss. Dafür brauchen wir einen effektiven Außengrenzschutz.

Das macht Polen. Dort werden nicht nur polnische, sondern europäische Interessen vertreten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und deshalb verdient das Land auch unsere Unterstützung.

Ich will an dieser Stelle sagen, dass es grundfalsch ist, wenn man jetzt einen Beitrag dazu leistet, dass das Kalkül von Lukaschenko aufgeht. Und das tut

derjenige, der sagt: Diejenigen, die dort im Grenzgebiet sind, sollen jetzt in Europa verteilt werden. – Damit geht das Kalkül von Lukaschenko auf. Damit wird der Druck auf die polnische Grenze verstärkt, und damit wird ein Spaltpilz in die Europäische Union getrieben. Das ist das Dummste, was man an dieser Stelle fordern kann, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zur Sachpolitik zurück. Vor diesem Hintergrund ist es besonders alarmierend, dass wir mit der Situation konfrontiert werden, dass in den ersten zehn Monaten dieses Jahres 150 000 Asylanträge gestellt wurden, allein 20 000 in den letzten vier Wochen. Und deswegen fordere ich an dieser Stelle auch die SPD auf, dass sie bei der Migrations-

politik die Mitte nicht verlässt, dass sie sich von den Grünen nicht nach links ziehen lässt und das rückabwickelt, was wir in der vergangenen Legislaturperiode gemeinsam gemacht haben.

Was wir derzeit in Belarus, an der Grenze zu Polen, erleben, ist eine menschliche Tragödie.

Weil Herr Lindner so lacht: Dabei bin ich ganz besonders auf die FDP gespannt, die im Grunde genommen das Gegenteil von dem sagt, was die Grünen wollen. Ich will Ihnen eines sagen: Wenn man sich das Sondierungspapier anschaut, dann sieht man die Erfolglosigkeit der Grünen im Bereich der Klimapolitik.

Das wird offensichtlich überkompensiert durch eine einladende Migrationspolitik.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Heiko Maas, SPD, Bundesminister des Auswärtigen:

Europäische Werte auch an den Außengrenzen hochhalten



Heiko Maas (*1966)
Wahlkreis Saarlouis

Wir kennen alle die entsetzlichen Bilder, die uns aus dem belarussischen Grenzgebiet zu Polen und den baltischen Staaten erreichen, und das nicht erst seit den letzten Tagen. Hunderte Menschen sind dort an der Grenze gestrandet, angeleitet von belarussischen Sicherheitskräften, die ihnen jetzt gewaltsam den Rückweg versperren. Kinder, Frauen und Männer kampieren in Eiseskälte ohne ausreichende Bekleidung unter freiem Himmel. Mittlerweile sind auch Menschen ums Leben gekommen.

Verantwortlich für dieses Leid sind Herr Lukaschenko und seine

Helfer in Minsk. Ich will an der Stelle sagen: Unabhängig von anderen politischen Diskussionen, die wir in der Europäischen Union führen, ist das Problem in dieser Frage nicht Polen – diesen Eindruck habe ich manchmal in dieser Debatte –, sondern das Problem ist Lukaschenko, Belarus und das Regime, das es dort gibt. Deshalb hat Polen in dieser Situation unsere Solidarität, europäische Solidarität verdient.

Meine Damen und Herren, die Machthaber in Minsk bringen Migrantinnen und Migranten unter Vorspiegelung falscher Tatsachen nach Belarus, um sie von dort in Richtung Europäische Union zu schicken. Ohne jeden Skrupel missbrauchen sie Tausende von Menschen als Geisel für ein zynisches Machtspiel. Sie wollen die Europäische Union und einzelne Mitgliedstaaten wie insbesondere Polen, aber auch Litauen, unter Druck setzen, und sie spielen dabei skrupellos mit Menschenleben.

Währenddessen, nur um das auch mal zu erwähnen, geht auch die Repression gegen das belarussische Volk weiter. Seit dem vergangenen Jahr haben Sicherheits-

kräfte des Regimes Tausende Menschen festgenommen, die Zahl der politischen Gefangenen ist auf über 800 gestiegen, und ein Dialog mit der Opposition findet nicht statt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind in einer Situation, in der es vielleicht emotional naheliegt, Herrn Lukaschenko zu beschimpfen; aber das reicht bei Weitem nicht mehr aus. Wir sind in einer Situation, in der es überfällig ist, jetzt die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Und das wollen wir auch, und zwar mit unseren europäischen Partnern.

Erstens. Die humanitäre Versorgung der Menschen im belarussischen Grenzgebiet hat Priorität, besonders angesichts des nahenden Winters. Zu den Grundwerten der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten gehört, dass wir Menschen in Not nicht alleinlassen.

Diese gemeinsamen Werte werden wir auch an unseren Außengrenzen hochhalten müssen. Das

Völkerrecht gebietet, gerade in dieser Situation humanitären Zugang zu gewähren. Internationale Hilfsorganisationen und zivilgesellschaftliche Vereinigungen stehen bereit, um den Menschen in Polen, aber auch in Belarus zu helfen, und das muss möglich gemacht werden.

Zweitens. Wir werden als Europäische Union gegen illegale Schleusungen durch Belarus weiter vorgehen. Niemand soll sich ungestraft an diesem Schleusering beteiligen können. Das ist eine Botschaft an die Transitstaaten, die Herkunftsstaaten und die Fluggesellschaften, mit denen Migrantinnen und Migranten nach Belarus gebracht werden. Ihnen muss klar sein, dass die Europäische Union nicht bereit sein wird, das länger zu akzeptieren.

Diese Botschaft kommt auch an. In den Herkunftsländern haben wir mittlerweile viele Gespräche geführt, die zum Beispiel dazu geführt haben, dass im Irak und in Jordanien Flüge nach Belarus eingestellt worden sind. Wir reden auch mit den Fluggesellschaften. Es ist rechtlich nicht einfach, Fluggesellschaften zu sanktionieren, weil sie formalrechtlich nichts Illegales tun. Aber wir haben allen Fluggesellschaften mittlerweile mitgeteilt, dass es auf EU-Ebene möglicherweise kein

Sanktionsregime gibt, dass aber die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sehr wohl überlegen, diejenigen, die Mittäter eines Schleuserings sind, in Haftung zu nehmen. Und Landrechte werden in jedem einzelnen Mitgliedstaat selbst erteilt. Auch das ist ein Thema, mit dem sich diese Fluggesellschaften ernsthaft auseinandersetzen müssen.

Drittens. Die Europäische Union wird ihre Sanktionen gegen Lukaschenkos Regime ausweiten und verschärfen. Das werden wir am Montag im Außenrat in Brüssel beschließen. Diejenigen Personen und Unternehmen, die sich an der gezielten Schleusung beteiligen, werden wir weiter sanktionieren, und zwar überall auf der Welt. Zudem liegen weitere Optionen auf dem Tisch, etwa die Ausweitung schon bestehender und anderer Sanktionsregime, insbesondere der sogenannten sektoralen Sanktionen, also wirtschaftliche.

Es ist in der Vergangenheit durchaus gesagt worden, dass zu viele Wirtschaftssanktionen die Abhängigkeit Belarus' von Russland weiter verschärfen. Wir sind mittlerweile aber in einer Situation, in der die Konsequenzen klarer werden müssen. Deshalb bin ich der Auffassung, dass auch so wichtige Wirtschaftszweige wie die Kaliindustrie in Belarus jetzt sanktioniert werden müssen. Das trägt die Mehrheit der Europäischen Union mit.

Viertens. Wir intensivieren unse-

Die humanitäre Versorgung der Menschen im belarussischen Grenzgebiet hat Priorität.

re Aufklärungsarbeit in den Herkunftsländern. Ich bitte, das nicht zu unterschätzen. Jeder, der das in Zweifel zieht, sollte sich daran erinnern, dass es auf dem Westbalkan gewirkt hat, unsere Aufklärungsarbeit in den Herkunftsländern zu verbessern. Reisebüros und Schleuserbanden locken

Menschen auf die gefährliche Reise nach Belarus, weil sie damit Geld verdienen können. Sie ziehen diesen Menschen dafür Tausende von Dollar – möglicherweise das Letzte, was sie haben – aus der Tasche. Deshalb müssen wir mit den Lügen der Schleuser und den Gerüchten in den sozialen

Medien aufräumen und auch die Folgen aufzeigen, die Lukaschenkos Handeln für jeden Einzelnen hat, der sich überlegt, sich auf die Reise zu begeben.

Deshalb, meine Damen und Herren: In dieser Situation stehen wir solidarisch an der Seite unserer europäischen Partner in Polen

und in Litauen. Die jüngsten Ereignisse zeigen einmal mehr: Wir brauchen nachhaltige und menschliche Lösungen in den Bereichen Flucht und Migration, das heißt Fortschritte hin zu einem gemeinsamen europäischen Asylsystem, das Migrationsursachen angeht, europäische Grenzen

schützt, aber vor allem solidarisch ist. Dafür werden wir uns auf europäischer Ebene weiter einsetzen. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Franziska Brantner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Europäische Solidarität bedeutet Hilfe für Polen



Franziska Brantner (*1979)
Wahlkreis Heidelberg

Wir sind anders als Lukaschenko, und das müssen wir auch bleiben. Das wird sich genau im Umgang mit dieser Krise zeigen.

Wir werden unsere Grenze zu Polen nicht schließen; denn wir lassen uns nicht spalten. Die CDU/CSU hat in ihrem Antrag Grenzkontrollen an der deutsch-polnischen Grenze gefordert. Ich finde das kontraproduktiv; denn es bestraft die Falschen. Es bestraft jene Menschen aus Polen und Deutschland, die sich für ein europäisches Leben über die Grenzen hinweg entschieden haben.

Sie spielen damit jenen in die Hände, die die EU destabilisieren wollen, nämlich Lukaschenko und Putin.

Diese tragen die Verantwortung für das humanitäre Desaster, was wir dort sehen. Lukaschenko instrumentalisiert Menschen, indem er sie aus Damaskus, Dubai, Istanbul oder Moskau einfliegt. Ja, er instrumentalisiert sie. Aber trotzdem sind diese Menschen keine Waffe, sie sind keine Verhandlungsmasse, sondern sie sind Menschen mit ihrer Würde.

Der Umgang mit diesen Menschen zeigt, was für ein unmenschliches Regime in Minsk herrscht. Deswegen muss die Priorität jetzt sein, alles zu tun, um dieses staatliche Schleusertum zu unterbinden. Ja, hier muss die Europäische Union geeint stehen. Wir dürfen uns nicht spalten lassen. Deswegen braucht es nächste Woche weitere Sanktionen – Herr Maas, Sie haben es erwähnt –: har-

te Sanktionen gegen das belarussische Regime und, ja, auch gegen die Wirtschaft, gegen die Kaliindustrie, gegen diese Wirtschaftszweige, die von uns sehr profitieren.

Die Weihnachtszeit ist ja auch eine beliebte Einkaufszeit in München oder anderen deutschen Städten, gerade für welche aus der Machtclique aus Belarus. Das muss doch nicht sein.

Außerdem braucht es Konsequenzen für die Fluglinien, die Menschen aus dem Irak, aus Syrien oder anderen Ländern nach Belarus fliegen. Herr Maas, Sie haben es angedeutet. Ich hoffe, dass wir da von der geschäftsführenden Regierung konkrete Schritte sehen werden. Es braucht Aufklärung vor Ort, um die Menschen vor den perfiden Lockangeboten Lukaschenkos zu warnen. Auch da hoffe ich, dass die geschäftsführende

Regierung noch etwas auf den Weg bringt.

Aber vor allem gibt es einen, der das belarussische Regime noch am Leben hält und diesen perfiden Erpressungsversuch deckt: Wladimir Putin. Wir müssen hier eine neue Politik des Dialogs und der Härte vortreiben. Wir müssen unsere Verwundbarkeiten abbauen. Das geht nicht von heute auf morgen; das weiß ich sehr wohl. Aber das ist eine der großen Aufgaben der nächsten Regierung.

Lassen Sie mich zum Schluss bitte noch einmal betonen, wie

bewundernswert ich es finde, was die Zivilgesellschaft in Polen, aber auch in Belarus gerade leistet. Viele Polinnen und Polen leisten vor Ort akute Nothilfe für die Geflüchteten. In Belarus kämpfen die Menschen weiterhin für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Stellvertretend dafür möchte ich Frau Tichanowskaja, die uns heute hier beehrt hat, danken. Ich möchte zusichern: Wir stehen an Ihrer Seite.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Wir sind anders als Lukaschenko, und das müssen wir auch bleiben.

Dr. Joachim Stamp, FDP, Landesminister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration:

Lukaschenkos Erpressungsversuch nicht nachgeben



Joachim Stamp (*1970)
Landesminister in NRW

Ich möchte an dieser Stelle mit dem klaren Bekenntnis beginnen, dass nicht nur der Bundestag, sondern selbstverständlich auch der Bundesrat fest an der Seite der Opposition in Belarus steht und dass wir keinen Erpressungsversuchen von Lukaschenko nachgeben dürfen.

Meine Damen und Herren, der Bundesaußenminister hat die wesentlichen Dinge hier vorgetragen. Es ist ganz entscheidend, dass wir zusammenstehen; auch in der Unterstützung von Polen, das alle Hilfen bei der humanitären Versorgung verdient hat, weil natürlich – Kollegin Brantner hat ja eben darauf hingewiesen – in un-

serem Verantwortungsbereich keine Menschen sterben dürfen und wir hier ein Imperativ haben. Aber genauso braucht Polen eben auch die Unterstützung bei der Sicherung unserer gemeinsamen europäischen Außengrenzen. Man muss die Hilfen dann natürlich auch annehmen; auch das gehört zur Wahrheit dazu.

Meine Damen und Herren, es stehen ja verschiedene Diskussionen, auch aus der Wissenschaft, im Raum. Ich denke, wir sollten uns auch noch einmal Gedanken machen, wie durch multilaterale Abkommen auch in Zukunft die Europäische Union weniger erpressbar wird. Das ist eine schwierige Situation, in der wir sind. Herr Kollege Frei, ich bin mir nicht sicher, ob es der richtige Weg ist, innenpolitische Polemik hier in die Debatte zu bringen.

Ich war etwas erstaunt, Herr Brinkhaus – auch über Ihren Antrag –, über die Polemik gegen den Spurwechsel. In Nordrhein-Westfalen hat die erfolgreiche Koalition von CDU und FDP den

Spurwechsel möglich gemacht, damit gut integrierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht abgeschoben werden. Herr Brinkhaus – vielleicht hören Sie mir zu –: Handwerk und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen danken uns. Dass Sie die Wahl verloren haben, das hat auch was damit zu tun, dass Ihre Innenpolitiker in dieser Fraktion fachlich nicht mehr auf der Höhe der Zeit sind.

Herr Abgeordneter Frei, ich lade Sie herzlich ein: Kommen Sie mal zu uns nach Nordrhein-Westfalen, schauen Sie sich unsere Migrations- und Integrationspolitik an. Wir schieben konsequenter als jedes andere Bundesland Straftäter und Gefährder ab. Aber wir schaffen für fleißige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch die notwendige Rechtssicherheit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Selbstverständlich steht der Bundesrat fest an der Seite der Opposition in Belarus.

Wir werden Polen, wir werden unsere baltischen Partner nicht alleinlassen.

Dr. Gottfried Curio, AfD:

Einwanderung ist kein Menschenrecht



Gottfried Curio (*1960)
Landesliste Berlin

Staatspflicht. Deutschland verletzt diese Pflicht eklatant.

Polen hingegen schützt sich, Deutschland und die ganze EU. Binnenfreizügigkeit hat den Schutz der Außengrenzen zur notwendigen Voraussetzung. Polen handelt in unserem Interesse, da die Migranten auf ihrer Reise durch sichere Drittstaaten offenbar keinen Schutz suchen, sondern nur den Weg ins Abzockschlaraffenland Deutschland. Wer vor Polens Grenze „Germany“ schreit, sucht nicht Asyl.

Polen braucht jetzt keinen Etikettenschwindel – wie Frontex –, sondern wirklich effektive Unterstützung gegen die Angreifer, die mit Steinen werfen und Grenzanlagen niederreißen. Wo die Grenzen löchrig sind wie Schweizer Käse, will Deutschland noch den Käse wegnehmen und nur die Löcher übrig lassen. Polen will die

Löcher stopfen. Nicht Brüssel, nicht NATO, nicht Merkel verteidigen Deutschland; das tut nur noch Polen. Dafür schulden wir ihm unsere volle Unterstützung, meine Damen und Herren.

Aber der CDU-Bock will sich jetzt als Gärtner aufspielen mit seinen alten Trugworten „Migration ordnen und steuern“, „neue Pull-Faktoren verhindern“. Wie wäre es denn mal damit, alte Pull-Faktoren zu verhindern? Übermäßige Sozialleistungen für Migranten, offene Grenzen, nie erfolgende Abschiebungen, wofür diese Union samt SPD verantwortlich ist. „Ordnen“ heißt bei denen: das Chaos durchnummerieren; „steuern“ heißt: weiter in den Abgrund. Das sind die Leute, die nicht die Probleme der weltweiten illegalen Migration nach Deutschland lösen wollen. Nein, Sie haben sie alle erst geschaffen. Solche Heuche-

lei wie im Unionsantrag braucht niemand. „Lukaschenko stoppen“: Stoppen Sie doch mal die kriminellen Angreifer. Da werden nicht arme Migranten, die nicht wissen, wie ihnen geschieht, für irgendwas instrumentalisiert. Die machen genau das, was sie selbst wollen. Diese Täter haben ihre Lage selbst herbeigeführt, um sich eine Rundumversorgung in Deutschland zu erpressen; denn Deutschland ist das Problem. Nur weil Deutschland nicht sagt:

„Wir nehmen euch nicht, wir zahlen für euch nicht“, nur deshalb haben wir solche Probleme.

Mit Lukaschenko sucht man ein Alibi fürs eigene Versagen. Mit Weißrusslands Durchlässigkeit als Transitland für migrationswillige Glücksritter handelt der aber sogar genau gemäß dem globalen Migrationspakt, von Ihnen initiiert. Das ist nur Umsiedlung pur um jeden Preis.

„Mission Lifeline“, die illegale Migranten übers Mittelmeer bringen, nennen sich jetzt unverhoh-

len „Team Umvolkung“. Also: Helfen wir Polen bei der effektiven Sicherung der gemeinsamen Außengrenze. So geht Steuern und Begrenzen.

Aber Herr Habeck will stattdessen die Leute reinholen und so die illegale Migration weiter anheizen. Er findet halt „Vaterlandsliebe ... zum Kotzen“, „wusste ... mit Deutschland noch nie etwas anzufangen“. So ein Minister wäre eine Schande für Deutschland, meine Damen und

Binnenfreizügigkeit hat den Schutz der Außengrenzen zur notwendigen Voraussetzung.

Herrn.

Und wenn Merkel meint: „Wir haben das geschafft“, spielt sich vor unseren Augen ein zweites 2015 ab. Die Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts wiederholt sich. Wir sagen: Das darf nicht sein. Bewahren wir das Recht, bewahren wir Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Gabriele Katzmarek [SPD]: Vor der AfD!)

Wir erleben den Offenbarungseid der deutschen Migrationspolitik.

Und: Der Hauptschuldige spielt schnell ein bisschen AfD. Wir stellen fest: Einwanderung ist kein Menschenrecht. Illegaler Grenzübertritt ist ein krimineller Akt. Die Abwehr illegaler Migration ist

Gökay Akbulut, Die Linke:

Menschenrechte als Maßstab politischen Handels setzen



Gökay Akbulut (*1982)
Landesliste Baden-Württemberg

delns sein müssen und nicht die Erzählung, dass geflüchtete Menschen als Waffen eingesetzt werden.

Schutzsuchende sind keine Waffen und keine Kriegsparteien. Die Zurückweisung von Geflüchteten ohne individuelle Prüfung des Asylverfahrens ist ein eindeutiger Verstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention, gegen die Europäische Menschenrechtskonvention und gegen geltendes EU-Asylrecht.

Diese Rechte können nicht durch nationale Gesetzgebung ausgehebelt werden, wie es derzeit Polen immer wieder versucht. Hiergegen muss die Europäische Kommission endlich vorgehen.

Die EU darf sich gegenüber Lukaschenko nicht erpressbar machen, heißt es immer wieder. Aber die EU hat sich doch selbst in diese Lage gebracht, weil sie die Aufnahme einer überschaubaren Zahl von Schutzsuchenden als Bedrohung dargestellt hat.

Doch was sind ein paar Tausend Menschen auf 450 Millionen europäische Bürgerinnen und Bürger verteilt? Die Situation an der Grenze ist doch einfach untragbar.

Erschreckend ist, wie sehr das rechte Narrativ der Abschottung um jeden Preis inzwischen die Asyldebatte in Deutschland bestimmt. 2015 wurde die Forderung der AfD, die Grenzen zu schließen und Flüchtlinge zurückzuweisen, notfalls mit Zäunen und Schießbefehl, noch einhellig zurückgewiesen. Aber inzwischen wird der Bau von Mauern propagiert, und man nimmt tote Men-

schen an der polnisch-belarussischen Grenze hier anscheinend achselzuckend in Kauf.

Wir möchten uns aber nicht an diese Bilder gewöhnen. Deutschland und die Europäische Union dürfen nicht weiter Teil des Wettbewerbs der Brutalität sein und das menschenverachtende Spiel Lukaschenkos, bei dem alle Gesetze und Flüchtlingskonventionen nicht mehr gelten, befeuern. Diese menschenverachtende Migrationspolitik der Europäischen Union muss endlich beendet werden. Die NGOs brauchen dringend und so schnell wie möglich Zugang, damit sie den Menschen helfen und sie unterstützen können, weil die Europäische Union und auch die Bundesregierung

systematisch in der Migrationsfrage versagen. Diese menschenverachtende Flüchtlingspolitik muss endlich beendet werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Max Lucks [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Markus Frohnmaier (AfD), Johann Wadephul (CDU), Lars Castellucci (SPD) sowie Andrea Lindholz (CSU).



Die Situation an der Grenze zwischen Polen und Belarus ist angespannt.

© picture alliance / AA | Stringer

leicht
erklärt!

UN-Klima-Treffen

Was ist das?



Einleitung



In der schottischen Stadt Glasgow fand in den letzten beiden Wochen ein Klima-Treffen statt.

Jedes Jahr kommen bei so einem Treffen Vertreter aus den meisten Ländern der Welt zusammen.

Dort sprechen sie darüber, wie man den Klima-Wandel bremsen kann. Und was man gegen die Folgen vom Klima-Wandel tun kann.

Im folgenden Text steht mehr über diese Klima-Treffen.

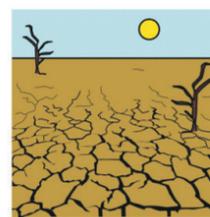
Folgende Fragen werden unter anderem beantwortet:

- Worum geht es bei diesen Treffen?
- Wie läuft so ein Treffen ab?
- Welche wichtigen Klima-Treffen gab es bisher?

Das kann schlimme Folgen haben.

Zum Beispiel:

- Das Meer steigt höher. Dann überschwemmt es vielleicht Inseln oder Gegenden an Küsten.
- Es gibt mehr Unwetter. Und sie sind heftiger.
- In manchen Gegenden regnet es kaum noch. Dann kann es zum Beispiel Probleme in der Land-Wirtschaft geben.



An der Erhöhung der Temperatur auf der Erde sind vor allem die Menschen schuld.

Denn: Menschen erzeugen Treibhaus-Gase.

Das sind besondere Gase. Sie kommen ganz natürlich in der Luft vor.

Vor allem kommen sie aber zum Beispiel mit dem Abgas aus Fahrzeugen.

Oder auch aus Schorn-Steinen. Zum Beispiel, wenn man in einem Ofen Kohle verbrennt.



Was ist der Klima-Wandel?

Das Klima auf der Welt verändert sich.

Es wird auf der Erde immer wärmer.





In der Luft sorgen die Treibhaus-Gase dann für die Klima-Erwärmung.

Der Mensch ist also für den Klima-Wandel zum großen Teil verantwortlich.

Das bedeutet: Der Mensch kann auch etwas gegen den Klima-Wandel unternehmen.

Genau aus diesem Grund treffen sich die Länder der Welt jedes Jahr.

Was ist ein UN-Klima-Treffen?

Dieses jährliche Treffen der Länder hat den Namen:
UN-Klima-Konferenz.

„Konferenz“ ist ein anderes Wort für ein Treffen oder eine Versammlung.

Und „UN“ steht für den englischen Begriff: United Nations.

Das spricht man ungefähr so:
Juneited Näischens.

Auf Deutsch bedeutet das:
Vereinte Nationen.

Die UN ist die Versammlung fast aller Länder auf der Welt.

Dort arbeiten diese Länder zusammen an bestimmten Themen.

Und eines dieser Themen ist der Klima-Schutz.

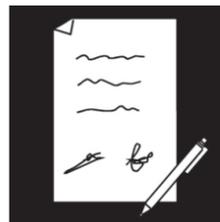
Deswegen kommt die UN jedes Jahr zu einem Klima-Treffen zusammen.

Dort besprechen die Länder dann, wie man das Klima schützen kann.

Wie sind die UN-Klima-Treffen entstanden?

Im Jahr 1992 fand ein Treffen mit dem Namen „Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung“ statt.

Und zwar in der Stadt Rio de Janeiro in Brasilien.



Bei diesem Treffen unterschrieben 154 Länder eine Abmachung. Inzwischen haben das auch fast alle anderen Länder auf der Welt getan.

Diese Abmachung hat den Titel: Klima-Rahmenkonvention der Vereinten Nationen.

Mit dieser Abmachung haben zum ersten Mal viele Länder auf der Welt erklärt:

Der Klima-Wandel ist eine große Gefahr.

Man muss etwas dagegen unternehmen.

Darum haben die Länder Folgendes abgemacht:

Auch in Zukunft sollen Menschen gut auf der Erde leben können.

Darum soll das Klima geschützt werden.

Der Klima-Wandel soll begrenzt werden.

Dazu sollen weniger Treibhaus-Gase ausgestoßen werden.



Diese Abmachung ist der Beginn des Klima-Schutzes durch die Länder der Welt.

Außerdem haben die Länder abgemacht, sich jährlich zum Thema Klima-Schutz zu treffen.

Dort soll an diesen Zielen gearbeitet werden.

Das Treffen in Rio de Janeiro im Jahr 1992 ist also der Vorgänger der heutigen UN-Klima-Treffen.

Das erste UN-Klima-Treffen war dann im Jahr 1995 in Berlin.

Seitdem hat jedes Jahr ein solches Treffen stattgefunden.

Nur nicht im Jahr 2020. Dieses Treffen wurde wegen Corona um ein Jahr verschoben.

Das Treffen in Schottland war das 26. UN-Klima-Treffen.



Wer kommt zu einem UN-Klima-Treffen?



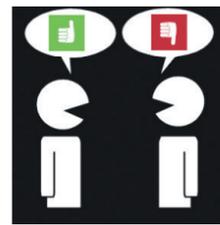
Ein UN-Klima-Treffen ist eine riesige Versammlung.

Mehrere zehntausend Menschen nehmen daran teil.

Das sind zum einen die Vertreter der Länder aus aller Welt.

Jedes Land schickt eine Gruppe von Mitarbeitern zum Treffen.

Die diskutieren dann und treffen Entscheidungen für den Klima-Schutz.



Manche wollen mehr machen. Andere weniger.

Und oft ist man sich nicht einig, was überhaupt getan werden soll.

Deswegen gibt es viele Gespräche.

Zum Teil treffen einzelne Länder dann untereinander Abmachungen.

Bei großen Entscheidungen müssen aber alle Länder zustimmen.

Nur dann gelten sie auch.

Zu diesen großen Abmachungen gibt es am Ende eine Abschluss-Erklärung.

Diese Abmachungen muss dann jedes Land auf der Welt einzeln umsetzen.



Neben den Ländern sind auch noch viele andere Gruppen beim Treffen dabei.

Zum Beispiel:

- Forscher
- Umwelt-Schutz-Gruppen
- Vertreter von verschiedenen Firmen

Sie dürfen bei den Treffen keine Entscheidungen fällen.

Sie dürfen aber zuhören und mitdiskutieren.



Während die Vertreter der Länder diskutieren, machen die anderen Gruppen oft ihre eigenen Veranstaltungen.

Damit wollen sie möglichst viel Aufmerksamkeit für ihre Themen erzeugen.

Auf diese Weise wollen sie die Ergebnisse des Treffens in eine bestimmte Richtung lenken.

Was passiert bei einem UN-Klima-Treffen?



Das Ziel bei jedem UN-Klima-Treffen ist: Es sollen Pläne für den Klima-Schutz gemacht werden.

Dabei werden unter anderem folgende Fragen besprochen:

- Wie viel Treibhaus-Gase müssen einzelne Länder einsparen?
- Was müssen einzelne Länder machen, um genug Treibhaus-Gase einzusparen?
- Wie können reichere Länder ärmeren Ländern dabei helfen, das Klima zu schützen?

Die unterschiedlichen Länder haben dabei ganz unterschiedliche Interessen.



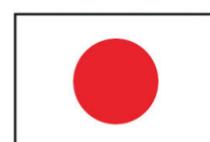
Wichtige UN-Klima-Treffen

Bei den UN-Klima-Treffen werden immer wichtige Entscheidungen getroffen.

Einige Treffen waren aber von besonderer Bedeutung.

Dort wurden Abmachungen getroffen, die den Klima-Schutz über viele Jahre bestimmt haben.

Hier 2 Beispiele:



Treffen in Kyoto 1997

Im Jahr 1997 fand das 3. UN-Klima-Treffen in der japanischen Stadt Kyoto statt.

Damals haben die Mitglieds-Länder zum ersten Mal einen festen Vertrag geschlossen.

Darin haben sie festgelegt, wie viele Treibhaus-Gase bestimmte Länder einsparen sollen.



Treffen in Paris 2015

Im Jahr 2015 war das 21. UN-Klima-Treffen in Paris.

Dort wurde die Abmachung von Paris getroffen.

Sie ist der Nachfolger der Abmachung von Kyoto.

Sie gilt seit dem Jahr 2020.

In der Abmachung von Paris haben die Länder der Welt zum Beispiel ausgemacht:

Die Temperatur auf der Erde soll sich durch den Klima-Wandel um weniger als 2 Grad erhöhen.

Am besten um weniger als 1,5 Grad.

Seitdem geht es bei den UN-Klima-Treffen immer auch darum, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

Kritik an UN-Klima-Treffen

Auf den UN-Klima-Treffen werden also immer wichtige Entscheidungen getroffen.

Es gibt aber auch immer viel Kritik an den Treffen.

Meistens lautet die Kritik sehr ähnlich.

Viele Kritiker finden:

Den Ländern sind andere Dinge wichtiger.

Darum wollen sie nicht genug für den Klima-Schutz machen.

Die Pläne der Länder für den Klima-Schutz reichen nicht aus.

Selbst wenn alle Pläne durchgeführt werden, würde das den Klima-Wandel nicht genug stoppen.

Meistens werden nicht einmal die Ziele erreicht, die man sich auf den Treffen gesetzt hat.

Eine wichtige Kritik ist auch: Die Länder verpflichten sich zwar, bestimmte Ziele zu erreichen. Wenn sie das aber nicht schaffen, werden sie dafür nicht bestraft.

Deswegen halten sich nicht alle Länder an die Abmachungen.



Kurz zusammengefasst

In der schottischen Stadt Glasgow fand in den letzten beiden Wochen das UN-Klima-Treffen statt.

So ein Treffen gibt es jedes Jahr.

Dabei kommen fast alle Länder auf der Welt zusammen.

Sie machen Pläne, um etwas gegen den Klima-Wandel zu unternehmen.

Das Ziel ist:

Die Klima-Erwärmung auf der Erde soll unter 2 Grad bleiben.

Am besten unter 1,5 Grad.

Dafür müssen Treibhaus-Gase eingespart werden.

Darum wird auf den Treffen zum Beispiel überlegt:

- Wie können einzelne Länder genug Treibhaus-Gase einsparen?
- Wie können reichere Länder ärmeren Ländern dabei helfen?

Meistens gibt es bei diesen Treffen viele unterschiedliche Abmachungen. Die sollen die Länder dann umsetzen.

An den Treffen gibt es immer wieder Kritik.

Die Kritiker sagen:

Die Pläne der Länder reichen nicht aus, um den Klima-Wandel zu stoppen.

Weitere Informationen

in Leichter Sprache gibt es unter:

www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde
in Leichte Sprache
übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Einen Ratgeber mit den Regeln der Leichten Sprache finden Sie auf der Internet-Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Titelbild: © picture-alliance/dpa, Christoph Soeder. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 46/2021
Die nächste Ausgabe erscheint am 22. November 2021.